

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 23. Oktober 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Insertions-Gebühr

Betrag für die schlagpaltene Kolonelle oder deren Raum 40 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Anzeigen und Veranlassungen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort frei). Inseerate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 5 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementspreis: halbjährlich 3,20 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1903 unter Nr. 8203. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Der preussische Staat als Arbeitgeber.

II.

So gut wie alles läßt der Bergarbeiterschutz zu wünschen übrig. Mit Recht gilt die Thätigkeit des Bergmanns als eine der gefährlichsten. Es giebt keine gleich zahlreiche Arbeitergruppe, deren Leben und Gesundheit einer ähnlichen Gefahr und Krankheitshäufigkeit ausgesetzt wäre, wie das bei den Bergarbeitern der Fall ist.

Im Ruhrbergbau ist von 1885 bis 1901 die Zahl der entschädigungspflichtigen Unfälle von 982 auf 3478 oder von 9,45 auf 14,48 pro tausend versicherte Personen gestiegen, die Unfallquote ist also erheblich gewachsen. Die Zahl der tödlichen Unfälle im Oberbergamtsbezirk Dortmund betrug im Jahre 1900 2,987 pro Tausend gegen 2,01 pro Tausend im Jahre 1850; aus diesen Zahlen ergibt sich, daß die tödliche Unfallquote im Laufe eines halben Jahrhunderts nicht im mindesten heruntergegangen ist. Das wirft ein bezeichnendes Licht auf den Ruhrbergbau; leider muß man diesen Vorwurf auf den gesamten preussischen Bergbau ausdehnen. Denn während im Jahre 1900 in Frankreich 1,42, in Belgien 1,06, in England 1,29 und in Oesterreich 1,08 pro tausend Mann Belegschaft tödlich verunglückten, belief sich diese Zahl in Preußen auf 2,24. Die meisten Opfer fordert der Stein- und Kohlenfall, die Zahl der hierdurch veranlaßten Unfälle stieg von 1885 bis 1901 von 4,25 auf 5,00 pro tausend versicherte Personen. Die Statistik läßt darüber keinen Zweifel, daß gerade die maßlos beschleunigte und überhäufte Förderung des letzten Jahrzehnts die Zahl der Unfälle absolut und prozentual am raschesten emporgeschwungen hat und daß es ein Irrtum ist, anzunehmen, daß die steigende Unfallziffer „natürlichen“ Gefahren zuzuschreiben sei. Der oft erhobene Einwand, daß die Steigerung der Unfälle durch die Arbeiter selbst verschuldet ist, wird schlagend durch die Thatsache widerlegt, daß während die Zahl der durch die Gefährlichkeit des Betriebes verursachten entschädigungspflichtigen Unfälle eine Steigerung aufweist, die durch Schuld der Verletzten selbst oder der Mitarbeiter verursachten sich erheblich vermindert haben.

Erschreckende Zahlen sind es, die uns vom Schlachtfelde der Arbeit hier geliefert werden. Von 1885/86 bis 1901 sind infolge von Unfällen im Ruhrrevier 7100 Bergarbeiter zu Tode gekommen, 440 wurden dauernd völlig, 12 834 dauernd teilweise und 13 913 vorübergehend teilweise erwerbsunfähig. Weder die Betriebsverwaltungen, noch die amtlichen Organe haben es für nötig befunden, den zunehmenden, zum Teil durch sie selbst verschuldeten Gefahren mit entsprechenden Maßnahmen zu begegnen, sie waren offenbar stolz darauf, daß der preussische Bergbau in der Unfallziffer den Vortritt vor den andern Bergbauländern hatte. Gewiß, an Bergpolizei-Verordnungen hat es nicht gefehlt, aber einerseits blieben sie nur auf dem Papier stehen, andererseits bedürfen sie wesentlicher Ergänzungen. Vor allem fehlt es an einer ausreichenden und durchgreifenden Kontrolle der Verordnungen. Die Bergarbeiter erheben den Vorwurf, daß Mitglieder der lgl. Aufsichtsbehörde an den Unternehmungen von Bergwerken beteiligt sind, wenn auch nicht in ihrem Revisionsgebiet. Infolgedessen besteht eine engere persönliche Verbindung mit den Werksbesitzern und Direktoren der zu beaufsichtigenden Werke, als es für Aufsichtsbeamte wünschenswert erscheint. Der lgl. Bergbehörde mangelt die enge Verbindung mit den Arbeitern, sie geht auch der Fühlung mit den Arbeitern und ihren Organisationen soviel wie möglich aus dem Wege. Es ist gerichtlich erwiesene Thatsache, daß den Grubenverwaltungen die bevorstehende Revision oft tagelang vorher bekannt gewesen ist und daß die Bergbehörde einfach hinter das Licht geführt wird. Wandel wird erst dann eintreten, wenn endlich ebenso wie im Auslande auch in Preußen Arbeiterkontrollen eingeführt werden. Erst dann ist die Möglichkeit einer eindringenden, sachgemäßen und ausreichenden Revision der Gruben und einer energischen Durchführung der erlassenen Sicherheitsvorschriften geschaffen.

Mit der hohen Unfallziffer im Ruhrbergbau geht Hand in Hand eine auffallend große Krankheitshäufigkeit, die teils der äußerst anstrengenden Bergarbeit an sich, teils spezifischen Berufskrankheiten zuzuschreiben ist. Schon ihrer Natur nach ist, wie Pieper mit Recht hervorhebt, die Bergarbeit ungemein aufreibend. Die Arbeit erlaubt selten eine aufrechte Stellung. „In gezwungener Haltung“ gebückt, auf der Seite oder dem Rücken liegend, muß der Bergmann die Keilhaue führen. Das matt brennende Grubenlicht zerstreut nur spärlich die dicke Finsternis. Die mit Kohlenstaub, Kohlenstaub, Kohlenoxyd, Grubengas, Stickstoff und den scharfen Gasen der gelösten Schiffe durchsetzte und gefärbte Luft beschwert das ohnehin schon durch die unnatürliche Haltung des Körpers und die Verengung des Brustkorbs gehemmte Atemholen. Infolge der an den meisten Arbeitsorten herrschenden Hitze rinnen bald zahlreiche Schweißtropfen an dem mit einer Kohlenstaubschicht bedeckten Gesicht oder Körper herunter. Andererseits wiederum fährt oft ein Orkanwechsel den erhitzen und in Schweiß gebadeten Körper in eine zügige und kalte Temperatur. Vieles muß der Arbeiter auch die ganze Arbeit in einer tropfenden Kasse verrichten.“ Am häufigsten leidet der Bergmann an Erkrankungen der Atmungsorgane, an Ischias, Magen- und Darmkrankheiten, Pfortaderentzündung, Unterleibstypus, Ruhr und Diphtherie. Von Berufskrankheiten sind die granulöse Augenentzündung und die Bournonkrankheit am häufigsten. Daneben finden sich chronische Lungenveränderungen und der sehr verbreitete, oft zu früher, dauernder Invalidität führende Nystagmus (Augenzittern, Wollauge), wahrscheinlich hervorgerufen durch das angefeuchtete Aufwärtsschauen während der Hammerarbeit oder durch die schlechte Beleuchtung.

Ein großes Licht auf den Gesundheitszustand der Ruhrbergleute werfen folgende Zahlen. Von den 235 226 Vereinsmitgliedern des Allgemeinen Krankenvereins zu Bochum starben im Jahre 1900 ohne Betriebsunfall 3003, die tödlichen Betriebsunfälle mit eingerechnet 3528, also von je tausend Bergleuten 12,7 bzw. 14,9. Das Zahlenverhältnis zwischen Gesunden und Kranken würde aber noch viel krasser sei, wenn die Statistik sich lediglich beschränkte auf den einheimischen, von Bergarbeitern abstammenden und von Jugend auf im Bergwerke thätigen Bergarbeiter-Stamm. Das in diesem Falle eintretende Emporwachsen der Krankheits- und Todesziffer ist jedoch verhütet worden durch die starke Durchseugung der einheimischen Bergleute mit den kräftigen, frisch aus dem ländlichen Osten kommenden Arbeitern.

Aus den statistischen Angaben der Krankenkasse geht weiter hervor, daß im Ruhrrevier innerhalb eines Jahres mehr als die Hälfte der Belegschaft erkrankt und daß die Quote der Krankheitsfälle von Jahr zu Jahr rapide steigt. Charakteristisch ist es auch, daß z. B. im Jahre 1900 auf 100 Mitglieder der Belegschaft fünfmal mehr Krankheitsfälle kamen als auf 100 Steiger und Aufsieher niederen Grades. Beide Kategorien halten sich unter Tage auf, die schwere Arbeit wirkt jedoch den Bergmann fünfmal öfter aufs Krankenbett als den Steiger.

Es liegt auf der Hand, daß unter diesen Umständen die Bergleute sehr früh invalide („bergfertig“) werden. Nach den Ermittlungen des Reichs-Versicherungsamtes wurden 1898 im Durchschnitt aller Versicherungsanstalten pro 1000 Mitglieder invalide: im Alter von 60—64 Jahren 214, im Alter von 65—69 Jahren 242. Im Ruhrbergbau sind die entsprechenden Zahlen 159 und 86. Durchgängig werden die Ruhrbergleute im Alter von 47—48 Jahren invalide. Vor dieser Ganzinvalidität tritt häufig schon eine Halbinvalidität oder langandauernde und wiederholte Krankheit ein. Und trotzdem hält es die Regierung nicht für nötig, auf dem Wege der Gesetzgebung den Gesundheitschutz der Bergarbeiter genügend auszubauen, ebensowenig wie die Bergbehörden sich verpflichtet fühlen, von dem ihnen auf Grund des Berggesetzes zustehenden Rechte des Erlasses gesundheitslicher Verordnungen ausgiebigen Gebrauch zu machen. Wohl aber bereiten sie den Bergarbeiter-Organisationen alle möglichen Schwierigkeiten.

Anstatt die berechtigten Forderungen der Arbeiter zu erfüllen, hat sich die Regierung bisher stets auf die Seite des Unternehmertums geschlagen. Das bitterste Unrecht wird dem Bergmann angethan im Knappschaktsklassenwesen. Die Knappschaktsklassen sind als sogenannte Wächterklassen ursprünglich von den Bergleuten selbst gegründet und verwaltet worden. Dann nahm der Staat die Verwaltung an sich und heute ist es dahin gekommen, daß die Werksbesitzer die Knappschaktsklassen fast vollständig in ihrer Hand haben. Die Rechte der Knappschaktsmitglieder stehen im umgekehrten Verhältnis zu ihren Pflichten und Leistungen. Ein weiterer Uebelstand ist die Hemmung der Freizügigkeit durch die jetzige Knappschaktsordnung. Wenn die Bergarbeiter das Revier verlassen, so gehen ihnen meist die durch langjährige Beitragszahlung erworbenen Rechte verloren. Auch die Forderung der gesetzlichen Schaffung von Arbeiterausschüssen ist bisher unerfüllt. Während in Bayern für Bergwerke mit mehr als 20 Arbeitern ständige Arbeiterausschüsse verordnet sind, bestehen in Preußen bis jetzt Arbeiterausschüsse nur auf den fiskalischen Bergwerken.

Zur gründlichen Besserung der Verhältnisse ist der Erlass eines Reichs-Berggesetzes, zum mindesten aber eine durchgreifende Reform des Allgemeinen Preussischen Berggesetzes nötig. Trotz der totalen Umwälzung der Bergbau- und Bergarbeiterverhältnisse ist an diesem Gesetz seit 1865 so gut wie nichts geändert worden.

Der jahrzehntelange Kampf der Bergarbeiter um Besserung ihrer Klassenlage hat bisher noch nicht zu dem gewünschten Resultat geführt. Wohl haben die Bergarbeiter dank ihrer Organisationen manches erreicht, aber die meisten ihrer Forderungen sind noch unerfüllt. Und sie werden unerfüllt bleiben, so lange die Schachtmacherclique im Landtage ihr Wesen treibt. Die preussische Regierung fählt sich nicht als Vertreterin der Gesamtheit, sondern als Vertreterin der Interessen der Besitzenden. Sie hat bei der letzten Reform des Berggesetzes für die Wünsche der Arbeiter nichts übrig gehabt, und das, obwohl damals der „Minister für Socialreform“, Herr von Verlepsch, oberster Chef der Bergverwaltung war. Heute steht an seiner Stelle Herr Müller, ein früherer Großindustrieller, der sowohl in seiner parlamentarischen als in seiner ministeriellen Laufbahn keinen Zweifel darüber gelassen hat, daß die Bergarbeiter von ihm nichts zu erwarten haben. Nur wenn sie ihrer eignen Kraft vertrauen, werden die Bergarbeiter Erfolge erzielen. Neben dem weiteren Ausbau ihrer Organisation müssen sich die Bergarbeiter auch politisch betätigen, sie müssen die bevorstehenden Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus dazu benutzen, der herrschenden Klasse ein energisches Halt zuzurufen, sie müssen, wie bei den Reichstagswahlen, so auch bei den Landtagswahlen, den um ihre Stimme buhlenden Anhängern der Bourgeoisie zu verstehen geben, daß sie mit ihnen nichts zu thun haben wollen, daß sie nicht in ihnen, sondern einzig und allein in ihren eignen Klassenoffenen die Vertreter ihrer Interessen erblicken. Gelingt es, die Macht der mit den Junkern verbündeten Großindustrie im Landtage zu brechen und an ihre Stelle Arbeitervertreter ins Dreiklassenparlament zu entsenden, dann werden auch von der Tribüne des Abgeordnetenhauses herab der Regierung ihre Unterlassungssünden vor Augen gehalten werden, dann werden auch von hier die Forderungen der Arbeiter propagiert werden und dann wird die Zeit nicht mehr fern sein, wo endlich auch den Bergarbeitern der längst geforderte gesetzliche Arbeiterschutz gewährt wird.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. Oktober.

Staatsrechtlicher Füllungs.

Die Agrarier haben das dunkle Bewußtsein, daß die Tollheit ihrer Forderungen an der ehernen Notwendigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung scheitern könnte. Sie sehen ein, daß es die Socialdemokratie ist, die in der Handlungspolitik die wahrhaft staatsverhaltende Partei ist, daß sie von dem Strom des wirtschaftlichen Lebens getragen wird, den die Jöllner mit gierigen Händen zurückzubämmen suchen. Heute ist für die Agrarier die Gefahr des Wühlens stärker als vor 25 Jahren, als die Schutzzöllnerie begann. Damals hielt sie sich noch in bescheidenen Grenzen und die andren Mächte hatten sich noch nicht zur Wehr gesetzt. Dennoch mußte damals das Socialistengesetz erschwindelt werden, damit das Proletariat in seinem Widerstand gegen die Hungerjölle gebrochen werden konnte. Heute beginnt die Katastrophe der wucherischen Agrarpolitik des handelspolitischen Betrügens. In demselben Augenblick, da auch England sich mit Jöllnen umgürtet, ist die Industrie des Deutschen Reiches aufs schwerste gefährdet. 1878 gedachte man das Proletariat zu liebeln, um den Widerstand des Proletariats zu brechen. Heute sind die Dinge im Zusammensturz so weit gediehen, daß man des Proletariats gar nicht mehr entraten kann, um die Ansprüche des Jöllnertums einer kleinen, selbstfüchtigen Monopolistenklasse einigermassen zu bändigen. Vor dieser staatsverhaltenden Kraft und Macht fürchtet sich natürlich das Junkertum und darum versucht es mit wachsender Leidenschaft aufs neue, das Proletariat in Fesseln zu schlagen. Um den Jöllnein zu unterwerfen, darum rufen sie sich heiser nach neuen Ausnahmengesetzen, nach Verletzung des Wahlrechts und dergleichen blöden Gewaltmaßregeln.

In der „Kreuzzeitung“ tobt heute ein Edelstier über „gefähliche Revolution und politische Tragikomödie“. Unter der gefählichen Revolution versteht er die geistliche, in ihrem Ziel revolutionäre Wirksamkeit der Socialdemokratie, und unter der politischen Tragikomödie die Abneigung, die Gefählichkeit niederzuzulassen.

Vor allem muß das Wahlrecht fort:

„Der eigentliche zweifelhafte Krankheitsreger ist und bleibt das gleiche, direkte und geheime Wahlrecht, dadurch, daß es der Unwissenheit und dem Unverstande eine Macht übertrug, zu der sie weder befähigt noch berechtigt waren.“

Daß Vernunft und Bildung, um ihren Einfluß noch zur Geltung zu bringen, jetzt gewissermaßen betteln gehen müssen und immer mehr beiseite geschoben werden, da die Waffe, so lange die Welt steht, der Thorheit und dem Fanatismus stets am zugänglichsten gewesen, ist nur der natürliche Verlauf der Krankheit. . . .

Dieses Wahlrecht, selbst theoretisch nur dann als etwas Mögliches denkbar, wenn der Einfluß der gebildeten vernünftigen Minorität vorherrscht, sehen wir sehr bald von der Socialdemokratie als Mittel in die Hand genommen, ihre umstürzenden Pläne durchzusetzen, und mit stetigem, in letzter Zeit sogar rapidem Erfolge dazu benutzt werden. Man kann wohl sagen, daß das Wahlrecht der Socialdemokratie erst zu einer Präzis verholten und daß die letzte Maßregel der Regierung, die Schirmverfügung, wodurch es noch heimlicher gemacht wurde, nur Wasser auf die Umstürzmühle war.“

Mit der „Vernunft und Bildung“ meint der Mann die Herrschaft einer kleinen Minderheit, die um persönlicher Vorteile willen ein ganzes mündiges Volk in Iron und Barbarei zu halten sucht. Die Regierung auffordern, das Proletariat niederzuzwingen, heißt die Zustimmung an die Verantwortlichen, die natürlichen Hilfstruppen für eine rationelle Handelspolitik totzuschlagen. Diese Regierung, der wir als Ausschuf der herrschenden Klassen in Todfeindschaft gegenüberstehen, bedarf doch des Proletariats, um sich aus der agrarischen Umklammerung loszulösen. Der Junker aber will herrlich leben, wenn auch die ganze Welt in Trümmer sinkt, und darum fordert er, daß man den einzigen festen Damm gegen die Annäherungen einer unmöglichen Wirtschaftspolitik durchbreche. Die Socialdemokratie aber wurzelt in der Notwendigkeit, die Junkerschaft in brutaler Willkür und Gewalt. Die Notwendigkeit aber ist härter als jeder staatsrechtlicher Versuch, an dem die zu Grunde gehen, die ihn unternehmen. —

Der Rücktritt des Kabinetts Zanardelli.

Das Kabinet Zanardelli hat am Mittwoch sein Entlassungsgesuch eingereicht. Nach der „Agencia Stefani“ hat sich der Vorgang derart abgespielt, daß Zanardelli dem Ministertolleum mitgeteilt habe, daß er gemäß seiner schon früher kundgegebenen Entschlieung den König in einem Briefe gebeten habe, ihn von seinem Amt als Ministerpräsident zu entheben. Er habe dem König geschrieben, daß er seit einiger Zeit die Ueberzeugung gewonnen habe, wegen seines gesundheitlichen Zustandes sein hohes Amt nicht mit der intensiven Arbeitskraft verwalten zu können, die er früher aufgewendet habe und die er als Pflicht und Notwendigkeit betrachte. Die andren Minister hätten sehr den Grund, der den Ministerpräsidenten zu seinem Entschlusse bestimmte, bedauert und einstimmig beschlossen, ebenfalls ihre Demission einzubringen.

Der Rücktritt des Kabinetts war bereits seit der Abjage des Jarenbesuches signalisiert gewesen und zwar als die Folge eben dieser Abjage. Die „Tribuna“, das offiziöse Organ Zanardellis, wendet sich nun, wie gleichfalls vom Mittwoch gemeldet wird, in bestiger Weise gegen die Gegner Zanardellis, die veruchten, diesen für den Ausschuf des Besuchs des Kaisers von Rußland verantwortlich zu machen, und betont, daß

nicht dieser Vorfall, sondern nur Gesundheits-rückfichten Zanardelli zum Rücktritt bestimmten.

Ob das Kabinett in letzter Hinsicht wirklich über den Zarenbesuch oder besser den Zaren-Nichtbesuch gestolpert, wird vielleicht niemals völlig aufgeklärt werden. Zanardelli selbst war allerdings so hochbejahrt, daß man seinen Rücktritt aus Gesundheitsgründen an sich nicht für unwahrscheinlich halten könnte. Aber das Kabinett, das ja nur noch ein Kumpfkabinett war, war auch ohnehin für die Auflösungreif! Während seiner ganzen 2 1/2-jährigen Existenz war es zu politischer Unfruchtbarkeit beurteilt gewesen, und trotz der mehrfachen Zuspätschiebung früherer Blutes war die innere Uneinigkeit ein öffentliches Geheimnis.

Die Episode des Zarenbesuchs hat dann möglicherweise dem Hofe den Boden ausgefüllt. Der römische Korrespondent der „N. Z.“ soll nach einem Privattelegramm der „Post“ erfahren haben wollen, daß Zanardelli vom König selbst in höchst schroffer Weise zum Rücktritt veranlaßt worden sei. Zanardelli sei trotz seiner geschwächten Gesundheit entschlossen gewesen, das Urteil der Kammer abzuwarten, indeffen habe der Wille des Königs dieser Absicht ein jähes Ende bereitet. Minister Morin habe ein kategorisches Schreiben des Königs aus Paris überbracht, worin der Rücktritt des Kabinetts verlangt wurde. Zanardelli habe daraufhin sein Rücktrittsgesuch eingereicht.

Veneret sei übrigens, daß, selbst wenn der Nichtbesuch des Zaren die direkte Veranlassung des Sturzes des Kabinetts gewesen sein sollte, man die italienischen Genossen keineswegs als die alleinigen Totengräber des Kabinetts Zanardelli bezeichnen kann. Hat doch die „Tribuna“, das Organ Zanardellis, keineswegs allzusehr für den Zarenbesuch geschwärmt, vielmehr dem Zaren ganz deutlich zu verstehen gegeben, daß er im Falle eines Besuchs ruhig seine Kofalen zu Hause lassen könne.

Zweifellos haben die italienischen Genossen seit geraumer Zeit die Ansicht behauptet, daß es ihnen an der Erhaltung des Kabinetts Zanardelli durchaus nicht allzuviel gelegen sei. Das ist begreiflich, wenn man bedenkt, daß die sociale Reformpolitik des Kabinetts, die es bei seinem Antritt proklamierte — die Beseitigung des Detroids, die Herabsetzung des Salzpreises usw. kurz die Entlastung der Masse des Volkes —, völlig in den Anfängen stehen geblieben ist. Auch die platonischen Liebeserklärungen für die Gewerkschafts-Organisationen wurden durch die Erfahrungen des Eisenbahnerstreiks in eine sehr nüchterne Alltagsbeleuchtung gerückt. Kurzum, die italienische Socialdemokratie sah sich zeitig genug von ministeriellistischen Anwendungen befreit.

Als Nachfolger Zanardellis bezeichnet man Giolitti, den Ministerkollegen Zanardellis bis zum März dieses Jahres. Der politische Kurs dürfte in diesem Falle so ziemlich der alte bleiben.

Deutsches Reich.

Kündigung des Börsegesetzes.

Endlich nach langem Drängen der Finanz- und des Handels Scheint sich doch die Regierung zu einer Art Reform des Börsegesetzes bequemen zu wollen. Wie die „Vossische Zeitung“ erfährt, soll in der bevorstehenden Session dem Reichstage eine Vorlage über die Kündigung dieses Gesetzes und zugleich des Stempelgesetzes zugehen, durch welche die Umsatzensteuer wieder auf die Höhe vor dem Gesetz vom 14. Juni 1900 herabgesetzt wird.

„Ueber die Notwendigkeit dieser Reformation besteht,“ wie das genannte Blatt versichert, „vollkommenes Einverständnis zwischen den preussischen Instanzen, insbesondere dem Handelsminister und dem Finanzminister und den Instanzen des Reiches. Ob bei den neuesten Verhandlungen der Finanzminister auch die Frage der Börsebesteuern erörtert worden ist, wissen wir nicht; die Wahrscheinlichkeit spricht dafür. Was das Börsegesetz anlangt, so weiß man bereits aus den Verhandlungen des Börsenausschusses im Reichsamt des Innern, die noch immer nicht der Öffentlichkeit übergeben sind, und der Sachverständigen-Konferenz im Handelsministerium, über deren Ergebnisse eine „Registrierung“ vorliegt, daß über eine Reihe wichtiger Fragen ein Einverständnis zwischen allen Parteien erreicht ist. Dieses Einverständnis bezieht sich insbesondere auf das Termingeschäft, den Differenz- und Registereinwand. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Regierung, in der Erkenntnis, daß im Börsegesetz unter dem Druck der Agrarier schwere Mängel beigegeben worden sind, zu jeder Kündigung des Gesetzes bereit ist, für die sich eine Mehrheit im Reichstage findet.“

Derselbige der Börsesteuer hat schon der Freiherr v. Thielmann erklärt, daß sie ein Schmerzmittel der Steuerlegislation seien, und daß man 1900 den Vogen zu straff gespannt habe; man werde wohl mit einzelnen oder allen Sätzen wieder heruntergehen müssen. In der Tat ist die Wirkung des Gesetzes vom 14. Juni 1900 nicht nur für die Börse, sondern auch für die Finanzverwaltung schädlich gewesen. Man berechne damals die Rezhreinnahmen aus dem erhöhten Emissionsstempel auf 15 Millionen Mark. Dieser Stempel hatte 1898 18 480 000 M., 1899 17 900 000 M. ergeben und stieg 1900, da noch vor dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes, zum 1. Juli, viele Emissionen erfolgten, auf 21 182 000 Mark. Weit entfernt, nun in dem vorausgesagten Maße zu steigen, fiel der Ertrag 1901 auf 14 491 000 M.; er stieg zwar 1902 wieder auf 21 200 000 M., sank aber in den ersten fünf Monaten des laufenden Verwaltungsjahres, vom 1. April an, wieder um 6 670 000 M. gegen den gleichen Zeitraum des Jahres 1902, so daß, wenn die übrigen sieben Monate keine außerordentliche Beförderung ergeben, nur auf einen Gesamtertrag von 14 1/2 Millionen zu rechnen ist, das ist weniger als in den Jahren vor der Stempelhöhung und selbst im Jahre 1897, wo nicht 14 968 700 M. einliefen.“

Welche Änderungen vorgeschlagen werden, meldet die „Voss. Ztg.“ nicht; aber schwerlich dürfte ihre Annahme zutreffen, daß die Regierung zu der Erkenntnis gekommen ist, schwerere Mängel beigegeben zu haben, und daß sie aus dieser Erkenntnis heraus zu bedeutenden Reformen bereit sein wird. Der Grund, der die Regierung zu einer Kündigung bestimmt, ist vielmehr in erster Linie ein fiskalischer. In seiner heutigen Verfassung wirkt das Gesetz zu geringe Steuerbeträge ab, und da in Anbetracht der jetzigen Reichsfinanznot eine Heraufschraubung dieser Beträge nicht so überflüssig wäre, will man versuchen, durch eine Abänderung derjenigen Bestimmungen, die das Börsegeschäft während der letzten Jahre allzu sehr eingeengt haben, den Steuerzufluß zu verstärken. Deshalb wird sich die Reform auch kaum über eine Beseitigung des Differenzzeinsandes, Erweiterung der Grenzen des Termingeschäftes und einige andre derartige Maßnahmen hinaus erstrecken.

Der furchtbare Laurahütter Prozeß soll noch eine Fortsetzung finden. Durch die Zeugenaussagen in den schon stattgehabten Verhandlungen sollen mehr als zwanzig Personen schwer belastet sein. Es sind zahlreiche Verhaftungen erfolgt und wird demnächst gegen „Bierzweil“ und „Genossen“ eine Wiederholung der entsetzlichen Prozedur in Szene gehen. Dieser Tage wurde gegen einen 17-jährigen Arbeiter wegen seiner Teilnahme an dem Kravall gesondert verhandelt. Das Landgericht Weihen verurteilte den „Krawaller“, der den Amtsvorsteher Schröder in Laurahütte während der Raufereien mit einer Latte auf den Rücken geschlagen haben soll, zu achtzehn Monaten Gefängnis.

Die meisten der im ersten Prozeß Verurteilten haben jetzt die zunächst eingelegte Revision zurückgezogen und sich in ihr trauriges Schicksal ergeben. Zu ihnen gehört auch der zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilte Vater des Reichstags-Abgeordneten Morant. Der im selben Prozeß zu drei Jahren Gefängnis verurteilte Privat- schreiber Solli hat gegen zwei Jengen, die Parteimitglieder

Sufmann und Droßick, die ihn belästeten, Anzeige wegen Meinsids eingereicht.

Die geheimen Konferenzen der „Saale-Zeitung“, von denen wir gestern Mitteilung machten, offenbarten sich als eine Zusammenkunft von Mitgliedern und Eingeladenen der „Centralstelle zur Bekämpfung der Socialdemokratie“. Die „Kunstkorresp.“ hat diesmal die Rolle des Enthüllers, sie schreibt:

„In Halle hat vor ungefähr vier Wochen eine „Konferenz“ stattgefunden, das stimmt. Vertraulich sind deren Verhandlungen gewesen, das stimmt also ebenfalls. Aber zu der Versammlung ist durch ein öffentlich bekannt gewordenes und an Tausende von angezeichneten nationalgefeimten Männern jeder politischen Richtung und jedes Berufsstandes gerichteter Rundschreiben eingeladen worden. Es handelte sich „ausgeprochenenmaßen“ um die viel diskutirte Gründung einer Centralstelle zur Bekämpfung der Socialdemokratie — das ist das sogenannte Geheimnis der hallischen Zirkulare. Seit Halle haben weder „hie“ noch „da“, weder öffentlich noch geheim „Konferenzen“ stattgefunden. Dagegen stimmt die Halle'sche Nachricht wieder insofern, als — was durchaus kein Geheimnis ist — die Verhandlungen demnächst in Berlin fortgesetzt werden sollen. Alles übrige hat sich die „Saale-Zeitung“ einfach aus den Fingern gezogen, um wieder einmal von sich reden zu machen.“

Die „Centralstelle zur Bekämpfung der Socialdemokratie“ ist das Projekt des einstigen freisinnigen Agitators Heinrich Fränkel, der schon vor den Reichstagswahlen mit seinen „Socialen Thatsachen“ als Vortänzer der lapinalistischen Parteien auftrat. Seiner Bekämpfung der Socialdemokratie dürfte unter Partei einen guten Teil ihres Stimmengewinnes verdanken. Also nur weiter! —

Die „Post“ liefert alltäglich ihr Pensum gewaltthätiger Socialdemokraten-Bekämpfung. Unter Jubiläumsspende des Socialistengesetzes hat das Scharfmacher-Organ in besondere Eile gejagt, und unter allfälligen Geschimpfe geifert es nach einem neuen, natürlich noch gründlicheren und noch konsequenter gehandhabten Ausnahmegeretz. Dabei tobt das Blatt, Polizei und Justiz, der geschwätzigen Pflichtvergessenheit zeugend, von „Geheimorganisationen, die noch heute fortbestehen“, und fordert statt des „gegenwärtigen unentschiedenen Fortwärtelns“ eine baldige gründliche Auseinandersetzung mit der Socialdemokratie, denn je länger man diese Auseinandersetzung hinausschiebt, um so blutiger werde sie sein. Die täglich sich erneuernde Unzulänglichkeit der Scharfmacherei wurde längst — langweilig —

Die Gefangenhaltung des Metteurs. Ein besonderes Kapitel im Leipziger Majestätsbeleidigungs-Prozeß bildete die Inhaftnahme des Metteurs der Druckeri. Der Metteur Schmidt wurde in der Hauptverhandlung freigesprochen, nachdem er sechs Wochen in Untersuchungshaft gelassen hatte. Diese Untersuchungshaft konnte nur verhängt werden, weil offenbar ihre Veranlasser keine blasse Ahnung vom Zeitungsbetriebe haben. Der Fall ist so ungeheuerlich, daß wir ihn nach der Darstellung der „Leipziger Volkszeitung“ wiedergeben:

„Bei der ersten Vernehmung, der sofort die Verhaftung folgte, gab der Redakteur der „Muldenthaler Volkszeitung“, Genosse Schöpflin, eine Darstellung zu Protokoll, wie die Muldenthalerzeitung als Kopieblatt der „Leipziger Volkszeitung“ technisch hergestellt wird. Dabei wurde Schmidts Name nur so passant erwähnt, auf die gar nicht auffällige Frage des Untersuchungsrichters, wer nach Schöpflins Anordnung die „Muldenthaler-Zeitung“ zusammensetze, technisch gesprochen „umbröcke“. Die Antwort war einfach: der Metteur. Bei einer zwei Tage später erfolgten Vernehmung Schöpflins vor dem Oberstaatsanwalt und dann wieder vor dem Untersuchungsrichter Weizner, betonte Schöpflin, der von der inzwischen erfolgten Verhaftung Schmidts keine Ahnung hatte, ausdrücklich auf eine Frage des Oberstaatsanwalts, daß den Metteur Schmidt weder ein Vorwurf treffen könne, noch gar eine Schuld. Die Frage des Oberstaatsanwalts lautete ziemlich wörtlich wie folgt: „Als Sie (Schöpflin) nun die inkriminierte Notiz in Ihrem Blatt fanden, haben Sie dem Metteur Schmidt doch Vorwürfe gemacht?“ Schöpflin antwortete: „Das konnte ich ja gar nicht, denn Schmidt hat ja nur meiner Anweisung gemäß gehandelt, die lautete: stets alle Notizen der Rubrik „Vermissenes“ (unter dieser Rubrik war die angebliche Majestätsbeleidigung aufgeführt worden) in der Leipziger Volkszeitung“ mit in die „Muldenthaler-Zeitung“ aufzunehmen.“

Weiter erklärte Schöpflin wiederholt, daß Schmidts Thätigkeit als Metteur eine rein mechanische und physische sei. Und in einer Eingabe an das Amtsgericht um Aufhebung des Haftbefehls erklärte Schöpflin, daß er die Verantwortung für die Notiz trage, die im Haftbefehl angegebene Kollisionsgefahr nicht bestehe und Schmidt gar nicht in Frage komme, ihm nichts nähen könne.

Und trotz alledem hat man Schmidt, der völlig unschuldig war, sechs Wochen lang in Untersuchungshaft gehalten.

Wie soll man sich eine solche Verfassung unter den geschilderten Umständen erklären? Und wie weiter die Thatsache, daß man Schmidts Haftentlassung ablehnte, trotzdem für ihn Kaution geboten wurde, er selbst anfänglicher Bürger in Schönefeld ist?

Wer entschuldiget nun den Mann für die sechs Wochen, die er unschuldig im Gefängnis gelassen hat? —

Graf Josadowitsch hat auf der Jahresversammlung des Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke eine Ansprache gehalten, in der er den unigen Zusammenhang zwischen socialen Verhältnissen und Alkoholismus in seiner staatsmännlich-vorsichtigen Weise ausgab. Es fände, meinte er, den Alkoholiker die Entschuldigend zur Seite, daß ihnen ein wohlthätiges Heim fehlt. Er forderte also eine Verbesserung der Wohnungsverhältnisse, die freilich außer durch schöne Worte nirgendwärts ernsthaft angestrebt wird.

„Bergungsbüros“ für Kriegervereine. Es wird berichtet: „An den Kriegervereinen möglichst viele Mitglieder zuzuführen, sind ihnen von den Behörden mancherlei Vergünstigungen und Vorrechte eingeräumt worden, so unter andern das Anlegen der Kriegervereins-Abzeichen bei den Kontrollversammlungen. Neuerdings ist eine weitere Vergünstigung getroffen worden. Den Truppenteilen wurde nämlich anbeimgestellt, zu den Stiftings- und andern Festen der Regiments-Kriegervereine Abordnungen von Offizieren und Mannschaften zu entsenden, um so eine Verbindung der „Ehemaligen“ mit der aktiven Truppe herzustellen und dadurch für den Beitritt zum Verein indirekt zu werden.“

Die Kriegervereine haben den Zweck, die Untertüchtigkeit aus dem Militärleben in die bürgerliche Sphäre zu überführen. Zu diesem hohen Ziele läßt man es an keinen Mittel und Mitteln fehlen. Doch der freie Geist ist mächtiger als die Macht der Subordination.

Dresden, 22. Oktober. Bei der heutigen Wahl der Landtags- Abgeordneten durch die Wählerinnen wurden in 20 Wahlkreisen gewählt: 17 Konservative, 9 Nationalliberale, 1 Reformpartei, 1 Liberaler und 1 Deutschfreisinniger. Die Zweite Kammer wird sich demnach zusammensetzen aus 56 Konservativen, 23 Nationalliberalen, 1 Liberalen, 1 Deutschfreisinnigen und 1 Mitglied der Reformpartei. Die Klassenwahl hat wieder ihre Schuldigkeit getan.

Es ist also im 40. ländlichen Wahlkreis nicht, wie zuerst erwartet wurde, der Socialdemokrat durchgedrungen. Für die Socialdemokratie wurden dort von 101 Wählerinnen 51 gewählt. Jedoch stellte sich heraus, daß einer dieser Wählerinnen nicht das passive Wahlrecht besaß. An seiner Stelle wurde daher der gewählte Wahlmann, der nur sehr wenige Stimmen hatte, als gewählt erklärt, so daß nun die Gegner mit 51 Wählerinnen ihren Abgeordneten auch in diesem Kreise durchsetzten.

Kampf um die Wahlreform in Bayern.

Mit dem bayerischen Landtagswahl-Gesetzentwurf beschäftigten sich hier große Parteiversammlungen, die am Mittwochabend in Nürnberg stattfanden und in denen die Genossen von Haller, Dr. Sidelmann, Herkel und Dorn den Entwurf in der eingehendsten

Weise besprochen und Vor- und Nachteile gegeneinander abwogen. In allen vier Versammlungen wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Obwohl der dem Landtage vorliegende Entwurf eines Wahlgesetzes gegenüber dem jetzigen Zustand einige Verbesserungen enthält, so die direkte Wahl, die Zugrundelegung der Volkszählung von 1900 bei der Wahlkreiseinteilung, entspricht er doch keineswegs unsern principiellen Forderungen an ein gleiches, allgemeines, direktes und geheimes Wahlrecht. Die Versammlung fordert darum die Regierung und die Parteien auf, dem Volke endlich sein volles Wahlrecht zu sichern, und erucht namentlich die socialdemokratische Fraktion, die principiellen Forderungen des Regensburger Programms mit aller Schärfe zu vertreten. Insbesondere erwartet sie, daß die ungerechte Hinausschiebung des Wahlaktes und die starke Benachteiligung der städtischen Bevölkerung in dem neuen Gesetze hintangehalten werde.“

Ebenso fanden, wie uns telegraphisch gemeldet wird, in München am Mittwochabend 3 imposante Versammlungen statt, in denen einstimmig eine Resolution des gleichen Inhalts wie die obige Nürnberger angenommen wurde.

Bayerische Abgeordnetenkammer.

In der Mittwoch Sitzung der Kammer erklärte der socialdemokratische Abg. Müller die Erklärung des Ministerpräsidenten als vollkommen ungenügend und er behauptete, die scharfe Stellung der liberalen Partei gegen das Ministerium Bodewits werde direkt auf die Entlassung Craissheims zurückzuführen; Redner fragte: 1. Haben sachliche oder persönliche Gründe die Demission Landmanns verurteilt? 2. Wenn nicht formale Dinge, welche sachlichen Gründe haben die Entlassung Craissheims zur Folge gehabt? Welche Einfluß hatte dabei die Zwinemünder Depeche, die Antwort darauf? 3. Welche weiteren Veränderungen im Kabinett stehen uns noch bevor? Redner wandte sich dann gegen die ministerielle Thätigkeit Craissheims. Das Kabinett Craissheim habe sich fortgesetzt gegen Berlin gebeugt und gebückt; es sei mit Preußen durch die und dann gegangen; man weime ihm in London keine Ehre nach. Aber auch das neue Ministerium werde seiner Meinung nach sowohl nach rechts wie nach links gut Freund zu bleiben streben. Die Beziehungen Bayerns zu Berlin seien lediglich passiver Natur. Er verlange Aufklärung über die künftige Gestaltung des Ressorts des Ministeriums des Neuzeren. Der Redner verbreitete sich weiter über die Forderungen der socialdemokratischen Partei. Abg. Dr. Dichter (C.) sprach über die Finanzverhältnisse in Bayern und berührte eine Reihe wirtschaftlicher Fragen. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß es dem neuen Reichsschatzsekretär v. Stengel gelingen möge, eine ernsthafte Gesundung der Reichs-Finanzgebarung herbeizuführen.

Am Donnerstag gab der Ministerpräsident Freiherr v. Bodewits ausführliche Erklärungen ab über das Verhältnis Bayerns zum Reich. Nach seiner Darstellung ist in den Beziehungen zwischen der Reichsleitung und der bayerischen Regierung alles aufs Beste bestellt und es gelte für Bayern, ebenso das Reich zu pflegen wie die besonderen bayerischen Rechte zu wahren. U. a. führte v. Bodewits aus:

„Die Reichsleitung läßt sich von dem tiefen Verständnis leiten, daß sie die Stärke und Einheit des Reichs in dem föderativen Grundzuge der Reichsverfassung erkennt und die Voraussetzung einer eckfruchtlichen Führung der gesamten Reichspolitik in der sorgsamten Pflege des Verhältnisses von Bundesstaat zu Bundesstaat erblickt. Wenn es dafür noch der Versicherung bedürft hätte, dann habe ich sie bei meinem ersten Besuch in Berlin in blühender Weise erhalten aus dem Munde des Reichskanzlers selbst, dem ich seit langen Jahren nahezu täglich die Ehre habe und dessen loyale Ausprüche mir gegenüber ich nur mit vollstem Vertrauen erwidern kann. „Seine Majestät der Kaiser“, so hat mir Graf Bismarck als Letztes noch beim Abschiednehmen gesagt, „und er, der Reichskanzler, betrauteten es als eine Ehrenpflicht, die Rechte der Bundesfürsten und Bundesstaaten auf das sorgsamste zu wahren und sie von keiner Seite antasten zu lassen“. Und dazu ist noch ein Weiteres gekommen, das heute in der Thatsache der Berufung eines bayerischen Beamten an die Spitze des Reichsschatzsekretariats gegeben ist. Es liegt mir fern, die Bedeutung dieser Thatsache entseufschlich vergrößern zu wollen. Aber die Berufung unseres früheren Bevollmächtigten zum Bundesrat Freiherrn v. Stengel an die Spitze des wichtigen Reichsamts, in dem die materiellsten Interessen der einzelnen Staaten zusammen laufen, ist eine Auszeichnung für Bayern, für unsere Beamenschaft und ihre Loyalität, für die wir dank schulden. Es ist ein Beweis für die Gefinnung und die Anschauungen des Kaisers und seines Kanzlers. Es ist eine Verthätigung des föderalistischen Verhältnisses und eine ehrende Verthätigung desselben, die wir voll zu würdigen wissen. . . Das ist auch unsere Pflicht, den Reichsgedanken, wie er auf der Reichsverfassung beruht, vor jeder Trübung zu wahren, aber auch das Verhältnis Bayerns zum Reich, wie es glücklich besteht und für eine glückliche Zukunft bestehen bleiben soll. Auch hierin vermag die Regierung nicht alles allein. Zu vollem Bewußtsein des schweren Mahes von Verantwortung, das gerade in diesem wichtigsten Punkte unfres Staatsebens auf jedem von uns lastet, müssen wir zusammen helfen, dieses Verhältnis nicht nur so zu wahren, daß wir es jederzeit in der gewünschten Güte zur Verfügung haben, sondern dementsprechend es auch sorgsam hegen und pflegen, damit es vor jeder Schädigung bewahrt bleibe und vor jeder Gefährdung fest sein und unentwegt in der Abwehr, wo es not thäte, aber maßvoll und lug in der eignen Angelegenheit nicht „greinen“! wie wir es auf gut bairisch nennen, weil dies die unproduktive aller Sportübungen ist, wohl aber, wenn der Himmel blaut und die liebe Sonne scheint, auch sich freuen und der Zufriedenheit Einfluß geben und in Behaglichkeit genießen. Ueberlassen wir es es, wie ein großer Lehrer gesagt hat, dem Dogmatismus, in jedem Begebnis, mag es nun klein oder groß sein, ein Zeichen von zunehmendem Particularismus oder einer Vorstoß des Unitarismus zu erblicken.“

Der Ministerpräsident führt bezüglich des Verhältnisses Bayerns zum Reich noch weiter aus, daß bezüglich der Handelsverträge die Reichsregierung die bayerische Staatsregierung stets auf dem Laufenden hielt und daß Bayern bei diesen Verhandlungen unmittelbar vertreten ist. Was die eignen bayerischen Post- und Verzeihen betrifft, so verweist der Ministerpräsident auf die betreffenden Erklärungen des Staatsministers Grafen Craissheim, wonach die Einführung einer einheitlichen deutschen Postmarken ein bayerisches Reservatrecht berühre und daher keine Rede davon sein könne. Die bayerische Staatsregierung stehe auch jetzt noch auf diesem Standpunkte. Neuerliche Versuche, Bayern zur Aufgabe dieses Standpunktes zu bewegen, seien auch in keiner Weise gemacht worden.

Betreffs der Stellung der bayerischen Regierung zur Frage der Reichstags-Diäten verweist der Minister auf die frühere Erklärung des Finanzministers Freiherrn v. Nibel, wonach Bayern einer Gewährung von Diäten nicht grundsätzlich entgegen ist, wenn gewisse Kautelen gewährleistet werden.

Der neue Ministerpräsident von Bayern scheint befähigt in der Kunst viel Worte zu machen ohne etwas zu sagen. Vielleicht wird er wenigstens in der weiteren Debatte genötigt zu sagen, welches dem die „gewissen Kautelen“ sind, gegen die seine Regierung für Reichstags-Diäten eintreten will.

Husland.

Zur Lage in Ostasien.

London, 22. Oktober. (Bureau Laffan.) Husland benachrichtigte dem Vernehmen nach, wie „Daily Mail“ aus Tientsin meldet, die chinesische Regierung, es habe nicht die Absicht, die Mandchurei zu räumen. — Acht Dampfer mit zusammen 36 250 Tonnen Raumbelast sind zum Kohlentransport von Cardiff nach Japan und zwei Dampfer mit zusammen 18 000 Tonnen Raumbelast zum Kohlentransport nach russisch-ostasiatischen Häfen charter worden. Die Schiffsagenten drängen die Reeder, mehr Schiffsraum freizumachen. Die britische Admiralität sandte 13 000 Tonnen Kohlen nach Hongkong.

Die beunruhigenden Meldungen über die Lage in Ostasien sind nach einer „Daily Mail“-Meldung aus Tokio nicht gerechtfertigt. Die jüngsten Bewegungen japanischer Truppen in Korea und China waren lediglich Truppenabläufe. Japan bemüht sich, wie verlautet, Russland zu veranlassen, seine Einwilligung dazu zu geben, daß Japan eine Eisenbahnkonzession, wahrscheinlich zwischen Niutschwang und Wiju, erwirbt.

Frankreich.

Son General André.

Paris, 21. Oktober. (Fig. Ver.) Die Ernennung des Generals Desfrieres zum Militärgouverneur von Paris und des Generals de Lacroix zum gleichen hohen Posten in Lyon hat im linken Flügel der Regierungsmehrheit böses Blut gemacht. Insbesondere gilt Desfrieres als ein Herikal-revolutionärer Partisan. Die Herikal-nationalistische Presse hatte denn auch keine Kandidatur verteidigt, während die linksradikale und die ministeriell-socialistische Presse dieselbe bekämpft hatte. Andererseits sind durch die Ernennungen zwei Generale des republikanischen Aulse, die als Kandidaten genannt waren, hintangesetzt worden. Der laurdische Abgeordnete von Lyon, Krantz, beschwert sich in einem Interview, daß der Kriegsminister André keinen einzigen der zehn ministeriellen Deputierten von Lyon über die Ernennung des dortigen Militärgouverneurs vorher zu Rate gezogen hätte. . . Die unzufriedenen Ministeriellen beschuldigen André, zu gutzuleben, wie alle seine Vorgänger, dem Einfluß des reaktionären Militärbeamten-Kingels verfallen zu sein. Die „Action“ führt Desfrieres Ernennung noch auf den Einfluß der freidenkenden Frau Loubet zurück.

Belgien.

Von den Kommunalwahlen sind an bemerkenswerten Resultaten vorerst noch folgende nachzutragen: Erathem (in Vrasant): schöner Sieg des Sozialisten Bildorde. Die Sozialisten haben einen Zuwachs von 354 Stimmen. — Vilvo: 4 Liberale, 1 Herikal gewählt. — Hemixim: 3 Liberale, 3 Katholiken. — Boom: Sieg der Herikalen. — Clouges: Die Sozialisten behaupten ihre Stellung. — Haine-Saint-Paul: Glänzender Sieg der Sozialisten. — Heufies (eine kleine Land-Gemeinde): Beide sozialistischen Kandidaten gewählt. — Trivieses: 6 Sozialisten, 3 Herikale gewählt. — Guesmes: 7 Sozialisten, 4 Liberale. — La Hestre: 4 Sozialisten, 3 Liberale. — Engis: 5 Liberale, 5 Herikale. — Jordies: Sieg der Sozialisten. — Verues: Die Liberalen haben gesiegt. — Godarville: 3 Sozialisten, 2 Katholiken. — Luttre: 5 Katholiken, Anderlues: Die Liberalen gewählt. — Verches: Sieg der Pfaffen. — Douilly: Desgleichen. — Wilmès: 3 Katholiken, 2 Liberale. — Chimay: 5 Katholiken, 1 Liberaler. — Sougnies: Katholische Majorität. — Beaumont: 3 Liberale, 3 Sozialisten. — Gony-Bez-Piston: 2 Katholiken, 2 Sozialisten, 2 Liberale. — Banfercée-Baulet: 6 Sozialisten. — Marcinelle: 3 Katholiken, 2 Sozialisten, 2 Liberale. — Montigny-Le-Tilleul: Sieg des sozialistisch-liberalen Kartells. — Wicheries: Niederlage der Sozialisten. Die Gegner haben nachweislich in den meisten Stimmzettelkästen getrieben. — Ham-sur-Heure: Die Sozialisten siegen über das gegnerische Kartell. — Couillet: 5 Sozialisten, 1 Katholik. — Gilly: 6 Katholiken, 3 Liberale. Stichwahl zwischen 1 Sozialisten und 1 Liberaler. — Vasoctes: 4 Katholiken, 3 Liberale. Ungültigkeitserklärung der Wahl sehr wahrscheinlich. — Bisogne: Sieg der radikal-socialistischen Liste. — Daussois: 2 Sozialisten, 1 Katholik, 1 Liberaler. — Saint-Gérard: Zum erstenmal ein Sozialist und ein Radikaler gewählt! — Seraing: Gegenseitiger Nichtwahl 18, Sozialisten 9. Alles verloren, nur die Ehre nicht! — Huy: Die Wahl ist angefochten. — Jalhay: Die reaktionäre Mehrheit ist geschlagen. — Metinne: Trotz ungeheurerlicher Wählerarbeit der schwarzen Garde siegte das liberal-socialistische Kartell. — Traire, Randrin, Seny: Siege der Liberalen über die Herikalen. — Botton: Die sozialistische Liste siegt. — Duffet: 2 Sozialisten, 3 Katholiken. — Bierjet: Die Sozialisten erliegen dem liberal-herikalischen Kartell. — Marchin: 6 Sozialisten. — Tiche: Sieg der Konservativen mit 50 (P. L. I.) Stimmen Mehrheit! — Vyle-Tharoule: Die ganze sozialistische Liste siegte.

Italien.

Der Papst läßt — wie aus sicherer Quelle gemeldet wird — Rühlhörner austreten, um zu erfahren, unter welchen Bedingungen die italienische Regierung geneigt wäre, ein besseres Einvernehmen mit der römischen Kurie herzustellen. Es behagt Pius X. offenbar nicht, die alte Komödie der „Gefangenenschaft im Vatikan“ weiter zu spielen.

Spanien.

Bei Eröffnung der Kammer erklärte Ministerpräsident Villaverde unter andern, die letzte Krisis sei durch die Uneinigkeit über die Marinevorlage sowie durch den Widerstand, der ihm selbst wegen Ueberrahme des Kabinettspräsidiums entgegengekehrt worden sei, verursacht worden. Gegenwärtig ständen drei wichtige Fragen im Vordergrund, nämlich die Steuer-, die Kredit- und die Goldfrage. Ein Gesetzesentwurf betr. die Steuerzahlung in Gold werde demnächst von der Regierung eingebracht werden, auch werde die Kammer sich mit einer Verbesserung des internationalen Geldverkehrs zu beschäftigen haben. Ebenso werde ein Gesetzesentwurf über die Prägung von Goldmünzen dem Parlament zugehen. Die Regierung werde sich außer mit dem Gleichgewicht des Staats auch mit der Unterrichtsfrage, der Agrarreform und der Arbeiterfrage beschäftigen. Ferner sei die Umgestaltung eines Teils der schwebenden Schuld von 100 Millionen Pesetas, sowie die Aufnahme einer Anleihe im Höchstbetrage von 75 Millionen beabsichtigt.

Berichtigung. Unser Londoner Korrespondent schreibt uns: Die Angabe über die Erhebung der russischen Vertretung in Tokio zum Range einer Votschaft ist dahin zu berichtigen, daß die Erhebung noch nicht erfolgt ist und sich noch im Zustande der Beratung zwischen Rußland und Japan befindet.

Landtagswahl.

Ein nationalliberal-freisinniges Wahlbündnis wurde in Mersburg abgeschlossen.

Zu einer Fülle von Wahlprotesten dürfte es vor Eröffnung der Abgeordnetenversammlung durch die Wähler kommen, wenn verständige Männer sich damit beschäftigen wollten, in ihren Gemeinden nachzusehen, ob bei Aufstellung der Listen die vielen triftlichen Gesetzesvorschriften beobachtet worden sind. So wird uns aus der Provinz Posen geschrieben: In einem Wahlbezirk unserer Stadt (zwischen 1000 und 1200 Seelen, also vier Wahlmännern) gibt es einen Wähler mit 2800 M. Jahressteuer, einige Dutzend Wähler mit zusammen 200 M. Jahressteuer und 200 steuerfreie Wähler, für die ein fingierter Betrag von je 3 M., zusammen also 600 M. in Ansatz kommt. Die Steuersumme beträgt im ganzen 3600 M. Die Behörde hat nun folgenbermaßen gerechnet: $\frac{1}{2}$ der Steuersumme ist 1800 M.; die erste Klasse bildet mithin der erste Steuerzahler allein; da er 2800 M. zahlt, bleibt für die zweite und dritte Klasse eine Steuersumme von 800 M., für jede also 400 M. In die zweite Klasse kommen also zu den Wählern mit zusammen 200 M. Steuer noch 67 Dreimarkmänner, während in der dritten Klasse der Rest wählt. In diesem Sinn ist die Abteilungsliste aufgestellt. Das ist aber ungesetzlich. Nach § 2 des Gesetzes vom 29. Juni 1893 müssen Urwähler, welche zu einer Staatssteuer nicht veranlagt sind, in der dritten Abteilung wählen. Deshalb schreibt in Uebereinstimmung mit dem Gesetz das Reglement vor, daß in diesem Falle umgekehrt vorzugehen ist. Die sämtlichen Dreimarkmänner bilden die dritte Klasse; von den übrigen Wählern werden 3000 M. Steuer aufgebracht, also entfallen auf die erste und zweite Klasse je 1500 M.; also einziger Wähler erster Klasse ist, wie oben, der erste Steuerzahler, die übrigen Steuerzahler bilden die zweite Klasse. Läßt sich eine Änderung der Abteilungsliste dort nicht mehr vornehmen, so muß die Wahlmännerwahl auf alle Fälle ungültig sein. Würde der Wahlkommissar vor der Wahl der Abgeordneten durch die Wähler diese Ungültigkeit nicht aussprechen, so wäre ein Grund zum Wahlprotest im Abgeordnetenhaus gegeben.

Wir wollen bei dieser Gelegenheit noch auf merkwürdige Verhältnisse bei den Urwahlen selbst aufmerksam machen. Laut Bericht des preussischen statistischen Bureaus ist es 1898 im Regierungsbezirk Stettin zweimal, im Regierungsbezirk Breslau einmal vorgekommen, daß in einem Urwahlbezirk je 7 Wahlmänner gewählt worden sind. Wie das möglich war, ist uns vollkommen unerfindlich. Nebenfalls zeigen auch diese Fälle, wie wünschenswert es ist, daß die Sozialdemokratie bei den preussischen Landtagswahlen einmal als Häterin der gesetzlichen Vorschriften auftritt.

Kommunales.

Stadtvorordneten-Versammlung.

24. Sitzung vom Donnerstag, 22. Oktober 1903, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsitzende Stellvertreter Mischelet eröffnet die Sitzung gegen $\frac{1}{8}$ Uhr mit einem Nachruf für den am 19. verstorbenen Justizrat Hugo Sachs, an dessen tragischem Geschick die ganze Versammlung innigsten Anteil genommen. Sodann gedenkt er auch des vor einigen Tagen verstorbenen früheren Stadtv. Zimmermeister Winkler mit Worten lebhafter Anerkennung.

In das Kuratorium des Nicolaus-Bürger-Hospitals wird Stadtv. Meyring, in die Steuerdeputation Stadtv. Groh, in die Direktion der v. Kottwitzschen Anstalt Stadtv. Hlyez gewählt.

Das von den Gemeindebehörden vereinbarte Reglement für die Ausführung der Fürsorge-Erziehung im Stadtkreise Berlin und für die Verwaltung der städtischen Erziehungs- und Besserungsanstalten in Lichtenberg, Kleinbeeren und Rummelsburg hat vor den Augen des Kultusministers und des Ministers des Innern keine Gnade gefunden.

„weil das vorgelegte Reglement nicht nur aller Vorschriften über die Anstaltsverwaltung und die Einrichtung der Anstalten entbehre, sondern auch eine Reihe von Vorschriften der zum Besetze vom 2. Juli 1900 gegebenen Ausführungsbestimmungen, die sich auf die religiös-sittliche Erziehung der Zöglinge beziehen, ausschließe, und die Herren Minister nicht geneigt seien, die gegebenen Ausführungsbestimmungen für die Durchführung der Fürsorge-Erziehung im Stadtkreise Berlin ausnahmsweise einzuschränken.“

Der Magistrat hat nunmehr das Reglement entsprechend umarbeiten lassen.

Dazu liegt ein Antrag Augustin (Soe.) und Genossen auf Ausföhrberatung vor.

Stadtv. Stadthagen (Soe.): Es handelt sich hier um eine Vorlage von außerordentlichem Interesse für die Stadtverwaltung nach der Richtung der Erziehung sowohl wie der Selbstverwaltung hin. Der Oberpräsident hat schon im Juni 1902 den Bescheid gegeben, der die Verjagung der Genehmigung erhält. Bei der Wichtigkeit der Vorlage bitten wir, diese Vorlage auch in der Versammlung nicht überz Anie zu brechen, sondern wenigstens einen Teil der Zeit auf sie zu verwenden, die sich der Magistrat genommen hat. Der Minister verjagt die Genehmigung einmal, weil alle Vorschriften fehlen über Anstaltsverwaltung. Wäre das wahr, so mühte das Reglement recht lieberlich gearbeitet worden sein; unjre Schuld wäre das nicht, weil wir damals dringend um gründliche Beratung baten. Thatsächlich haben wir in jener Beziehung damals auch Anträge gestellt, welche man aber abweis, weil folches der Verwaltung vertrauensvoll zu überlassen sei. Ferner wird bemängelt, daß eine Reihe von Vorschriften über die religiös-sittliche Erziehung fehlen. Diese Vorschriften stehen ja nur allerdings in dem Besetze; nachdem aber dieses Monium gezogen ist, verlangen wir, daß nicht ein Reglement gemacht wird, worin bloß von allerlei äußerlicher Frömmigkeit die Rede ist, während wir andererseits Fälle erleben, wo die Erzieher wegen schwerer sittlicher Vergehungen sogar zu Zuchthaus verurteilt worden sind. (Unterbrechung des Vorträhers, welche aber keine weiteren Folgen nach sich zieht.) Es muß vorgebeugt werden der heuchlerischen, äußerlichen Erziehung, die von wahrer Religiosität weit entfernt ist. Aus dem Reglement muß auch die Bestimmung heraus, welche die Beschäftigung und Ausbeutung der Zöglinge in der Hausindustrie zuläßt, eine Bestimmung, welche gegen den Willen der Versammlung durch den Magistrat in das Reglement hineingeseht ist. Durch den bürokratischen Gang der Verwaltung kann es heute kommen, daß ein gebessertes Kind durch die Fürsorge-Erziehung zum Ströhlk ergogen wird. Redner führt dafür einen Fall an, wo ein beim Fechten abgefahter fünfzehnjähriger vom Lehrern getrimter Lehrling polizeilich mehrfach, das zweite Mal zu vier Wochen Haft verurteilt worden ist, zum Lehrern zurückkommt, sich dort bessert, Geselle wird und dann plötzlich nach $\frac{1}{2}$ Jahren der Fürsorge-Erziehung überwiesen wird auf Grund jener Verstrafung! Daran sieht man, daß dem bürokratischen Juge unjrer Behörden entgegengetreten und das Bescheidrecht der Betroffenen besser gesichert werden muß. Weiter ist notwendig, daß in seltlicher und jellischer Beziehung mehr gesorgt wird für genaue reglementarische Bestimmungen bezüglich des Unterrichts, der ärztlichen Uebervachung usw. In Medlenburg wurde zwei Mädchen unter 16 Jahren, die sich in Fürsorge-Erziehung bei Privatn besaunden, die Ehre genommen; der Erziehungsdirektor stellte keinen Strafentwurf, „denn so etwas geschähe ja überall auf dem Lande.“ Man möchte nach dem Geiste des Gesetzes die Kinder möglichst stumpfsinnig erziehen, damit sie desto besser ausgebeutet werden können; der frühere Landwirtschaftsminister v. Hammerstein ging davon aus, daß Kinder nicht zu viel lernen sollten. Ueber die ländliche Volksschule hinaus findet sich nun auch in diesem Berliner Reglement nichts gewährleistet, während doch die Kommune Berlin ihren Stolz darin zu setzen erklärt, daß sie die Dorfschule nicht als Volksschule nach ihrem Sinne anerkent. Auf dem Lande gibt es ja sogar Dritteltageschulen, die bloß von 6-9 Uhr morgens unterrichten, damit die Kinder am Tage desto gründlicher ausgebeutet werden können! Gewisse Erziehungs-Anstalten, wie Sisooh und andre, haben uns manche Erfahrungen geliefert, die nicht dazu auffordern, städtische Kinder diesen Anstalten zur Fürsorge-Erziehung zu übergeben, wenn wir nicht auf die Anstalten einen wirksamen Einfluß gewinnen können. In vielen Orten gibt es ja gar keine sechs-klassige Volksschule; die Kinder, die wir dorthin geben, würden also nur einen durchaus unzulänglichen Unterricht erhalten. Sehen Sie also einen Ausschuss ein, der nicht bloß pro forma arbeitet, sondern auch zweckmäßige Vorschläge sagt, eventuell sogar gegen die Ansicht des Ministers! Das Reglement, wie es jetzt vorliegt, hilft nicht die Kinder zu kräftigen Persönlichkeiten erziehen, sondern erzieht sie nur zu stumpfsinnigen Ausbeutungsobjekten. Nach dem Besetze hat der Minister kein Recht, über das Besetz hinauszufragen; nur in Bezug auf Aufnahme, Behandlung, Unterricht und Entlassung steht ihm ein Einspruchsrecht zu. (Beifall.)

Stadtv. Dove (K. L.) hat gegen Ausföhrberatung nichts einzuwenden, kann sich aber den Uebertreibungen des Vordredners nicht anschließen, hält auch für unmöglich, Heuchelei und dergleichen auf dem Wege dieses Reglements auszurotten. Der konfessionelle Geist, den der Vordredner bekämpfe, sei ja schon im Besetze selbst zum Ausdruck gelangt; um diesen Punkt komme man also nicht herum.

Stadtv. Stadthagen protestiert gegen den Vortrue, übertrieben zu haben; davon könne keine Rede sein. Im Ausschuss werde sich noch viel mehr Material beibringen lassen.

Damit schließt die erste Beratung; die Vorlage geht an einen Ausschuss von 15 Mitgliedern.

Zur Beratung steht sodann der Nachtragsetel betreffend die Einrichtung eines Filialhospitals für Männer auf dem gemieteten Grundstück zu Reinickendorf, Berlinerstraße 128.

Stadtv. Dr. Freudenberg (Soe.) beantragt Ausföhrberatung. Man wolle mit der Uebervachung der hospitaliten Hauslinge nicht geprüfte Wärter betrauen; auch bleibe der Verpflegungssatz hinter den bescheidensten Ansprüchen weit zurück. Diese beiden Hauptpunkte rethorisiert schon für sich das Verlangen nach Ausföhrberatung.

(ohne Berechnung für Brot) glaube man auskommen zu können. Die Belagung sei dringend notwendig, denn Rummelsburg sei jetzt mit 400 statt 250 Hospitaliten belegt.

Stadtv. Wallach (K. L.) widerspricht ebenfalls dem Verlangen des Kollegen Freudenberg und beantragt Einbloek-Aufnahme.

Stadtv. Freudenberg: Wir sind es ja gewöhnt, von der großen Linke zu hören, daß sie sonst für Ausföhrberatung stimmt, aber in diesem oder jenem Falle es nicht thue, weil der Fall anders liege. Das geschieht meistens dann, wenn der Antrag von uns gestellt wird. (Beifall.) Im übrigen ist es uns sehr interessant, zu hören, daß es unter unsern Hospitaliten ganz gesunde Leute gibt und daß man bei diesen mit 28 $\frac{1}{2}$ Pf. auskommt.

Der Antrag auf Ausföhrberatung wird abgelehnt.

Stadtv. Singer (Soe.) widerspricht nunmehr auf Grund des § 11 der Geschäftsordnung der Vornahme der zweiten Beratung, da seine Freunde zu derselben keine Anträge hätten vorbereiten können.

Da der Widerspruch von mehr als 15 Personen, also mehr als ausreichend unterstützt wird, muß die zweite Beratung ausgesetzt werden.

Mit den Änderungen, welche der Magistrat an der Instruktion zur Regelung des dienstlichen Verhältnisses zwischen den ärztlichen Direktoren, dirigierenden Ärzten und Oberärzten in den städtischen Krankenhäusern vorgenommen hat, sind nach der Ansicht des betreffenden Ausschusses die früheren Forderungen der Versammlung nicht erfüllt. Diese wurden am 26. Februar ds. Js. dahin formuliert: „Den Magistrat zu ersuchen, am Krankenhaus Friedrichshain für die chirurgische Abteilung einen Direktor und einen demselben koordinierten dirigierenden Arzt in derselben Weise anzustellen, wie dies bereits seit 1894 für die innere Abteilung der Fall ist, und diese Einrichtung nach Möglichkeit bei den andern Krankenhäusern einzuföhren.“ Mit 9 gegen 2 Stimmen empfiehlt der Ausschuss, den Magistrat um Änderung der revidierten Instruktion in dem Sinne zu ersuchen, daß 1. dem Oberarzt der äußeren Station der Titel „Dirigierender Arzt“ verliehen wird, 2. alle für den dirigierenden Arzt der inneren Station getroffenen Bestimmungen auch gelten sollen für den Oberarzt der äußeren Station. Sodann soll der Magistrat ersucht werden, im nächsten Etat das Gehalt der dirigierenden Ärzte beider Stationen gleichzustellen.

Referent des Ausschusses ist Stadtv. Professor Landau.

Während Stadtv. Rommjen (K. L.) nach wie vor die Instruktion des Magistrats für genügend hält und die Forderungen des Ausschusses ablehnt, spricht sich Stadtv. Kuge (K. L.) heute für dieselben aus.

Stadtv. Sanitätsrat Dr. Neumann, der heute seinen 84. Geburtstag feiert und aus diesem Anlasse von Herrn Mischelet unter lebhaftem Beifall der Versammlung beglückwünscht wird, hält dafür, daß man den im Antrage Landau liegenden Fortschritt nicht deshalb ablehnen solle, weil er kein ist. Noch 1901 seien von 34 900 Todesfällen 1000 in Krankenhäusern erfolgt. Von jener Gesamtzahl mühten aber 14 800 Kinder unter fünf Jahren abgezogen werden; doch betrüge die Zahl der Krankenhaus-Todesfälle 42 Proz., ein doch gewiß so bedeutames Faktum für die Beurteilung der Bedeutung der Krankenhäuser für die öffentliche Gesundheitspflege, daß jeder noch so kleine Fortschritt dankbar begrüßt werden mühte.

Oberbürgermeister Kirchner: Die städtische Verwaltung Berlins ist von der Bedeutung dieses Zweiges der öffentlichen Fürsorge durchaus durchdrungen. In der Etate ist dafür Beleg und die mir eben zugehende Vorlage, ein Krankenhaus mit einem Aufwande von circa 20 Millionen zu bauen, bildet einen weiteren Beleg dafür. Aber für den Antrage Landau bezw. für den Ausschuss läßt sich daraus nichts deduzieren. Der Magistrat hat sich trotz anfänglich abweichender Meinung dem Standpunkt der Versammlung sehr genähert und die Stellung der Oberärzte wesentlich selbständiger gestaltet. Der Ausschuss aber sagt: sic volo, sic jubeo, er will das Tüpfelchen über dem i durchsetzen (Widerspruch und Zustimmung). Namens des Magistrats bitte ich dringend um Ablehnung des Ausschussantrages. Die Sachlage ist heute eine andre: die Stellung der Oberärzte ist eine selbständige geworden. Dem angenommenen Ausschussantrage würde der Magistrat nicht zustimmen können.

Stadtv. Gassel (K. L.): Die große Mehrtheit des Ausschusses ist zu ihrem Antrage aus der Erwägung gekommen, daß die betreffenden Änderungen im Interesse unjrer Krankenanstalten notwendig sind. Es handelt sich hier nicht um Kleinigkeiten, sondern um die sehr bedeutende Frage, ob der Oberarzt bei der Zuteilung des Krankennaterials von dem Erntessen des Direktors unabhängig gestellt werden soll. Nicht unwesentlich ist auch die Rücksicht auf die notwendige Entlastung der Direktoren. Die Mittelfrage ist deshalb von Wichtigkeit, weil die Ärzte in gleicher Stellung auf den inneren Abteilungen den Titel „Dirigierender Arzt“ bereits führen. Ich bitte und beschwöre Sie dringend, im Interesse unjrer Selbstverwaltung an Ihrem früher gefahten Beschlusse festzuhalten. (Beifall.)

Stadtv. Rommjen tritt der Unterstellung entgegen, als ob in den städtischen Krankenhäusern fast alle Mängel vorhanden wären, denen nur durch diese Reform abgeholfen werden könnten.

Stadtv. Dr. Freudenberg (Soe.): Der Sinn der ersten Rede des Herrn Rommjen war der, daß er gegen den Ausschussantrag stimmt, weil es der Magistrat will, daß er aber morgen für denselben stimmen werde, wenn es der Magistrat wolle. (Vorsitzer Stellvertreter Mischelet verweist dem Redner solche unbedingte Zustimmung; Antrage und Zustimmung.) Der Oberbürgermeister wirft dem Ausschuss das sic volo, sic jubeo vor; thatsächlich aber ist es gerade der Magistrat, der nach diesem Motio handelt und auf den hier sogar das stat pro ratione voluntas zutrifft. (Beifall.) Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Nach der neuen Instruktion des Magistrats würde es lediglich dabei verbleiben, daß der Direktor den ungemühen und uninteressanten Teil des Krankennaterials auf die Oberärzte abwimmeln wird. Wir halten an dem Ausschussantrage fest.

Stadtv. Gassel: Der Rommjen kann nur dadurch, daß er jede Würdigung der sachlichen Momente unterläßt, zu seiner Stellungnahme kommen.

Nachdem auch noch Stadtv. Prof. Dr. Hartmann (K. L.) im Interesse der Ärzte wie der Kranken dem Ausschussantrage zustimmen ersucht hat, wird dieser in namentlicher Abstimmung mit 79 gegen 27 Stimmen angenommen.

Von den Vanten für das Rudolf-Sirchow-Krankenhaus hat der Sonderauschuss den Kostenantrag von 448 000 M. und den speziellen Entwurf für das Badehaus nebst medicomechanischem Institut sowie die umgeänderten Borentwürfe zu den vier Pavillons für Infektionskrankheiten und zu dem Diphtheriepavillon, sowie den Borentwurf für den Quarantänpavillon genehmigt, dagegen den Borentwurf zu zwei Operationshäusern abgelehnt. Statt der letzteren soll nur ein Operationsgebäude mit 2 in sich getrennten Abteilungen errichtet werden.

Stadtv. Wallach befristet einen Zusatz zu den Ausschussanträgen dahin, daß Uebertreibungen innerhalb der einzelnen Kostenanträge ohne Genehmigung der Versammlung nicht statthast sein sollen.

Mit diesem Zusatz stimmt die Versammlung den Ausschussvorschlügen zu.

Der Reuter-Stiftung — Nihil für Kaufleute — hat ein Berliner, der nicht genannt werden will, 16 000 M. zur Errichtung einer neuen Beneficiatenstelle geschenkt. Mit der Annahme der Schenkung erklärt sich die Versammlung einverstanden.

Die verstorbene Igl. Werkzeug-Ausschereinerin Marie Clara Keller hat der Stadt ein Legat von 20 390 M. vermacht, dessen Zinsen ihrer Pflegerin Fräulein Emilie Göye, geb. 1845, bis zu ihrem Tode zuzahlen, sodann aber zur Unterstützung hilfsbedürftiger Kählerinnen verwendet werden sollen.

Auch diese Zuwendung wird mit Dank angenommen.

Zur Beschleunigung der Anlage der Jagowstraße und der Straße 30 auf dem Terrain der ehemaligen Judenwiese soll der Enteignungsweg beschritten werden.

Der freihändige Erwerb des eisenbahnstatistischen Weges im Zuge der Wehmstraße von Wadstraße bis Straße 9

folgt jetzt, nachdem die Eisenbahndirektion von ihrer früheren Forderung von 30 M. pro Quadratmeter zurückgetreten ist, zum Preise von 10 M. pro Quadratmeter erfolgen. Die Kosten werden sich auf 146 570 M. belaufen; in den Etat für 1903 waren nur 100 000 M. eingelegt.

Dem Fuhrwerksbesitzer Carl Kiehoff, Greifswalderstr. 200, soll für fernere drei Jahre ab 1. Oktober 1903 die Bestellung von 16 Kistenwagen zum Preise von 2200 M. pro Wagen und Jahr übertragen werden. Kiehoff ist mit dieser Forderung (bisher erhielt er 2080 M.) in der öffentlichen Ausschreibung Mindestfordernder geblieben.

Stadt. Singer (Soc.) beantragt die Verweisung der Vorlage an einen Ausschuss von 10 Mitgliedern. In dem Vertragsentwurf befindet sich beiläufig eine Bestimmung, wonach sich der Lohn der Angestellten des Unternehmers auf nur 18 M. wöchentlich herausstellt. Dieser Satz sei angesichts des schweren Dienstes der Wagenführer ganz unzureichend; ganz abgesehen von der Frage, ob die Übernahme des Fuhrverkehrs in städtische Regie sich empfehle, müsse diese Lohnfrage genau geprüft werden, schon um zu erfahren, auf Grund welcher Lohnsätze die anderen Submittenten ihre Offerten abgegeben hätten.

Stadt. Gömann hält eine solche Prüfung für ganz undurchführbar und tritt für die sofortige Annahme der Vorlage ein.

Stadt. Singer: Herr Gömann weiß doch so gut wie ich, daß in anderen Gewerben, so z. B. im Baugewerbe, die Löhne durch die Wirksamkeit der Gewerkschaften so ziemlich festgelegt sind. Das ist bei den Angestellten, die hier in Frage kommen, nicht der Fall. Nachdem die städtischen Arbeiter ein Mindestlohn von 3,50 M. festgesetzt ist, müssen wir auf eine vernünftige Entlohnung auch derjenigen dringen, die mittelbar für die Stadt arbeiten.

Stadt. Dove: Das ist doch ein großer Unterschied. Jedenfalls kann man dann nicht bei den Ausschüssen stehen bleiben.

Stadt. Singer: Wir machen diesen lächerlichen Schluß nicht mit, daß wir die einzelne Verbesserung ablehnen müssen, weil wir nicht alles erreichen können.

Stadt. Dove: Ich würde auch prinzipiell von Herrn Singer ab: die Lohnfestsetzung ist Sache freier Vereinbarung zwischen den Beteiligten. Vor dem ersten Schritt auf diesem Wege muß besonders gewarnt werden.

Der Antrag auf Ausschussberatung wird abgelehnt.

Stadt. Singer widerspricht hiernach auf Grund des § 11 der Geschäftsordnung dem Eintritt in die zweite Beratung, da er sich jetzt auf privatem Wege das Material für die eventuelle Stellung von Anträgen zur zweiten Beratung zu beschaffen gezwungen sei. (Große Unruhe bei der Mehrheit.)

Vorsteher-Stellvertreter Nischelet: Dann möchte ich aber künftig doch bitten, mir den Antrag mit den 15 Unterschriften schriftlich zu überreichen.

Stadt. Singer: Ich bedauere, diesem Wunsche geschäftsordnungsmäßig nicht entsprechen zu können, da ein solcher Widerspruch erst erhoben werden kann, nachdem die erste Beratung geschlossen und der Antrag auf Ausschuss abgelehnt ist.

Der Vorsteher-Stellvertreter erhebt darauf diejenigen, die den Antrag auf Vertagung der Sache unterstützen wollen, die Hand zu erheben. Es erheben sich mehr als 15 Hände.

Stadt. Singer (zur Geschäftsordnung): Ich möchte nur konstatieren, daß derartige Widersprüche gar keine Anträge sind. Nach der Geschäftsordnung muß einem Widerspruch stattgegeben werden, wenn er durch 15 Mitglieder unterstützt wird.

Vorsteher-Stellvertreter Nischelet: Materiell handelt es sich doch um eine Vertagung.

Die Angelegenheit ist damit von der heutigen Tagesordnung abgesetzt.

Schluß 1/2 Uhr.

Partei-Nachrichten.

Aus den Organisationen. Welchen Anteil intensive Arbeit an diesen Wählerfolgen hat, dafür scheint uns die Wahlabrechnung des ersten sächsischen Reichstags-Wahlkreises ein Beispiel zu liefern. In diesem Kreise, in dem wir 1898 nur 5861 Stimmen aufbrachten, gleich 32 Proz. aller abgegebenen, kostete uns die Wahl in dem genannten Jahre 2272 M. Diesmal kostete sie uns 9475 M., wofür natürlich entsprechend mehr Agitationsarbeit geleistet wurde; allerdings waren wir diesmal in der Stichwahl und 1898 nicht, die Aufwendungen und daher auch die Arbeit sind aber ganz unverhältnismäßig viel größer. Dafür erhielten wir aber diesmal auch 10 000 Stimmen in der Hauptwahl, gleich 44,7 Proz. aller abgegebenen, und siegten in der Stichwahl mit 11 097 Stimmen.

Zu den Düsseldorf Parteireisenden lesen wir in dem dortigen Parteiblatt folgende Erklärung:

„Seit Sonntag tagte in Düsseldorf unter meinem Vorsitz ein Parteischiedsgericht in Sachen Wasser, Windhoff und Wüchter gegen Schmidt und Genossen und umgekehrt. Nach vielstündigen Verhandlungen wurde es mir zur Gewissheit, daß, nachdem bereits in einer anderen Angelegenheit Windhoff einen Parteigenossen wegen angeblichen Weineids bei der Behörde denunziert hat, auch Wasser systematisch darauf hinarbeitete, durch die schiedsgerichtlichen Verhandlungen Material zu Prozessen zu erlangen. Um zu verhindern, daß die schiedsgerichtlichen Verhandlungen solchen, in Anbetracht des erstrebten Zieles geradezu nichtswürdigen Zwecken dienstbar gemacht wurden, habe ich gestern abend die Verhandlungen abgebrochen und die Sitzungen des Schiedsgerichts geschlossen. Der Parteivorstand wird nunmehr zu entscheiden haben, was unter so abnormen Parteiverhältnissen, wie sie sich in Düsseldorf herausgebildet haben, weiterhin zu geschehen hat.“

Düsseldorf, den 21. Oktober 1903.

A. Gerisch.

Mitglied von der Reichstags-Kandidatur. In einer Parteiverammlung in Schwelm in war bei Gelegenheit der Besprechung über den Dresdener Parteitag ein Beschluß gefaßt worden, worin es hieß:

„daß nach dem Auftreten des Genossen Timm auf dem Parteitag in Dresden eine Kandidatur des Genossen Timm im Wahlkreise Hagen-Schwelm unmöglich geworden ist. Sie fordert deshalb die maßgebenden Instanzen des Wahlkreises auf, unverzüglich geeignete Schritte zur Aufstellung eines anderen Kandidaten zu unternehmen.“

Timm erklärt darauf in der Überfelder „freien Presse“:

„Wenn ich auch fest davon überzeugt bin, daß die demokratischen Grundzüge unserer Partei von der Mehrheit der Parteigenossen in Hagen-Schwelm mehr respektiert werden, als wie es von der Parteiverammlung in Schwelm geschehen ist, so ist der Vorgang für mich ausschlaggebend, um hiermit zu erklären, daß ich ferner auf die Kandidatur für Hagen-Schwelm verzichte.“

Ebenso verzichte ich unter den obwaltenden Umständen darauf, vorher gehört zu werden, obwohl ich gerade als bisheriger Kandidat der sozialdemokratischen Partei ein Recht darauf hätte, dies zu verlangen.“

Zu dem Spruch des Mülhauser Schiedsgerichts wird dem Genossen Emmel in Mülhausen die Verpflichtung auferlegt, gegen Wehbecher wegen Verleumdung zu klagen. Im Mülhauser Parteiverein, der sich mit der Angelegenheit beschäftigte, erklärte Emmel: Er werde jetzt gegen Wehbecher nicht klagen, weil er eventuell selbst Bestrafung wegen der Form seiner öffentlichen Entgegnung auf Wehbechers Anschuldigungen zu gewärtigen hätte. Hingegen erkläre er: Wenn jetzt, nach dem Abschluß jener Polemik und nachdem der Einstellungsbeschluß des Landgerichts Saarbrücken in Sachen der Wehbecher'schen Denunziationen veröffentlicht worden ist, sich noch eine Zeitung oder eine politische Persönlichkeit findet, welche die Anklagen des Wehbecher gegen ihn weiter verbreitet, so werde er die Verleumdungsklage einreichen. Gegen Wehbecher allein zu klagen, wenn dieser die Anklagen ohne fremde Unterstützung wiederholt, halte er unter seiner Würde. Zum Verständnis dieser Erklärung sei bemerkt:

Auf eine Denunziation wegen Weineids gegen Emmel hat die Strafkammer des kaiserl. Landgerichts in Saargemünd den An-

geschuldigten Kaufmann Joseph Leopold Emmel in Mülhausen mangels tatsächlicher Belastung außer Verfolgung gesetzt unter Belastung der Staatskasse mit den Kosten des Verfahrens. Der Einstellungsbeschluß datiert vom 2. Februar 1903. Auf eine Denunziation wegen Betrugs und Weineids, eingereicht gegen 1. den Metall-dreher Julius Kunkel aus Ralsdorf; 2. den Kaufmann Leopold Emmel in Mülhausen i. G.; 3. die Ehefrau Leopold Emmel, Henriette geb. Mathis, daselbst, hat die Ferien-Strafkammer des kaiserl. Landgerichts Saarbrücken die Angeeschuldigten mangels ausreichender tatsächlicher Belastung außer Verfolgung gesetzt, ebenfalls unter Belastung der Staatskasse mit den Kosten des Verfahrens. Dieser andre Einstellungsbeschluß datiert vom 5. August 1903. Die Versammlung billigte die obige Erklärung des Genossen Emmel.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— Ein gerichtliches Nachspiel zur verflochtenen Reichstagswahl im 22. sächsischen Reichstags-Wahlkreise spielte sich dieser Tage vor der Strafkammer des Landgerichts zu Plauen i. S. als Berufungsinstanz ab. Der 29 Jahre alte Stiller Franz Adolph Morgner aus Dorffiedt bei Falkenstein sollte sich am Wahltag zu Bergen, einem durch und durch reaktionären Dorfe des 22. sächsischen Reichstags-Wahlkreises, wohn er sich ergeben hatte, um die Wahlhandlung im Auftrage der sozialdemokratischen Partei zu überwachen, mehrfache strafbare Handlungen haben zu Schulden kommen lassen. Vom Schöffengericht zu Falkenstein wurde Genosse Morgner wegen groben Unzugs zu 14 Tagen Haft und wegen Hausfriedensbruchs zu 30 M. Geldstrafe verurteilt. Gegen dieses Urteil legte nicht nur der Verurteilte, sondern auch der Amtsanwalt Berufung ein, dem die Verurteilung wegen Hausfriedensbruchs mit 30 M. Geldstrafe zu niedrig war. Die Strafkammer in Plauen verwarf die Berufung des Angeklagten, dagegen setzte sie an Stelle der wegen Hausfriedensbruchs ausgeworfenen Geldstrafe eine Gefängnisstrafe von 3 Wochen.

Sociales.

Der Beirat für Arbeiterstatistik ist zum 10. November zu einer Sitzung im Statistischen Amt einberufen. Auf der Tagesordnung stehen folgende Gegenstände: 1. Bericht des Referenten über die Erhebung, betreffend die Arbeitszeit im Fleischerhandwerk; 2. Bericht des Ausschusses über die Erhebung, betreffend die Arbeitszeit im Wägenbauhandwerk; 3. Mündlicher Bericht des Ausschusses über die gutachtliche Äußerung, betreffend Arbeitslosenversicherung; 4. Mitteilungen über den Stand der Erhebung, betreffend die Arbeitszeiten im Fuhrwerksgewerbe; 5. Mitteilung über den Stand der Erhebung, betreffend die Arbeitszeit in Comptoirs.

Die Ausschüsse treten bereits am 7. November zusammen, um die ihnen überwiesenen Gegenstände vorzubereiten. Es ist das letzte Mal, daß der Beirat in seiner jetzigen Zusammenfassung eine Sitzung hat. Bekanntlich gehören dem Beirat sieben Reichstags-Abgeordnete an. Es sind das dieselben, die früher Mitglieder der Kommission für Arbeiterstatistik waren. Von diesen ist das konservative Mitglied Bauermeister, so lange er in der Kommission für Arbeiterstatistik war, noch niemals in einer Sitzung der Kommission oder des Beirats erschienen. Von den jetzigen Mitgliedern des Beirats sind bei der Reichstagswahl der konservative Jacobstörfer und das Centrumsmitglied Letocha nicht wiedergewählt und werden deshalb aus dem Beirat ausscheiden, sobald der Reichstag die Neuwahl vorgenommen hat.

Bei den Gewerbegerichts-Wahlen im römisch-katholischen Trier siegte die Liste der freien Gewerkschaften über die katholische Liste.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Streik und die Aussperrung in der Metallindustrie. Zu der gestrigen Versammlung der streikenden Gläser teilte der Referent Sperling mit, daß bei der Firma Stabernad in Tempelhof, die nach den in der letzten Generalversammlung der Fabrikanten-Vereinigung gemachten Mitteilungen ihre 80 Arbeiter sämtlich ausgesperrt haben sollte, tatsächlich aber nur 33 ausgesperrt, und die übrigen bis auf 2 die Arbeit niedergelegt haben, weil der Fabrikant den Lohnvertrag, den er unterschrieben hatte, gebrochen hat. Der Fabrikant Riemann in der Kommandantenstraße bemüht sich mit besonderem Eifer, Arbeitswillige von auswärts, namentlich aus Hiesigkeit heranzuziehen. Die Leute werden per Schnellzug nach Berlin transportiert und, wie bereits gestern im „Vorwärts“ erwähnt wurde, in der Werkstatt eingeschlossen. Es ist bezeichnend für die Qualifikation dieser Personen, wenn sie sich eine derartige Freiheitsberaubung gefallen lassen und sich mit der Wehberzeugung, die ihnen der Fabrikant bietet, zufrieden geben. Arbeiter, die etwas gelernt haben und etwas leisten können, werden selbstverständlich derartige Arbeitsbedingungen unter allen Umständen ablehnen. Der Fabrikant soll übrigens bisher trotz aller Mißverwaltung recht wenig Glück mit den Anwerbungen von Arbeitswilligen gehabt haben. Daß in Berlin gestreikt wird, ist überall bekannt gemacht, und die Leute, die sich zu der traurigen Rolle eines Arbeitswilligen hergeben, werden glücklicherweise immer seltener. Die polizeiliche Verfolgung der Streikposten hat noch nicht nachgelassen. Bei der großen Zahl der Betriebe, in denen gestreikt wird, ist es ja freilich der Polizei nicht möglich, allen Unternehmern den gleichen Schutz angedeihen zu lassen und alle Streikposten mit gleicher Schärfe zu verfolgen. Läßt der polizeiliche Eifer an einer Stelle etwas nach, so wird an anderer Stelle wieder mit um so größerer Schärfe vorgegangen. Der „Eisenbahnhof“ wird fortwährend von sehr gestrenge Schutzmanns-agen betraut. Es sind dort wiederum mehrere Streikposten sifftiert worden. — Das alles muß aber offenbar den Fabrikanten nichts, vermag die Streikenden nicht abzuschrecken. Diese stehen nach wie vor fest und sogar die Inorganisierten unter ihnen haben bis jetzt eine musterghätige Standhaftigkeit bewiesen und werden sich ohne Zweifel in Zukunft ebenso tapfer zeigen.

Das „Deutsche Blatt“ brachte gestern einen Bericht von einer Vertrauensmänner-Konferenz, der fast von A bis Z erlogen ist. Darin wird unter anderem erzählt, in jener Konferenz wäre mitgeteilt worden, daß 500 Aussperrte wieder eingestellt worden seien. Davon ist selbstverständlich nicht die Rede gewesen. Man möchte beinahe annehmen, diese Lüge sei lediglich erfunden und in die Welt gesetzt, um hernach sagen zu können, die Lohnkommission schwinde den Streikenden etwas vor. Das Blatt weiß ferner ganz genau, daß im dritten Quartal 1903 M. für Unterstützung ausgegeben wurden, obgleich die Abrechnung darüber noch gar nicht vorliegt. Was das Blatt sonst über den Streik mitteilt, ist ebenso unzutreffend.

Zur Bewegung der Adressenschreiber.

Herr Robert Lehmer scheint sich den Ausständigen gegenüber in der Rolle eines Feindes zu gefallen, der jedes Bestreben dieser Ausständigen, einen Lohn zu erlangen, der zur Stillung des Hungers reicht, als einen Angriff auf sein wohlverordnetes Recht betrachtet, Elend und Arbeitslosigkeit zur Grundlage eines profitablen Betriebes zu machen. Am gestrigen Tage wünschte Herr Lehmer die Kommission der Ausständigen zu sprechen. Die Kommission erschien und Herr Lehmer verlangte den Rücktritt eines Mitgliedes und war eines Angestellten, der mehr als 12 Jahre im Betriebe thätig war. Auch dieses sonderbare Verlangen wurde erfüllt. Nunmehr behauptete Herr Lehmer in längerer Rede, daß er die Forderungen der Angestellten überhaupt nicht kenne, um wenige Minuten später zu betonen, daß die Durchführung der aufgestellten Forderungen, eine Mehrausgabe von 30 000 Mark bedingen würde. Weiterhin erklärte er, seinerlei Forderungen überhaupt nur anzusehen und stellte das Ansuchen, die Streikenden mögen sich einzeln brieflich an ihn wenden, er werde sich dann entschließen, ob er diejenigen An-

gestellten, die sich bei dem Streik nicht hervorgethan und nicht Streikposten gestanden haben, wieder einstellen wolle. Die Kommission gab ihm die einzig mögliche Antwort, daß er dann darauf verzichten müßte, einen der Angestellten in seinem Betriebe zu sehen. Die Antwort des Herrn Lehmer wurde von den Streikenden in der ihr gebührenden Weise aufgenommen. In dem Lehmer'schen Betriebe werden kaum 50 Arbeitswillige beschäftigt, während bei der jetzt herrschenden Hochsaison sonst über 200 Personen thätig sind. Herr Lehmer behauptet auf der einen Seite die Forderungen der Streikenden nicht zu kennen, dann aber hat er eine Kalkulation über etwaige Mehrkosten durch die Erfüllung der Forderung aufgestellt. Wahr ist, daß der Professor Lehmer bei der ersten Verhandlung nach einer kurzen Einsicht in die Forderungen, die Annahme der Aufstellung ablehnte. Herr Lehmer scheint es, die Arbeitsverhältnisse seines Betriebes in der Offenheit klar legen zu lassen. Die Streikenden haben keine Veranlassung, ihre Stellungnahme zu ändern. Ein Zugug von Streikbrechern findet fast gar nicht statt. Die Ausständigen werden von der Arbeiterschaft in weitgehendster Weise moralisch und finanziell unterstützt. Große Kreise der Kaufmannschaft haben den Streikenden in unabweisbarster Form ihre Sympathien gleichfalls bekundet. Den Hunger der Streikenden, auf den Herr Lehmer hofft, wird er nicht als Bundesgenossen erhalten.

Der Generalfreier in den Bestener Osenfabriken dauert unverändert fort. Ein nochmaliger Vermittlungsversuch, welchen der Landrat des Kreises, Herr v. Wilms unternahm, ist wieder an der Hartnäckigkeit der Unternehmer gescheitert. Die Situation brennt den Unternehmern auf den Fingern, indem die Kundshaft ungeheuer auf Befriedigung ihrer Bestellungen drängt. Arbeitswillige sind nicht zu verzeichnen, trotzdem der Streik schon die vierte Woche dauert. Die Streikenden kämpfen einmütig und sind nur dann gewillt, die Arbeit aufzunehmen, wenn die Fabrikanten Zugeständnisse machen. Zugug von Töpfern, Kutschern, Maschinisten und Hilfsarbeitern jeder Art ist streng fernzuhalten.

Deutsches Reich.

Die Aussperrung der Bauarbeiter in Kassel ist beendet und zwar — wie uns eine Privatdepesche von dort meldet — zu Gunsten der Aussperrten. Die man sich entsinnen wird, hatte die Aussperrung ihre Ursache in einem Streik der Tischler. Diese fochten ihren Kampf gegen das Unternehmertum mit äußerster Hartnäckigkeit durch und standen vor dem Siege. Da traten die Unternehmer der Baubranche an die Mauerer, Zimmerer, Bauarbeiter, Dachdecker etc. heran und forderten sie auf, die Tischler zur Aufnahme der Arbeit zu bewegen, widrigenfalls sie die gesamte Arbeiterschaft des Baugewerbes aussperrten würden. Die Bauarbeiter erklärten, daß es nicht in ihrer Macht stünde, die Tischler zur Aufnahme der Arbeit zu bewegen, daß sie aber auch gar keine Veranlassung dazu fühlten, sich in die Angelegenheiten eines andren Berufes zu mischen. Darauf erfolgte die Aussperrung der gesamten im Baugewerbe thätigen Arbeiter Kassels. — Die genauen Bedingungen, unter denen die Aussperrung zurückgenommen wurde, sind uns noch nicht bekannt. So viel geht aber schon aus unserer Depesche hervor, daß das Schwarzmachtum in Kassel eine Niederlage davongetragen hat. — Crimmitschau und Berlin werden folgen!

Die Dreher der Maschinenbau-Anstalt „Dresdau“ haben unter Zugug bis zu 50 Proz. zu leiden und bitten, den Zugug von Dreheren nach dieser Fabrik in Dresden fernzuhalten.

Auch im Osten, in den entlegensten Gegenden, regt es sich. 120 beim Marienburger Kasernenbau beschäftigte Mauerer legten die Arbeit nieder. Sie hatten bisher 30—35 Pf. pro Stunde erhalten und verlangen nun 40 Pf. Das lehnte der „Hof“-Mauermeister Müller aus Elbing, der den Kasernenbau übernommen hatte, ab. Es streikten hier die rüchständigen Proletarier. Elbinger und Marienburger Mauerer hatte man nicht eingestellt, diese ließen sich für diesen Lohn nicht ausnügen, man hatte sich aus den entlegensten Dörfern aus Preußen Mauerer geholt, und damit diese nicht von andern Mauerern verführt und „aufgehört“ werden konnten, hatte man sie neben dem Neubau in einer Scheune einquartiert. Die Mauerer waren aber trotzdem nicht gewonnen, sich für ein paar Pfennige ausnügen zu lassen; sie traten einmütig in den Ausstand. Wundern muß man sich, daß der Herr „Hof“-Mauermeister die bescheidene Forderung nicht gleich erfüllt hat. Bis jetzt ist die Lage noch unverändert. Herr Müller will sich Mauerer von auswärts holen, er wird wohl damit kein Glück haben.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Dresden, den 22. Oktober. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Der Rat der Stadt Dresden hat dem von uns seiner Zeit mitgeteilten Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung, den städtischen Arbeitern die Zugehörigkeit zu Konsumvereinen zu verbieten, heute zugestimmt. Das Verbot ist nun endgültig erfolgt.

Königsberg i. Pr., 22. Oktober. (W. T. B.) Der Oberpräsident Freiherr v. Richthofen hat aus Gesundheitsrücksichten seine Entlassung nachgesucht.

Mannheim, 22. Oktober. (W. T. B.) Im Orts-Arrestlokal in Sandhofen wurde heute früh der Schiffer Fahbender aus Nieder-Speyer a. Rhein erstickt aufgefunden. Auf bisher nicht aufgeklärte Weise war die Leiche, auf der der Arrestant schlief, in Brand geraten, wodurch der Tod erfolgte.

Der Streik vor der Deputiertenkammer. Paris, 22. Oktober. (W. T. B.) Gauthier spricht dann über die Unruhen in Hennebont, Orient und Armentières, wo die Internationale gefungen und das rote Banner gehißt worden sei. Er weist auf den Rückgang der Rente hin und schließt mit der Anklage gegen die Regierung, daß sie das Land der Anarchie ausliefern. (Beifall auf der Rechten.) Pugliesi-Conti (Nationalist) beschuldigt die Regierung, daß sie anarchistische Kundgebungen und das Abhängen der Internationale bei offiziellen Festlichkeiten dulde. Danjette (liberal) wirft der Regierung vor, daß sie nicht die Aufhebungen während des Ausstandes im Norden unterdrückt habe. Delorh (Socialist) erklärt, daß die Ausschreitungen nicht von den Ausständigen, sondern von Elementen, die sich unter diese gemengt hätten, begangen worden seien. Die Vorkommnisse seien im übrigen übertrieben worden. Der einzige Fehler der Regierung sei der, daß sie zu viel Truppen entsandt habe. Lamh (liberal) läßt sich über die Unruhen in Hennebont und Orient aus. Guichesse (radikal) verteidigt die Art, in der die Truppen gegen die Ausständigen vorgegangen sind, und verlangt eine Untersuchung. (Beifall und Widerspruch.)

Ministerpräsident Combes erwidert, er übernehme keine Verantwortung für das Abhängen der Internationale, für ihn bleibe die Marseillaise das offizielle Lied. Combes bespricht darauf die Unruhen in Armentières und erklärt, daß die dortigen Kundgebungen ganz unerwartet stattgefunden hätten. Seit er am Ruder sei, habe er niemals veranlaßt, daß Blut fließe. (Anhaltender Beifall links, Lärm auf der Rechten.) Bezüglich der Ereignisse in Hellebont sagte der Ministerpräsident, er werde die Freiheit der Meinungen zu schützen wissen. Den Interpellanten sei nicht daran gelegen, die Wahrheit festzustellen, sondern die Regierung zu stützen. Combes schließt, wenn das gegenwärtige Programm erledigt sei, werde die Regierung ein neues vorlegen, welches eine Militärvorlage, die Aufhebung des Gesetzes Falloux und die Abschaffung des kongreganistischen Unterrichts umfasse. (Lebhafte Beifall auf der Linken.)

London, 22. Oktober. (W. T. B.) In einer heute hier abgehaltenen Versammlung des Bergarbeiter-Verbandes des Vereinigten Königreiches fand eine Resolution einstimmige Annahme, die Chamberlains sozialistische Vorschläge verurteilt.

Parteigenossen, beteiligt Euch Sonntag Mann für Mann an der Flugblatt-Verbreitung zu den Landtagswahlen!

Nach dem Parteitage.

„Meine Rechtfertigung“ lautet der Titel der soeben im Verlage der Druckerei der „Leipziger Volkszeitung“ erschienenen Broschüre, in der Mehring auf die in Dresden wider ihn erhobenen Angriffe antwortet. Wir können aus der umfangreichen Broschüre nur das Wesentlichste mitteilen und auch dies nicht auf einmal. Unter der Überschrift „Eine grobe Fälschung“ beginnt der erste Abschnitt:

„Die Rede Heinrich Brauns, mit der das gegen mich geschriebene Komplott auf dem Parteitag zu explodieren begann, baute sich auf einer groben Fälschung auf. Der „Arme Teufel aus der Oberlausitz“, ein von Edmund Fischer herausgegebenes Parteiblatt, hatte am Vorabend des Parteitages einen wüsten Schmähartikel gegen mich veröffentlicht, auf den ich in einer in der Leipziger Volkszeitung vom 12. September veröffentlichten Erklärung antwortete. Ich sagte darin:

Es ist vollkommen richtig, daß ich in einer Schrift, die nunmehr vor gerade einem Vierteljahrhundert zum letztenmal in dritter Auflage erschien, die Partei heftig und ungerecht angegriffen habe. Durch die Handhabung des Sozialistengesetzes bin ich dann zu anderer Ansicht gekommen und seit mindestens zwanzig Jahren, seitdem ich 1883 mit der Berliner „Volls-Zeitung“ erst als Mitarbeiter und von 1885 ab als Chefredakteur in Verbindung getreten war, mit äußerster Energie und Konsequenz für die Interessen der verfolgten Sozialdemokratie eingetreten.

Es ist klar, daß ich damit meine Bestimmungsbänderung in das Jahr 1883 verlegte; ich hätte sie, wie ich mich inzwischen vergewissert habe, auch schon in die Jahre 1882 und selbst 1881 verlegen können. Aber gleichviel: um mich als Lügner hinzustellen, verlas Heinrich Braun den oben zitierten Satz nur bis zu den gesperrt gedruckten Worten und folgerte daraus, daß ich behauptet hätte, schon im Jahre 1878, durch den Erlass des Sozialistengesetzes, befehrt worden zu sein, während ich noch im Jahre 1880 in der „Gartenlaube“ die Partei bekämpft hätte.“

Dann legt Mehring dar, daß er durch die Handhabung des Sozialistengesetzes befehrt worden sei, dies sich aber nur allmählich vollzogen habe. Er sei dann allmählich mit sozialdemokratischen Arbeitern in Verbindung gekommen, auch habe Hasenclever zu den ständigen Mitarbeitern der Berliner „Volls-Zeitung“ gehört; weitere Verbindung mit der Partei habe er von 1884 bis 1887 sorgfältig vermieden, weil er sich nicht vordrängen wollte. Dann wird die Soupergeschichte und der Anfang der Bekanntschaft zwischen Mehring und Braun erzählt, die von diesem veranlaßt worden sei. Es folgt:

Der Fall Hasenclever.

Neben der Lüge, daß ich die Artikel in der „Gartenlaube“ vor ihm und andern verheimlicht haben soll, brachte Heinrich Braun den Haupttrumpf vor, ehe ich diese Artikel geschrieben hätte, sei ich schon einmal Parteimitglied gewesen. Als Beweis dafür zog er eine Rede an, die Hasenclever am 17. April 1880 im Reichstage gehalten hat, und zwar folgende Sätze:

Für die „Neue Welt“, ein Blatt, das in der Genossenschafts-Buchdruckerei zu Leipzig erscheint und vor mehreren Jahren gegründet wurde, wurde nach einem Jahre seines Bestehens ein neuer Redakteur gesucht, und weil Herr Franz Mehring, den wir näher kannten, eine leidliche Broschüre geschrieben, auch einen guten Stil hat, ein guter Feuilletonist ist, wie ich gern anerkenne, so hatten wir mit ihm eine Besprechung und fragten ihn, ob er vielleicht Lust habe, die Redaktion der „Neuen Welt“ zu übernehmen. Er war nicht abgeneigt, aber wir konnten bei unseren bescheidenen Verhältnissen ihm nicht mehr geben als 800 Thaler jährlich; das war ihm zu wenig, er sprach von 1000 Thalern; diese konnten und mochten wir ihm nicht zahlen. Als wir so auseinander gingen, wurde Herr Mehring bald darauf Sozialistenführer.

Zunächst wird durch diese Auslassung Hasenclevers die Lüge Heinrich Brauns, daß ich vor den Artikeln der „Gartenlaube“ Parteimitglied gewesen sei, in keiner Weise bestätigt; Hasenclever sagt nur, daß wir „näher gekannt“ hätten. Diese „Wir“ waren genau genommen Bebel und Liebknecht, mit denen ich durch meinen alten Lehrer Guido Weiß bekannt geworden war, wie das Bebel in Dresden geschildert hat. In der „Wage“ von Weiß habe ich dann auch die Aufsätze gegen Treitschke veröffentlicht, die in Dresden von Bernhard und Braun gegen mich ausgepielt wurden. Als im Sommer 1875 die literarische Fehde zwischen Treitschke und Schmoller entbrannte, sprach ich einmal mit Guido Weiß davon, in dem Sinne, daß Treitschke eigentlich schon von jedem Arbeiter widerlegt werden könne. Weiß meinte: Schreiben Sie mir doch ein paar solche Artikel für die „Wage“, und das habe ich gethan; die Artikel, die im Sommer 1875 von der „Wage“ veröffentlicht wurden, begannen gleich mit der Erklärung, daß sie nicht mehr enthalten sollten, als was „Tausende von sozialistischen Arbeitern ebenso gut sagen können“. Sie fanden einigen Beifall, und ich war ganz damit einverstanden, daß die Leipziger Genossenschafts-Buchdruckerei sie als Broschüre nachdruckte; ich habe sie für diesen Zweck auch noch überarbeitet und erweitert, natürlich aber keinen Pennig Honorar für den Nachdruck beansprucht. Die Broschüre ist heute schon eine bibliographische Seltenheit geworden, im Antiquariatshandel wird sie mit drei Mark notiert bei einem ursprünglichen Preise von 20 oder 30 Pennigen. Ich darf sie deshalb nicht als bekannt voraussetzen; immerhin glaube ich aber sagen zu können, daß Genosse Bebel sie allzu hoch tarifierte, wenn er sie in Dresden „glänzend“ nannte. Meines Erachtens hat Hasenclever sie richtiger eingeschätzt, wenn er meinte, es sei eine „leidliche Broschüre“, die ein „guter Feuilletonist“ verfaßt habe. Ich habe sie neulich, seit ein paar Jahrzehnten zum erstenmal wieder, durchgesehen und finde, daß sie der wissenschaftlichen Gedankenwelt des Sozialismus noch vollkommen fernsteht. Sie trumpt eben nur, gleichviel mit welchem Maß von Wig, die ordinären Philisterrurteile gegen die moderne Arbeiterbewegung ab, zu deren Echo sich Treitschke gemacht hatte.

Etwas zur selben Zeit, wo die Broschüre erschien, teilte mir wieder Guido Weiß eines Tages mit, Liebknecht habe ihn gebeten, mich zu sondieren, ob ich die Redaktion der „Neuen Welt“, die bekanntlich ein Unterhaltungsblatt war, übernehmen wolle; mehr als 500 Thaler Redaktionsgehalt könne aber nicht gezahlt werden. Weiß meinte auf meine Bitte um Rat, die Sache habe ihr für und wider; ich könne ja aber eine zunächst unverbindliche Rücksprache nehmen. Diese Rücksprache hat dann im Berliner Rathhauskeller stattgefunden; zugegen war Hasenclever, Haselmann, wenn ich mich recht entsinne, auch Weib, und noch einige andre, deren Namen mir entfallen sind. Ich kann heute nach 28 Jahren nicht mehr den Inhalt der Unterredung rekonstruieren; wessen ich mich mit Bestimmtheit noch entsinne, war die überaus feindselige Haltung, womit Haselmann mir entgegentrat, den ich bei dieser Gelegenheit zum ersten und zum letzten Male gesprochen habe. Ob auch die Gehaltsfrage diskutiert worden ist, weiß ich nicht mehr; daß ich der Partei abwendig geworden sein soll, weil sie eine mir ohne jedes Zutun von meiner Seite angebotene Stellung nicht um ein paar hundert Mark höher dotieren wollte als ich angeblich

wünschte, überlasse ich jedem zu glauben, der an diesem Glauben sein Vergnügen hat.

Befähigen die Leute, die wie Bluthunde auf meiner Fährte bis auf ein Menschenalter zurück gejagt sind, um mich zu meucheln, auch nur eine Spur von Loyalität, so hätten sie in dem Parteitagsprotokoll von 1876 finden können, was mich damals mit der Partei auseinander gebracht hat, der ich zwar nicht angehört, aber doch nahe gestanden hatte. Kaiser und Most erklärten mich damals in der „Berliner Freien Presse“ für ein bewußtes, Liebnecht im Leipziger „Vollsstaat“ wenigstens für ein unbewußtes Werkzeug der Reaktion, weil ich bei dem Kriege, der in jener Zeit von andern und mir gegen die Gräberpresse geführt wurde, auch gegen ein demokratisches Blatt vorgegangen war. Ich bin heute längst dem Jertum entwachsen, als ob man der kapitalistischen Korruption an den Leib kommen könne, wenn man ihre konkreten Auswüchse auszurotten sucht, aber in den konkreten Fällen habe ich recht gehabt. Das erste Unrecht ist mir damals durch die Partei zugefügt worden, so wenig ich damit das größere Unrecht verteidigen oder auch nur beschönigen will, das ich ihr zugefügt habe.

Ich habe schon die geistvolle Ansicht des Braun zurückgewiesen, daß ich „wie ein Fuchs meine Spuren verwischt haben“ soll, weil ich in dem geleisten Blatte der deutschen Unterhaltungsliteratur unter meinem Namen einige Artikel gegen die Sozialdemokratie veröffentlicht hatte. Brauns Behauptung, daß er diese Artikel erst seit wenigen Wochen kenne, war eine Unwahrheit, wie ihm Bebel in Dresden auf den Kopf zusagte; wie mit Bebel, so hat Braun auch mit mir im Jahre 1887 über diese Artikel gesprochen. Ob er auch von der Rede Hasenclevers damals schon gewußt hat, muß ich dahingestellt sein lassen. Heinrich Braun sagte darüber am 18. September in Dresden:

Ich behaupte, daß ich die Artikel in der „Gartenlaube“ und die Rede Hasenclevers erst vor einigen Monaten kennen gelernt habe. Der Genosse, der mich darauf aufmerksam gemacht hat, ist hier im Saale. Wenn es gefordert wird, erwarte ich, daß seine Loyalität ihn veranlaßt, sich zu nennen.

Wenn dieser unbekante Gömmer — es ist beiläufig der Redakteur Eisner vom „Vorwärts“ — den Heinrich Braun auf die Artikel in der „Gartenlaube“ aufmerksam gemacht hat, so hat er sich überflüssige Mühe gegeben, denn die kannte Braun schon, aber mit der Rede Hasenclevers mag er allerdings den Wissensschatz seines Freundes bereichert haben.

Jedoch ist damit der Fall Hasenclever noch nicht erledigt, weder für Heinrich Braun, noch für mich. Ich sagte schon, daß Hasenclever unter meiner Chefredaktion ständig Mitarbeiter der Berliner „Vollszeitung“ gewesen sei. Ich überkam ihn als solchen von meinem Vorgänger Phillips, der mit Hasenclever persönlich befreundet war. Phillips hatte mir wiederholt gesagt, wie viele Scherereien er mit dieser Mitarbeiter unter dem Sozialistengesetz habe; die Aktien der „Vollszeitung“ waren durch Erdgang und andre Verhältnisse in den Besitz national-liberaler oder noch weiter nach rechts stehender Kapitalisten gelangt, die zwar mit tausend Freunden die bürgerlich-demokratische Haltung des Blattes genehmigten, da es dabei prosperierte, aber die desto argwöhnischer gegen alles waren, was die Zeitung dem Herkese des Sozialistengesetzes nahe bringen konnte. Phillips meinte aber, er müsse Hasenclever halten, der gerade unter dem Sozialistengesetz auf diese Mitarbeit angewiesen sei. Ich übernahm dann die Erbschaft mit all ihren Scherereien von Phillips, abgesehen das Motiv persönlicher Freundschaft für mich fortfiel. Etwa nach Jahr und Tag, nicht lange vor seinem Tode, kam Hasenclever zu mir und sagte mir: Ich hatte keinen Augenblick daran gezweifelt, daß Sie mich abjagen würden, und ich hätte natürlich kein Wort darüber verloren. Aber da Sie nun schon so lange meine Beiträge aus freien Stücken aufnehmen, so danke ich Ihnen, und wir wollen das Vergangene vergangen sein lassen. Darauf gaben wir uns die Hand und die Sache war abgethan.

Alles das wußte Heinrich Braun. Als er das erste Mal bei mir war, suchte er mich gerade auf die Mitarbeit Hasenclevers hin zur persönlichen Annäherung mit Bebel, Liebknecht und Singer zu bewegen. Heinrich Braun wußte, daß Hasenclever in den Tagen des Sozialistengesetzes meine Hülfe als die Hülfe eines Freundes angenommen hatte. Heinrich Braun wußte, daß Hasenclever versöhnt mit mir gestorben war.

Und nun braucht ihm nur irgend ein gefälliger Kumpen die Rede Hasenclevers vom 17. April 1880 in die Hand zu stecken, und der Grabschänder schleudert sie wider besseres Wissen und für ehrabschneiderische Zwecke, mit seinem ganzen Schmierentpathos, dem Parteitag ins Gesicht.

Unter Uebergang des folgenden Kapitels, in dem Mehring ausführlich, daß er es keinerlei Patronage verdanke, daß er den Nachlaß von Marx und Lassalle herausgeben durfte, sei für heute noch das Kapitel „Der Fall Leuß“ mitgeteilt. Edmund Fischer hat Mehring bekanntlich auf dem Parteitage einen Vorwurf aus seiner Verbindung mit Leuß gemacht. Darauf sagt Mehring unter andern:

„Daß Leuß den Meineid, der ihn auf einige Jahre ins Zuchthaus brachte, aus ehrenhaften Motiven geleistet hat, das hat unter dem frischen Eindruck seiner Beurteilung der alte Liebknecht im „Vorwärts“ energisch hervorgehoben. Zu mir kam Leuß, als er bereits ein oder zwei Jahre aus dem Zuchthause entlassen war. Er stand am Rande des Abgrundes, da sich ihm die bürgerliche Welt hermetisch verschloß. Als er um meine Hülfe bat, habe ich ihn zunächst an den damaligen Vorsitzenden des Vereins Berliner Presse adressiert, den ich zufällig kannte und für einen ziemlich vorurteillosen Mann hielt. Aber auch der wies Leuß unbarmerzig die Thür. Dann erst ließ ich mich auf dessen Wünsche ein, die dahin gingen, daß ich ihm einen Verleger für seine Gedichte nachweise, eine kurze Anzeige dieser Gedichte schreibe und ihm ein Blatt öffnete, worin er die fürchterlichsten Zustände in den Zuchthäusern schildern konnte. Ich habe ihm den Verleger in dem Genossen Sassenbach nachgewiesen, eine kurze Anzeige seiner Gedichte in der „Neuen Zeit“ veröffentlicht und den Genossen Kautsky gebeten, einige Aufsätze von Leuß über die Disciplin in den Strafanstalten in die „Neue Zeit“ aufzunehmen.“

*) Meine Gömmerchaft beschränkt sich darauf, wie ich bereits in Dresden dem Genossen Bebel mitgeteilt habe, daß ich etwa drei Monate vor dem Parteitag in einer Unterhaltung mit dem Genossen Braun gelegentlich die Frage an ihn richtete, ob er den „Gartenlaube“-Artikel kenne — eine Frage, die übrigens vorher nicht selten an mich, den in früheren Zeiten hartnäckigen Mehring-Verteidiger, der leider zur Anlegung eines Archivs und zur archaischen Verwendung von Briefen nicht das mindeste Talent hat, gestellt war. Braun verneinte damals die Frage! Will Genosse Mehring mit seiner beiläufigen Bemerkung belügen — und nur kann hätte sie einen Sinn —, daß ich selbst an dem von ihm behaupteten „Komplott“ in irgend welcher Weise beteiligt gewesen bin, so laun ich ihn auch darüber aufklären. Meine Mitwirkung an dem „Komplott“ besteht darin, daß ich, nachdem ich von dem gegen Mehring gerichteten Angriff Brauns vollständig überrascht worden war, in Gemeinschaft mit Gen. Victor Adler einige Räte darauf veranlaßt habe, um Braun von der Fortsetzung der Angriffe gegen Mehring abzuhalten, zu der er sich durch die Rede Bebel's verpflichtet glaubte.

Weshalb Kautsky diese Aufsätze aufnahm, hat er als Redakteur der „Neuen Zeit“ mit den Worten erläutert:

Wir haben es niemals mit den Aufgaben unserer Zeitschrift für unvereinbar gehalten, Autoren zu Worte kommen zu lassen, die offenkundig außerhalb unserer Partei stehen, wenn ihre Arbeiten uns von Nutzen für unsere Sache erschienen oder keine Aussicht hatten, in der bürgerlichen Presse aufgenommen zu werden. Hans Leuß hatte uns eine Kritikerliste angeboten, in der er seine Erfahrungen über das Gefängniswesen darstellen wollte. Niemand wird bezweifeln, daß dieses Thema von höchster Wichtigkeit für uns ist und daß Leuß im Stande ist, uns darüber bedeutende Beobachtungen mitzuteilen.

Im ganzen hat Leuß für die „Neue Zeit“ drei oder vier Artikel geschrieben, die sehr wertvolle Einblicke in den schmerzlichen Untergrund der kapitalistischen Klassenwirtschaft gewährten. Daß er auch für die „Welt am Montag“ gearbeitet hat, weiß ich; von seiner Mitarbeit an einer Beilage des „Berliner Tageblatts“ habe ich nie etwas gehört. Das ging auch die Partei nichts an, da Leuß nicht zur Partei gehörte.

Später, als Leuß an einer Tageszeitung der Partei mitzuarbeiten begann, hat sich die sozialdemokratische Reichstags-Fraktion mit der Frage beschäftigt, inwieweit diese Mitarbeit statthaft sei. Der Beschluß liegt mir in der offiziellen Fassung vor, in der ihn mir Genosse Auer zur Uebermittlung an Leuß sandte. Danach wurde ihm die Mitarbeit unter stark einschränkenden Bedingungen gestattet. Für die „Neue Zeit“ hat Leuß seitdem nichts mehr geschrieben, wohl aber für den „Vorwärts“, die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ und die „Münchener Post“. Ich habe seine Arbeiten nicht im einzelnen verfolgt, doch halte ich es nicht für wahrscheinlich, daß er unter der Redaktion Eisners, Südekums und Adolf Müllers allzu lede marxistische Sprünge gemacht hat. Ganz „reinlich“ ist es dabei in einem Falle leider nicht hergegangen, doch war ich es nicht, der die „Reinlichkeit“ trübte; ich habe viel mehr wieder hergestellt, nachdem sie von revisionistischen Seite getrübt worden war. Es geschah ganz in der Nachbarschaft Edmund Fischers, der sich erst am Ufer der Elbe umschauen sollte, ehe er in Friedenau und Steglitz thadamanthisches Geräch hält. Recht hat er allerdings darin, daß die „alte Richtung“ und die „Revisionisten“ im Falle Leuß nicht geschlossen waren. Doch weiß ich von der „alten Richtung“ nur Kautsky und Liebknecht, von der andern dagegen Auer, Eisner, Gradnauer, Südekum, Adolf Müller, die meine mildere Auffassung teilten. Am entschiedensten sprachen sich gegen die Mitarbeit des Leuß die Genossen Meißner und Wurm aus, die bekanntlich zur „alten Richtung“ gehören.

Ob Leuß heute noch an der Parteipresse mitarbeitet, weiß ich nicht; seit mehr als zwei Jahren habe ich ihn nicht gesehen. Man sagt mir, das er gegenwärtig ein Specialcollegge des Bernhard bei der „Berliner Morgenpost“ sei; auch für die „Gardenische Zukunft“ hat er vor einiger Zeit einen Beitrag geliefert, den ich zufällig las. Im übrigen war oder ist Leuß ein geheimer Mann, mit dem ich recht gern verkehrt habe. Er glaubte mir einigen Dank zu schulden für die geringen Gefälligkeiten, die ich ihm erweisen konnte, und sagte mir schon vor drei Jahren, in Gegenwart von Zeugen, voll aufrichtiger Sorge um mein Wohl: ich sei zu sorglos und würde mich einmal das Genick brechen, ehe ich mich verführe; er wolle irgendwo das staatsmännische Wort gehört haben: Ist Bebel erst tot, so schmeißen wir die ganze Rasselbande zur Partei hinaus. Damals habe ich ihn ausgelacht, heute thäte ich es am Ende nicht mehr. Aber in der „alten Richtung“ hat sich Leuß seine merkwürdige Prophetengabe nicht erworben; von dieser Richtung war ich der einzige, der mit ihm verkehrte.“

Der Sensationsprozeß wegen Kindes-Unterschlebung.

der sich gegen Graf und Gräfin Wessierski-Kwilecka und Genossen richtet, beginnt nunmehr am nächsten Montag vor dem Schwurgericht des Landgerichts I. Unter der Anklage der Kindesunterschlebung bzw. Weibhülfe werden sich 5 Personen zu verantworten haben und zwar: 1. Der Majoratsherr Graf Ignazio Wessierski-Kwilecka, 2. dessen Ehefrau Jhabella, 3. die im gräflichen Hause bedienstete 78 Jahre alte Frau Josefa Krowka, 4. deren Tochter, die 45 Jahre alte Frau Bronislawe Kwilecka, 5. die Hebamme Katharina Ossowska. Sämtliche Angeklagte stammen aus Wroblewo im Kreise Samter, dem Westteil des ersten Angeklagten, welches ein Areal von etwa 18000 Morgen umfaßt. — Der jetzige Prozeß hat bekanntlich schon seine Vorgeschichte. Die Ehe des gräflichen Paares war zwar mit drei Töchtern gesegnet, der langerehnte Majoratserbe aber ausgeblieben, so daß die Gefahr vorlag, daß das Majorat nach dem Tode des Grafen Ignazio an die Seitenlinie, den Grafen Mirzislaw Kwilecki, Mitglied des preussischen Herrenhauses, fallen würde. Da geschah das Unerwartete: Am 27. Januar 1897 gab die 51jährige Gräfin Jhabella Hiesel selbst in der Kaiserin Augustastrasse einem Knaben das Leben, sie behauptete dies wenigstens, andre Leute dagegen und insbesondere der die Seitenlinie repräsentierende Graf Mirzislaw Kwilecki hatten von der Sache eine andre Vorstellung und behaupteten Kindesunterschlebung. Man erzwang, daß der Ehemann der glücklichen Mutter bereits 57 Jahre alt war, man wies darauf hin, daß die Gräfin im 51. Lebensjahre stand und fand es bedenklich, daß die Niederkunft hier in einer kurz vorher gemieteten Wohnung in der Kaiserin Augustastrasse 74 stattfand, während der alte Graf im Süden weilte und daß bei der Niederkunft nur einige polnische Diener und Dienerinnen im Hause gewesen seien. Man mußte also immer verneinlicher, daß es bei dieser Geburt des Majoratserben nicht mit rechten Dingen zugegangen sei. Es war bekannt, daß die Gräfin, nachdem sie ihrer Bräut- und Verschwendungsucht ihre ganze Mitgift zum Opfer gebracht hatte, durch ihre Lebenshaltung auch mit daran schuld war, daß die Herrschaft Wroblewo in einen immer trostloseren Zustand geriet, die Schulden sich von Jahr zu Jahr mehrten und die Gräfin vor der Aussicht stand, bei dem Tode ihres Ehemannes und dem Fehlen eines Majoratserben die Herrschaft verlassen zu müssen. Infolge dieser eigenartigen Umständen beauftragte Graf Mirzislaw Kwilecki, als Vertreter der Agnaten, ein Detektivbüro mit Ermittlungen nach der Herkunft des Knaben, der bei einem Berliner Standesamt auf den Namen Josef Adolf Stanislaus angemeldet worden war. Diese Maßnahmen der Agnaten veranlaßten den jetzt angeklagten Grafen, gegen den Grafen Mirzislaw auf Anerkennung der Legitimität des Kindes Klage zu werden und er erzielte am 30. März 1901 vor dem Landgericht in Posen ein Verläumdungsurteil gegen seinen Gegner. Diese wurde verurteilt, die Legitimität des Kindes anzuerkennen. Man wird sich erinnern, daß die Gräfin vor dem Landgericht in Posen mit ihrem damals dreijährigen Knaben auf dem Arm erschien und in einer hochdramatischen Scene die Richter schon durch die Rehnlichkeit des hübschen Jungen zu überzeugen suchte, daß sie dessen Mutter sei. Trotzdem das Zivilgericht zu ihren Gunsten gesprochen hatte, verstummten die Gerächte nicht, die Agnaten setzten ihre Nachforschungen fort und schließlich bemächtigte sich die Kriminalpolizei der Sache, indem sie unter Direktion des Kriminalkommissars v. Tressow durch Nachforschungen in Berlin,

Paris, Krakau und Breslau wunderbare Dinge feststellte. Die Polizei glaubte unrichtige Beweise dafür in der Hand zu haben, daß es sich in der That um eine von langer Hand vorbereitete Kindesunterziehung handelte. Nach ihren Ermittlungen soll der angebliche Majoratserbe in Wahrheit der Ende 1896 geborene Sohn einer unberechtigten Parzela in einem kleinen Ort bei Krakau sein, die mit einem Hauptmann ein Liebesverhältnis hatte und aus Not den Straßen gegen einmalige Abfindung einer Gebärme überlassen haben soll. Bei diesem Handel soll der Mutter gesagt sein, der Knabe solle von einer reichen Dame an Kindesstatt angenommen werden. Am 22. Januar wurde Gräfin Wessera-Krowlitz in Haft genommen. Sie hat bis jetzt standhaft alle gegen sie gerichteten Beschuldigungen bestritten und behauptet, daß Graf Selter Krowlitz, der Sohn des Grafen Mirjowski, ein Komplott angezettelt habe, um sich und seine Familie in den Besitz des Majorats zu setzen. Jene, welche Anhaltspunkte für diese Behauptung sollen die bisherigen Ermittlungen nicht ergeben haben. Anfanglich wurde angenommen, daß die Gräfin die ganze Komödie auf eigene Faust unternommen und auch ihren Gatten getäuscht habe. Von dieser Auffassung ist man aber in der Folge abgekommen; die Anklagebehörde ist der Ueberzeugung, daß der Graf den Plan in vollem Umfang gefaßt und bei seiner Durchführung mitgewirkt habe. Er wurde deshalb im August d. J. gleichfalls in Haft genommen. Ebenso befinden sich die übrigen Angeklagten in Untersuchungshaft. Nach der Ansicht der Anklagebehörde hat das gräfliche Paar die Kindesunterziehung vorgenommen, weil sich in Breslau Schulden auf Schulden häuften und nach den Bestimmungen der Fideikommiss-Statuten bei dem Mangel eines direkten männlichen Erben die Ägnaten ihre Zustimmung zu der etwaigen Aufnahme von Hypotheken zu geben hatten, eine solche Zustimmung seitens der Magnaten aber nimmermehr zu erwarten war. Deshalb habe man die Komödie der Niederkunft erdacht, um auf diese Weise einen männlichen Erben in die Erscheinung treten zu lassen und des Zustimmungsvorgangs der Ägnaten ledig zu werden. Der in Frage kommende § 169 des Strafgesetzbuches lautet: Wer ein Kind unterzieht oder vorzüglich verwechselt, oder wer auf andre Weise den Personenstand eines andern vorzüglich verändert oder unterdrückt, wird mit Gefängnis bis zu drei Jahren und, wenn die Handlung in gewinnlicher Absicht begangen wurde, mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft. — Die meisten Zeugen sind der deutschen Sprache nicht mächtig und eine Uebersetzung dieser Zeugenaussagen und zahlreicher Schriftstücke ist notwendig. Aus diesem Grunde wird die Verhandlung die ganze vierzehntägige Session des Schwurgerichts ausfüllen, von verschiedenen Seiten wird sogar behauptet, daß sie mehrere Wochen dauern wird. — Eintrittskarten zur Verhandlung sind schon längst nicht mehr zu haben.

Aus Industrie und Handel.

Das deutsche Stahlhütten. Nach langen Konferenzen ist die mit den Vorbereitungen zur Gründung des Syndikats beschäftigte Kommission doch schließlich noch zur Ausarbeitung eines Statutenentwurfs gelangt. Anstatt aber nun diesen Entwurf voll zu veröffentlichen, treibt man mit den Satzungen Geheimniskammer und teilt nur das daraus mit, was man für die liebe Öffentlichkeit für angebracht hält. Natürlich ist dies nicht gerade das Wichtigste. Die „Kölnische Zeitung“ teilt den zur Veröffentlichung zugelassenen Teil mit. Sie schreibt:

Zunächst wird bestimmt, daß auf Antrag des Vorstandes durch Beschluß der Versammlung der Stahlwerksbesitzer eine gleichmäßige prozentuale Verringerung sämtlicher Hauptbeteiligungsquoten zu erfolgen hat, falls das Syndikat nicht in der Lage ist, die gesamten, aus der Summe der Hauptbeteiligungen sich ergebenden Mengen abzunehmen. Auch kann der Vorstand des Syndikats nach Beschluß der Versammlung der Stahlwerksbesitzer mit den einzelnen Stahlwerksbesitzern wegen freiwilliger Verringerung ihrer Hauptbeteiligung Abmachungen treffen. Um den Prozentsatz, um den die Hauptbeteiligung verringert wird, verringern sich auch die Gruppenbeteiligungen. Bei Verringerung der Marktquote über die Hauptbeteiligung hinaus tritt eine prozentuale Erhöhung der letzteren ein. Für jede Tonne Mehrabgab über ihre Hauptbeteiligungsquote hinaus haben die Werke eine Abgabe von 5 M. zu zahlen, während sie für jede Tonne Minderabgabe eine Entschädigung von 5 M. für die Tonne erhalten.

Mit diesen allgemeinen Bestimmungen über die Regelung der Beteiligung und des Abwages, die sich in ähnlicher Form auch bei vielen anderen Syndikaten finden, begnügt sich aber der Entwurf noch nicht. Das neue Stahlhüttenstatut soll nämlich nicht nur den Ablauf an sich regeln, sondern auch die mögliche Vereinfachung der Herstellung ansprechen. In diesem Zweck gestattet der Entwurf den Stahlwerksbesitzern, untereinander einen Austausch von Gruppenbeteiligungsquoten vorzunehmen, dergestalt, daß ein Werksbesitzer seine Gruppenbeteiligung ganz oder teilweise auf einen andern überträgt und dafür in der gleichen Höhe in einer andern Gruppe, in welcher er bereits beteiligt ist, des andern Beteiligungsquoten erhält. Dadurch soll erleichtert werden, daß die einzelnen Werke die Herstellung einzelner Erzeugnisse ändern zuweisen und sich auf die Herstellung von Besonderheiten berufen können. Durch einen derartigen Austausch darf jedoch weder die Hauptbeteiligung eines Werks erhöht, noch darf dadurch ein Werksbesitzer an einer Gruppe beteiligt werden, an der er vorher nicht beteiligt war.

Von besonderer Bedeutung sei ferner, daß der Vertragsentwurf jeden Stahlwerksbesitzer verpflichtet, die Erzeugnisse seiner Beteiligung in allen denjenigen Profilen, Qualitäten und Ausführungen zu liefern, die das Syndikat von ihm verlangt. Es wird also hier eine unmittelbare Einwirkung des Syndikats auf die inneren Betriebsverhältnisse, insbesondere auf das Arbeitsprogramm der einzelnen Werke vorgezogen. Zu diesem Zweck wird weiter bestimmt, daß das Syndikat gegebenenfalls verpflichtet ist, dem Stahlwerksbesitzer für die durch derartige Anordnungen des Syndikats aus der Neubeschaffung von Walzen oder Neueinrichtungen entstehenden Kosten eine Entschädigung zu gewähren, sei es durch Barzahlung oder durch Abnahme einer entsprechenden Menge der betreffenden Sorten. Diese Vorschriften verdienen besonders hervorgehoben zu werden, da sie darauf hinarbeiten, die Vorzüge, die der Truist durch die bei ihm mögliche weitgehende Arbeitsteilung besitzt, mit der Form des Kartells zu vereinigen. Ob das in vollem Umfang gelingen wird, läßt sich natürlich noch nicht sagen, immerhin aber ist es bemerkenswert, daß in jenen Vorschriften Anlässe zu Uebergangsformen zwischen Kartell und Truist zu erkennen sind.

Der Saatensatz in Preußen stellte sich um die Mitte Oktober im Vergleich zum Vorjahre (2 = gut, 3 = mittel):

	Mitte Oktober 1903.	Mitte Oktober 1902.
Winterweizen	2,6	2,9
Winterroggen	2,1	2,2
Wintergerste	2,5	3,0
Jungfer Acker	2,8	2,3
Kuzern	2,5	2,4

In den Bemerkungen der „Statistischen Korresp.“ hierzu heißt es, während der schönen Tage des Verhältnisses hätten die Felder von Halmfrüchten geräumt und auch in manchen Gegenden die noch gewonnene Nachmahd gut eingebracht werden können. Ueber Probeerde werde auch diesmal berichtet, daß die Schüttung der Fruchte nicht befriedigend, was meist dem Frost zuzuschreiben sei. Mit dem Ausnehmen der Kartoffeln sei man infolge der unglücklichen Witterung bei weitem noch nicht fertig. Ueber die Beschaffenheit der Ähren lasse sich die Mehrzahl der Berichterstatter nicht günstig aus; die schon in den Sommermonaten vorausgesagte Krankheit der Ähren sei in den meisten Landesteilen leider zur Gewissheit geworden. Auch die Weaderung und die Einsaat der Winterfelder hätte wegen der Kälte vielfach unterbrochen werden müssen.

Deutschlands Kohlenproduktion im laufenden Jahre. Nach den vom Reichsamt des Innern herausgegebenen Nachrichten für Handel und Industrie betrug während des Septembers im Deutschen Reich die Produktion an Steinkohlen 10 145 109 To. gegen 9 214 468 To. im Vorjahre, an Braunkohlen 3 819 129 To. (i. V. 3 024 246), an

Coaks 971 500 To. (786 003) und an Briquets und Kohlpfeifen 913 464 To. (826 982).

Vom 1. Januar bis 30. September wurden in Deutschland 88 062 746 To. (78 593 701) Steinkohlen, 32 776 523 To. (30 681 651) Braunkohlen, 8 483 601 To. (6 617 703) Coaks und 7 570 127 To. (6 620 819) Briquets produziert. Es hat demnach im Vergleich zum Vorjahre die Produktion beträchtlich zugenommen.

Rohisenproduktion Deutschlands. Die gestern mitgeteilten Ziffern waren nur Teilergebnisse. Nach der Angabe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller stellt die Gesamtproduktion sich folgendermaßen: Im September 1903 auf 848 860 Tonnen Rohisen, darunter Gießerei-Rohisen 148 974 Tonnen, Bessemer-Rohisen 33 274 Tonnen, Thomas-Rohisen 631 722 Tonnen, Stahl- und Spiegeleisen 64 212 Tonnen und Puddel-Rohisen 70 707 Tonnen. Die Produktion im August 1903 betrug 875 820 Tonnen, im September 1902 718 702 Tonnen. Vom 1. Januar bis 30. September 1903 wurden produziert 7 524 593 Tonnen gegen 6 175 235 Tonnen im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Im 2. Wahlkreis finden sich die Parteigenossen Sonntag früh 8 Uhr zur Flugblattverteilung an folgenden Stellen ein: D. Kramle, Restaurateur, Bülowstr. 59. Wölder, Restaurateur, Steinmetzstr. 29. Stricker, Restaurateur, Steinmetzstr. 35. Maria, Restaurateur, Alvenslebenstr. 15. Hähnel, Restaurateur, Blumenhallerstr. 5. W. Bruns, Restaurateur, Wilhelmstr. 146. F. Ohnforge, Restaurateur, Wartburgstr. 102. A. Augustin, Restaurateur, Lindenstr. 69. F. Lehmann, Restaurateur, Friedrichstr. 16. D. Störner, Restaurateur, Zimmerstr. 24. Pieper, Restaurateur, Schützenstr. 18/19. J. Sasse, Restaurateur, Hornstraße 2. A. Werner, Restaurateur, Hagelsbergerstraße 2. F. Reichtach, Restaurateur, Hagelsbergerstr. 23. F. Preuß, Restaurateur, Welle - Alliancestr. 74 a. Vorkeldt, Restaurateur, Arndtstr. 35. J. Thomien, Restaurateur, Gneisenaustraße 30. C. Seidel, Restaurateur, Mittenwalderstraße 16. Paul Scholz, Restaurateur, Jostenerstraße 1. Ede Barutherstraße. Jul. Fischer, Restaurateur, Voelckstr. 7. F. Ewald, Restaurateur, Schönleinstr. 6. Patzsch, Restaurateur, Gräferstr. 31. E. Lindemann, Restaurateur, Moritzstr. 9. Schulz, Restaurateur, Wasserhorststr. 14.

Im 6. Wahlkreis erhalten die Genossen das Material in den bekannten Bezirkslokale.

Schöneberg. Am nächsten Sonntag findet zur Agitation für die Landtagswahl eine Flugblatt-Verbreitung statt. Treffpunkt früh 7 1/2 Uhr in folgenden Lokalen: Ständer, Hohenstaufenstraße 79. Schilling, Kyffhäuserstr. 16. Krüger, Grimmeplatz 110. Döring, Morchburgerstr. 7. Obst, Reimigerstr. 8. Porlemann, Kaiser Friedrichstr. 8. Reimer, Hohenfriedbergstr. 28. Hofmann, Gherulstr. 16. Rutenberg, Frey Reuterstr. 3. Koll, Sponholzstraße 34. — Eine zahlreiche Beteiligung wird erwartet.

Wilmersdorf. Zur Flugblatt-Verbreitung wollen sich die Parteigenossen Sonntag früh 7 1/2 Uhr an folgenden Stellen einfinden: 1. und 2. Bezirk bei Ratsch, Uhländstr. 71. 3., 4. 5. Bezirk bei Witte, Berlinerstr. 40. 6. Bezirk bei Rudloff, Pruchsalstraße 13. 7. Bezirk bei Hilpert, Kurfürstendamm 126.

Charlottenburg. Zu der am Sonntag früh 8 Uhr stattfindenden Flugblatt-Verbreitung werden die Genossen ersucht, sich zahlreich und pünktlich in nachstehenden Lokalen einzufinden: Baade, Reringstr. 25; Pasche, Potsdamerstr. 44; Müller, Rosenthalstr. 3; Sempel, Dönanröderstr. 4; Dörre, Wallstr. 90; Patzsch, Seefelderstr. 11; Fischer, Pestalozzistr. 84; Röttger, Leibnizstr. 3; Stolzenburg, Lutherstr. 43.

Rixdorf. Achtung! Parteigenossen. Die Abteilungslisten für die preussische Landtagswahl liegen am Freitag und Sonnabend von 9—3 Uhr nachmittags, am Sonntag von 12—5 Uhr nachmittags in der Turnhalle Erkstraße zur Einsicht aus.

Kummelsburg-Voghen. Sonntagnachmittag 1 1/2 Uhr findet die Generalversammlung statt. Auf der Tagesordnung steht Neuwahl des Vorstandes sowie andre wichtige Punkte. Siehe Inserat am Sonnabend.

Rudow bei Johannisthal. Der Wahlverein hält Sonnabend 8 1/2 Uhr eine Mitglieder-Versammlung im Lokale von Franz Reine in Rudow ab. Tagesordnung: 1. Unsere Forderungen an den preussischen Landtag. 2. Anstellung der Wahlmänner für den Wahlbezirk Rudow. — Für Johannisthal liegen die Landtags-Wählerlisten für den 1. und 2. Wahlbezirk bei dem Genossen Wertins, Moosstr. 2, zu jedermanns Einsicht aus.

Lokales.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Das Reglement für die Fürsorge-Erziehung, das der Magistrat nach den Wünschen der Minister des Innern und der geistlichen, Unterrichts- usw. Angelegenheiten geändert und den Stadtverordneten neu vorgelegt hat, ist einem Ausschuss zur Prüfung überwiesen worden. Der Antrag auf Ausschuhberatung war von der sozialdemokratischen Fraktion gestellt worden und wurde von unserem Genossen Stadthagen damit begründet, daß die vom Magistrat vorgenommenen Änderungen eine noch weitere Verschlechterung des ohnehin sehr mangelhaften früheren Reglements bedeuten. Stadthagen vertrat den Standpunkt, daß das religiöse Element in der Erziehung, dem in dem Reglement jetzt, auf den Willen der Minister, noch mehr Spielraum als vorher gegeben worden ist, noch keineswegs eine Gewähr für eine Erziehung zur Sittlichkeit bietet, weil eben Religion und Sittlichkeit nicht immer bei einander wohnen. Als der Vorsteher-Stellvertreter Micheli den Redner unterbrach, um diese Ausführungen als „allgemeine Redensarten“ zu bemängeln, wurde Stadthagen deutlicher und brachte Beispiele vor. Stadthagen zeigte dann, daß in dem neuen Reglement ebenso wie in dem früheren den Kindern nicht einmal eine ausreichende Schulbildung gewährleistet wird, daß in Bezug auf die gewerbliche Beschäftigung der Kinder sogar noch ein Rückschritt gemacht worden ist, daß das Reglement nicht genug Vorkehrung trifft, die Kinder gegen Ausbeutung ihrer Arbeitskraft zu schützen. Stadth. Dobe, der Sprecher der „Alten Linken“, hatte gegen die geforderte Ausschuhberatung nichts einzuwenden, aber er verwahrte sich und seine Freunde gegen die von Stadthagen vorgebrachten Gründe und erklärte stolz, Berlin gebe die Fürsorge-Kinder nicht zur Ausbeutung her.

Der Ruhm der Stadt Berlin war also wieder einmal gerettet, aber gleich darauf wurde er von neuem gefährdet. Die seit langem bestehende Ueberfüllung der jüdischen Siedlungshäuser nötigt zur Errichtung eines Filialhospitals, dessen Etat jetzt der Versammlung vorgelegt wurde. Genosse Dr. Freudenberg bemängelte, daß für 120 alte siccie Männer kein einziger wirklich ausgebildeter Krankenwärter angestellt werden soll, und daß für die Beschäftigung pro Tag und Kopf ganze 41 Pfennig angelegt sind. Ein Ausschuh solle prüfen, ob das zulässig und der Stadt würdig sei. Der Magistratsvertreter, Stadtrat Jacoby, meinte in seiner hilflosen Rede, die Hospitalinsassen seien ja eigentlich gar nicht krank, und auch 41 Pfennig für die Beschäftigung sei nicht zu wenig. Der Sprecher der „Alten Linken“, diesmal Stadverordneter Wallach, stimmte ihm bei und hielt keine Ausschuhberatung für nötig. Die Versammlung erklärte sich demnach gegen den Antrag auf Ausschuh-

Beratung, für den außer den Sozialdemokraten nur noch vier Mann von der „Neuen Linken“ eintraten. Gegen die sofortige Vornahme der zweiten Beratung nebst Beschlußfassung wurde aber jetzt von unserem Genossen Singer Einspruch erhoben, und die Sache wurde vertagt. Die Freimüthigen haben also noch eine Woche Zeit, zu überlegen, ob ein Sieder ohne Krankenwärter gepflegt und mit täglich 41 Pfennig belohnt werden kann.

Es folgte die Ausschuhberatung über die Frage einer selbständigen Stellung der Oberärzte an den chirurgischen Abteilungen der städtischen Krankenhäuser. Zwischen Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung ist es darüber zu einem Konflikt gekommen, der auch gestern nicht beigelegt, sondern eher noch verschärft wurde. Die Anregung zu dieser „Reform“ war im Frühjahr von der „Alten Linken“ gegeben und mit Ausführungen begründet worden, die wie ein Eingeklinknis der Mangelhaftigkeit unserer städtischen Krankenhäuser klangen. Jetzt erfährt man, daß es nicht so schlimm gemeint war. Herr Rommsen war es, der gestern zuerst darauf hinwies, daß die ganze Beratung dieser Frage nichts Befriedigendes für die Krankenhäuser ergeben habe. Andre sprachen ihm nach, vor allem der Oberbürgermeister Kirchner, der zugleich darüber klagte, daß diesmal selbst seine trennsten Freunde in der Versammlung nicht so wie er wollen, und Herr Cassel, der dem Oberbürgermeister den Vorwurf der Rechthaberei zuschrieb. Von unserer Seite beleuchtete Genosse Freudenberg die Herrschergeleise des Oberbürgermeisters und wies nach, daß die Schaffung kleinerer, aber selbständig geleiteter Abteilungen der Krankenhäuser eine sorgsamere Behandlung der Kranken ermöglicht. Die Vorschläge des Ausschusses wurden angenommen — trotz aller Drohungen des Herrn Kirchner.

In neunter Stunde kam noch eine äußerlich ganz unscheinbare Sache zur Verhandlung, die aber principiell wichtig ist. Bei der Submission auf Stellung der städtischen Altkotwagen hat der Fuhrwerksbesitzer Karl Richoff mit 2200 M. wieder die niedrigste Forderung gestellt, und der Magistrat möchte ihm den Zuschlag geben. Zufällig wird einmal in der Vorlage mitgeteilt, welchen Lohn die Kutscher kriegen sollen. 18 Mark pro Woche will dieser billige Mann geben. Genosse Singer forderte Ausschuhberatung, damit die Lohnfrage genauer geprüft werden könne; es werde zu untersuchen sein, ob K. nicht eben deshalb so wenig fordern könne, weil er die Kutscher so schlecht bezahle. Herr Esmann (Fraktion Rommsen) meinte, in diese Frage dürfe sich die Stadt nicht hineinmengen, und Herr Dobe (Alte Linke) stimmte diesem Grundgedanken zu. Der Antrag auf Ausschuhberatung wurde abgelehnt gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und einiger Freimüthigen. Auch hier protestierte Singer nun gegen sofortige Vornahme der zweiten Beratung. So wird die Versammlung erst in acht Tagen darüber entscheiden, ob die Stadt Berlin zulassen darf, daß die Kutscher städtischer Altkotwagen mit 18 M. Wochenlohn abgepeist werden.

Unter dem Vorsitz des Stadtrats Dr. Weigert fand kürzlich eine Konferenz hervorragender Vertreter des Handels statt, um zu der Frage des Erlasses eines Ortsstatuts über die Sonntagseruhe Stellung zu nehmen, die bekanntlich einen negativen Erfolg hatte. Im Anschluß daran fand gestern eine von etwa 40 Vertretern der Industrie besetzte Konferenz statt, in der man sich einmütig gegen den Erlass eines Ortsstatuts zur weiteren Beschränkung der bestehenden Sonntagseruhe ausgesprochen hat.

Also meldet die magistratsbürokratische Korrespondenz. Danach scheinen also die Herren Vertreter der Industrie sich endlich von der volkswirtschaftlichen Verderblichkeit ihrer bisherigen Haltung überzeugt zu haben, und das freut uns aufrichtig. Sie, die jegliche Beschränkung der Ausbeutungsfreiheit in Grund und Boden beschließen, wollen kein Ortsstatut, das die Sonntagseruhe beschränkt. Von diesem Standpunkte bis zu Maßnahmen, welche die Ausnutzung der Arbeitskraft an Sonntagen und überhaupt weiter einschränken, ist nur ein Schritt, vorausgesetzt, daß der Berichterstatter über die Konferenz nicht ein leidiger Schreibfehler zu Grunde liegt und das Gegenteil des Gemeldeten beschlossen ist.

Kommunales. Der Stadtverordnete Wallach und Genossen haben bei der Stadtverordneten-Versammlung folgenden Antrag eingebracht: „Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Magistrat um Auskunft darüber, warum sich derselbe über den Beschluß der Versammlung vom 9. Juni 1898 über die Bildung einer gemischten Deputation zur Beratung der Reorganisation der Gewerbesteuer“ noch nicht geäußert hat.“ Die beiden Fraktionen der Linken haben getrennt der Stadtverordneten-Versammlung zwei Anträge unterbreitet, die dahin gehen, den Magistrat um Auskunft zu erfragen, aus welchen Gründen der von der Krankenhäuser-Deputation gestellte Antrag auf Bewilligung von 850 000 M. zur Erweiterung des Kaiser- und Kaiserin Friedrich-Kinder-Krankenhauses und auf sofortige Errichtung einer Station für Geschlechtskranke von 130 Betten im Krankenhaus Moabit, unter Leitung eines besonderen Arztes, vom Magistrat abgelehnt worden sind. — Die Errichtung einer neuen Geschlechtskranke-Station auf dem Grundstücke der Berliner Arbeiterkolonie in Reinickendorf, Berlinerstraße, ist inzwischen schon beschlossen worden und soll mit der Errichtung der Station unverzüglich begonnen werden.

Herr Hermann Sudermann erhält von der „Vossischen Zeitung“ wegen seiner „Abwehr“ einen Leitartikel gewidmet, worin ihm u. a. folgendes gesagt wird: „Der Dichter fahlet mit dem einen Auge nach Biomed, mit dem andern nach Bebel. Nur in der Komödie. In seinem „Wort zur Abwehr“ fahlet er allein nach der Sozialdemokratie, als wollte er die Zahl ihrer Missäter vermehren. Er sagt von Johann Jacoby, daß er in früherer Erkenntnis nahender Notwendigkeiten sich dem Sozialismus zugeneigt hatte.“ Er schildert wie ihn in jungen Jahren der „Edem neuer Zeiten“ antreibe, als er die Reden des Sozialisten Lampe hörte. Da Lampe als Erzieher auf ihn eingewirkt hatte, weshalb ging er nicht zur Sozialdemokratie, sondern zu Bismarck und wurde liberaler Zeitungsschreiber? Und wenn er behauptet, der Liberalismus habe wohl für zollfreies Brot und zollfreies Licht, nicht aber für zollfreie Gedanken gekämpft, vergebens habe ein Teil der kleinen Bourgeoisie um ein paar alte abgelegte Ideale gekämpft, weshalb hat er nicht diese Bitte dazumal erfüllt, weshalb hat er nicht für zollfreie Gedanken gekämpft?“

Mit der Polizeieinschuh gegen die Radfahrer soll es ein Ende haben. Der Verwaltungsbezirk der Berliner Verkehrs- und Polizeibehörde, Regierungsrat Dr. Haafelau, veröffentlicht im „Tag“ eine „Verkehrsstudie“, in der er der Hoffnung Ausdruck giebt, daß das Berliner Publikum sich, wie in anderen Großstädten, mehr an das Radfahren gewöhnen werde; dann dürfte auch bald dem Radfahrer sein Recht werden, in sämtlichen Straßen verkehren zu dürfen. Eine Korrespondenz meldet, sie könne dem auf Grund authentischer Informationen hin-zufügen, daß die Aufhebung des Radfahr-Verbotes für gewisse Straßen Berlins von der Verkehrs-polizei bereits in ernstliche Erwägung gezogen wird und die Freigabe der jetzt gesperrten Straßen nur noch eine Frage der Zeit ist. Abwarten!

Der Stadtbahnhof Jannowitz-Brücke wird gegenwärtig um etwa 30 Meter verlängert. Die Verlängerung wird auf der südlichen Seite vorgenommen und ist notwendig geworden durch die Abfertigung der Ferngeleise durch Ueberführung eines Teils des Vorort-Verkehrs auf die Stadtbahn zu entlasten. Außer dem genannten Bahnhof werden noch eine Reihe anderer Stadtbahnhöfe eine Verlängerung der Bahnsteige erfahren. Die Vorortzüge nach Potsdam werden bekanntlich schon am 1. Mai n. J. über die Stadtbahngelände geleitet. Diese Neuerung dürfte übrigens auch eine wesentliche Entlastung der Stadtbahngelände herbeiführen.

Stadtvorordneter Justizrat Hugo Sachs wurde gestern nachmittag unter großer Beteiligung auf dem jüdischen Friedhofe in Neu-

Seifenfee zur letzten Ruhe bestattet. Neben den trauernden Familienangehörigen, der Mutter und Geschwister, waren zahlreiche Freunde und Bekannte, Vertreter des Amtsstandes, der Gemeindebehörden und Vereine erschienen, ebenso zahlreiche Magistratsmitglieder und Stadtvordordnete.

Als „schwere Jungen“ erkannt wurden zwei Einbrecher, welche vor einiger Zeit bei einem Einbruch in einer Filiale der Bänderischen Butterhandlung in der Krautzstraße abgefaßt wurden. Die Verhafteten legten sich zunächst falsche Namen bei, wurden jedoch durch den Erkennungsdienst als zwei seit längerer Zeit gesuchte Einbrecher Müller und Linke erkannt. Beide wollten nach ihrer letzten Verhaftung zum erstenmal wieder auf „Arbeit“ gegangen sein, eine Behauptung, die durch das bei ihnen vorgefundene Einbrecher-Werkzeug als unrichtig erkannt wurde. Stenometrist, Dolmetscher und verschiedene andere Gegenstände, die sie bei sich führten, rührten aus einem Diebstahl her, der mehrere Monate vorher in einem Eisenwarengeschäft verübt worden ist. Bei einer Hausdurchsuchung in der Wohnung des M. wurden noch eine größere Menge verschiedener Waren vorgefunden, über deren rechtmäßigen Erwerb sich die Verhafteten nicht auszuweisen vermochten und die, wie nachträglich festgestellt wurde, aus zahlreichen Diebstählen herrührten. Bisher sind die Einbrecher der Teilnahme an sieben verschiedenen Einbrüchen überführt.

Eine Tunnelverqualmung wurde kürzlich nachts auf der Unterpfalsterbahn-Strasse Zoologischer Garten-Knie (Charlottenburg) künstlich erzeugt. Es geschah dies in Verfolg der Konferenzen von Mitgliedern der Aufsichtsbekörden, welche, aus Anlaß des Pariser Brandunglücks, eine Prüfung der Sicherheitsmaßnahmen unserer Hoch- und Untergrundbahn bezweckten. Bei der erwähnten „Brandprobe“ hatten es nun die Hochbahnangestellten zu gut gemeint; sie hatten in der Gegend der Hasanenstraße im Tunnel einen Scheiterhaufen angezündet, mit dem man einen ganzen Wagenpark hätte vernichten können, vorausgesetzt, daß die Wagen, wie die Pariser, aus nicht imprägniertem Holz bestanden. Das ist aber bei uns bekanntlich nicht der Fall. Die eisernen Wagenkästen der Berliner Hochbahn brennen nicht, wie ja schon eine frühere Special-Brandprobe ergeben hat. Da zudem auch an Deltwolle und Lappen zu nicht geipart worden, erzielte man tatsächlich eine starke Verqualmung des Tunnels. Der Qualm zog langsam in der Richtung nach dem „Knie“ ab. Trotz dieser übertriebenen Voraussetzungen aber konnte angeblich festgestellt werden, daß das Publikum, welches etwa den Wagen an der gefährdeten Stelle verlassen hätte, in aller Seelenruhe ungefährdet nach der Haltestelle „Knie“ gelangt wäre. Nach der andren Richtung hin würde sogar absolut keine Gefahr bestanden haben; denn hier hatten die Vertreter der Aufsichtsbekörde Posto gefaßt, welche längere Zeit dem Qualm und der Hitze Kroß bieten und dann ungehindert ins Freie gelangen konnten. Mit derartigen künstlichen Arrangements ist es bekanntlich ein eigenes Ding, doch wollen wir hoffen, daß im Ernstfalle alles gut geht.

Ein Einbruch in die Friedrich-Werdersche Kirche hat in der Nacht zum 22. Oktober stattgefunden. Die Diebe sind in die verschlossene Kirche eingedrungen und haben ein leicht vergoldetes Taufbecken aus Tombak, zwei etwa je 50 Centimeter breite metallene Platten, zwei etwa je 40 Centimeter hohe Leuchter und zwei glatte Unterplatten, je 15 Centimeter lang und je 10 Centimeter breit, mitgenommen. Bisher ist keine Spur von den Kirchengeräten oder von den Einbrechern zu ermitteln gewesen.

Eine Gebetbuch-Schwinderin hat es auf Dienstmädchen abgesehen. Die etwa vierzigjährige dunkelblonde Frau, die ein blasses Gesicht hat, eine Kapotte, einen braunen Rock und einen Hut trägt, sucht die Mädchen auf und legt ihnen Gebetbücher zum Kauf vor. Da es ihr aber nicht um den wirklichen Verkauf zu thun ist, so erklärt sie, daß sie das Buch erst in vier bis acht Tagen liefern könne. Zu ihrer Sicherheit nimmt sie von den Mädchen eine Anzahlung von 4 M. entgegen und läßt sich nicht mehr blicken.

Auf dem Wege von der Schule wurde gestern mittag kurz nach 12 Uhr der zehnjährige Schüler Otto Hellwig, dessen Eltern Andreasstraße 39 wohnen, tödlich verletzt. Der Kleine wollte am Andreasplatz über den Fahrweg der Andreasstraße laufen und rannte blindlings gegen die Vorderplattform eines Straßenbahnwagens der Linie 1 (Stadtring). Der Kleine geriet unter die Vorderplattform, wurde durch den Schuttrahmen eine Strecke mitgeschleift und lam schließlich mit dem Oberkörper unter den Rahmen. Durch Anheben des Wagens wurde der Knabe aus seiner furchtbaren Lage befreit und dann zu dem Andreasstr. 52 wohnenden Arzt Dr. Stern gebracht, der nur den durch Quetschung des Brustkorbes eingetretenen Tod konstatieren konnte. Vielleicht benutzen die Lehrer diesen traurigen Vorfall, um die Kinder zur Vorsicht beim Betreten der Straße zu ermahnen.

Die That einer Schwermütigen. Wegen einer entsehligen That ist die 26 Jahre alte Ehefrau Martha des am drei Jahre älteren Bauarbeiters Emil Donat aus der Heidenfeldstr. 13 flüchtig. Die Eheleute wohnten in Eintracht mit ihren drei Kindern Karl, Maria und Erich im Alter von sechs, vier und einem Jahre im zweiten Stock des Seitenflügels. Seit etwa vierzehn Tagen wollen nun Nachbarn eine Veränderung in dem Wesen der Frau bemerkt haben; sie ließ den Kopf hängen und ging schwermütig einher. Am Freitagabend war der Mann von des Tages Last auf einem Stuhl in der Küche eingeschlafen, als sich die Mutter mit den Kindern nach dem anstehenden Wohnzimmer begab, eine mit Ljolol gefüllte Flasche ergriß und zu den Kindern äußerte: „Kommt mit Mutter, wir wollen sterben.“ Dabei reichte sie dem jüngsten Sohn das Gift, der auch in seiner Unschuld trau, der sechsjährige Knabe dagegen begriff die Tragweite des mütterlichen Vorhabens und schrie jämmerlich: „Nein, wir bleiben bei Vater.“ Darüber erwachte der Ehemann in der Küche und wollte nach der Ursache des Lärmens sehen. Seine Frau kam ihm aber schon entgegen, indem sie ziemlich ruhig äußerte: „Erich ist krank geworden, ich muß zum Doktor.“ Sie war hinausgeeilt, bevor der Ehemann, der einen dreifachen Rock und einen Selbstmord verhängt hatte, die Socklage überblatte. Kaum sah er aber die Flasche mit Ljolol auf dem Tisch stehen, als ihm der Gedanke aufstach, daß seine Frau zur Mörderin an ihren Kindern hätte werden wollen. Er rief sofort einen Arzt herbei, der die Vergiftung erkannte und Gegenmittel gab. Die Mutter kam überhaupt nicht in die Wohnung zurück. Am nächsten Tage gab sie in Abwesenheit ihrer Schwester bei deren Herrschaft in der Magdeburgerstraße ein Paket für die erstere ab. Dieses enthielt ihre Uhr mit Kette und einen Brief mit der Mitteilung, daß sie sich das Leben nehmen werde, nachdem sie ihr Kind getötet habe. Einen Grund für diese That giebt sie nicht an. Seitdem ist Frau Donat nicht mehr gesehen worden. Die Kinder sind bei Hausbewohnern untergebracht. Der Mann, die Schwester und das älteste Kind wurden vernommen, können aber keine Erklärung für die That finden.

Ein frecher Dieb wurde gestern in einem Goldwarengeschäft der Alexanderstraße bei einem Uhrendiebstahl ertrappt. Der erst 17 Jahre alte Bursche, namens Hermann Weisheit aus Koburg, hatte den Laden ohne jede Veranlassung betreten, um sich eine Uhr zu kaufen. Während er nach einer solchen Umschau hielt, bückte sich die Verkäuferin, um unter dem Ladentisch etwas hervorzuholen. Diesen Augenblick benutzte der Spigbube, um zwei Uhren einzupacken. Die Verkäuferin sagte ihm die That auf den Kopf zu, W. besitzte sie und wollte sich entfernen. Als aber andre Angestellte hinzulamen, gab er die Uhren zurück und wollte nun aufbrechen. Er wurde aber der Polizei überliefert, die bei ihm noch einen kleinen goldenen Ring mit roten Stein und zwei Wachsperlen fand, an dem die Preisanzzeichnungen noch befestigt waren.

Ein furchtbares Unglück ereignete sich gestern nachmittag um 1/2 1 Uhr an der Kaiserin Augustabridge. Ein Kahn fuhr den Kanal herunter. Der Mann und ein Knabe stakten den Kahn und ein etwa neunjähriges Mädchen saß hinten am Steuer. Die Mutter war anscheinend unten im Kajütenraum beschäftigt. Als der Kahn beinahe unter der Brücke durch war, wurde ein am Vorderende des Steuers befindlicher dieser Eisenhaken von einem Brückenteil nach

unten umgebogen und das Kind kam mit den Händen dazwischen. Das arme Wesen schrie herzzerreißend. Der Mann und die Frau kamen hinzugeeilt, warfen den Knaben ins Wasser und versuchten nun, das Kind zu befreien. Doch das dauerte etwa 5 Minuten, während welcher das Kind schrie und winkelte. Als es frei wurde, befaß es sich seine Hände, mit einer Meise, die unbeschreiblich ist. Die eine Hand hing förmlich in Fäden herunter, die andre war in der Mitte ebenfalls zerquetscht. Ein Droßknechtlicher und ein Herr brachten das Kind per Droßknecht sofort ins Krankenhaus. Alle Zuschauer, die zum Unglück nicht einmal helfen konnten, waren erkannt über die Standhaftigkeit der Kleinen, die noch selbst gehen konnte.

Eine Bärentragödie wird aus dem Zoologischen Garten gemeldet; der Größtbar hat seine Gemossin, die braune Bärin, in ihrem gemeinsamen Heim, dem Bärenzwinger, umgebracht. Der Bär, ein gar stattlicher Geselle, war jünger als seine Gefährtin, die nur in der Verteidigung ihrer Jungen kriegerische Eigenschaften entfaltete. Dem Bären wollte es nicht gefallen, daß seine ehemals sehr ansehnliche Gefährtin seit längerer Zeit tränkelte. Sie litt an einem Uebel, dessen Art nicht recht ergründet werden konnte. Ihre Appetitlosigkeit war zeitweise besorgniserregend. Aus diesem Grunde wurde die Patientin in einem abgeschlossenen Raum der Bärenhöhle gehalten, um der Ruhe zu pflegen, auch wurde ihr besonders schmackhaftes Futter verabreicht. Diese Verfügung erregte das größte Mißfallen des Chemannes. Als die Bärin am Dienstag aus ihrem reservierten Gemach in den gemeinschaftlichen Zwinger trat, ging er auf sie zu und zog sie in eine tödliche Umarmung. Während das durch Krankheit geschwächte Tier in sich zusammenfant, biß er ihm den Genickhaken durch. Wohl eilte der Wärter zur Hilfe herbei. Mit Eisenstangen und den Wasserstrahlen einer Feuerpistole wurde der Bär bearbeitet, aber der Tod des Opfers war bereits eingetreten, für den Zoologischen Garten kein erheblicher Verlust. Die Bärin wäre aller Voraussicht nach ohnehin eingegangen.

Theater. In der Gala-Matinee, welche die Internationale Künstler-Loge am 25. Oktober er., nachmittags 2 Uhr, im Apollo-Theater veranstaltet, werden außer den in Verlu gegenwärtig engagierten Kapacitäten eine Anzahl namhafter, auf der Durchreise begriffener Künstler auftreten, die es sich angelegen sein lassen, auch ihre Darbietungen in den Dienst der Wohlthätigkeit zu stellen. Der Ertrag der Matinee fließt nämlich der Jubiläen-, Witwen- und Waisen-Unterstützungskasse der Internationalen Künstler-Loge zu.

In Gafans Panoptikum sind zur Zeit neben den zusammengekauften Schwestern zwei Kiesen zu sehen, die nach Ursprung und Eigenart grundverschieden sind. Der eine ist ein Voeren-Krieger im Alter von 30 Jahren. In ihm kriegerisch Reich von ehedem waren die Avancementsverhältnisse anscheinend nicht so kümmerlich wie in der preussischen Bureaukratie, wo besonders die großen Männer schwer zur Geltung kommen. Dort unten in Afrika hat es unser Gast schon im Anfang der zwanziger Jahre zum Polizeimajor gebracht. Er hat dann Jamesons Raubzug abwehren helfen und ist dabei in einem Schamägel am Bein verwundet worden; eine zweite Verwundung erlitt er im letzten Kriege, den er von Anfang bis zu Ende mitgemacht hat. Da er sich weigerte, dem englischen Sieger den Treueid zu leisten, mußte der Freiheitkämpfer sein Vaterland verlassen. Er schiffte sich nach Europa ein, um hier als praktischer Mann aus seiner Niefeingestalt einiges Kapital zu schlagen. Der Krieger von ehedem kann zwölf Sprachen sprechen, unter denen allerdings estliche in Europa wohl kaum zur Geltung kommende Kaffersprachen sind.

Der andre Kiese, der den Voer noch um ein gutes Stück übertrifft, ist ein Siour-Judäner. Der Mann zählt 35 Jahre und rühmt sich, ein Kesse des berühmten Sittung Bull zu sein. Er hat in seinem Wesen nur wenig mit den Helden der Lederstrumpf-Geschichten gemein und verschmäht selbst seine Nationaltracht, die uns doch aus Indianerbüchern und von Jahrmarktstüben her so vertraut geworden ist. Sein Stolz ist, als Kulturmenschen zu gelten, und das Bewußtsein seiner Bildung bringt er dadurch zum Ausdruck, daß er in einem wunderhübschen Schlafrock von blauem Sammet einherstolzert, der im Verein mit einer undefinierbaren, sehr hohen Kopfbedeckung ihn dem Verfassers ähnlich macht. Aber das ist nur äußerlich, da seine Manieren tadellos weltmännisch sind. Beide großen Männer sind gestern von Gelehrten der hiesigen medizinischen Fakultät untersucht worden.

Aus den Nachbarorten.

Die Gemeindevertretung zu Nieder-Schönhausen hat, wie berichtet, an den Forstfiskus anlässlich der Parzellierung der Schönholzer Heide ziemlich beträchtliche Anforderungen gestellt. Dem Fiskus liegt jedoch daran, den Bebauungsplan so schnell wie möglich fertigzustellen. Kreis-Baumeister Müller hat dem Gemeindevorstand bereits mitgeteilt, daß 1 1/2 Morgen Land für einen Begräbnisplatz, 3 Morgen für ein Schulgrundstück und 25 Ar für ein Pfarrhaus eventuell der Gemeinde kostenlos gegeben würden. Nur soll von der Anlage eines großen Platzes Abstand genommen und die beiden vorgeschlagenen kleinen Plätze genehmigt werden. Auch die Straßenspläne sollen in der von den Parzellanten vorgeschlagenen Weise acceptiert werden. Der Gemeindevorstand hat aber keine seiner Forderungen zurückgenommen. Es sollen nun neue Verhandlungen stattfinden.

In dem Vorort Zehlendorf hatte die Gemeindevertretung beschlossen, die Zahl der Schöffen von vier auf fünf zu erhöhen. Nachdem dieser Beschluß von der Aufsichtsbehörde genehmigt worden war, hat gestern die Schöffenwahl in der Gemeindevorstandssitzung stattgefunden. Gewählt wurde Herr Gemeindevorordneter Bull mit 14 Stimmen. Gemeindevorordneter Jietzen erhielt 4 Stimmen, drei Zettel waren unbeschrieben.

Mit Salzsäure zu vergiften versuchte sich das 15jährige Kindermädchen Martha Kerfel, welches dem Schankwirt Tulle, Laubestraße 8 in Rixdorf in Stellung war. Die Motive der That sind unbekannt. Das Mädchen wurde in fast hoffnungslosem Zustande nach dem städtischen Krankenhaus übergeführt.

Schöneberg. Die Grundsteinlegung des Auguste Victoria-Krankenhauses hat am Donnerstag mit dem üblichen Ceremoniell stattgefunden. Ohne ein solches ist nun einmal bei uns in Preußen-Deutschland die Entstehung des natürlichsten Kulturbedürfnisses nicht denkbar. Der Bürgerschaft wäre jedenfalls mit der schnelleren Inangriffnahme und demzufolge mit der früheren Fertigstellung und Inbetriebsetzung des Banes besser gedient gewesen. Warum statt der beigesetzten Bezeichnung der Anstalt nicht einfach „Schöneberger Krankenhaus“ gesagt wurde, ist ebenfalls unerfindlich. Aber die Rehrheit unserer wohlweisen praktischen Stadtväter hat es eben anders beschloffen. — Die nächste Stadtvorordneten-Versammlung wird sich unter andern auch mit dem Antrag auf Bewilligung von 1200 M. für Ausdehnung und Zuteilung von 8 Karten an die eingetragenen Wähler zu den Landtagswahlen beschäftigen. Bekanntlich ist der Magistrat einem seiner Zeit von der Versammlung in dieser Hinsicht gefaßten Beschlusse nicht beigetreten, und es hat erst einer erneuten Anregung bedurft, ihn zur Vorklage einer Kostenübersicht zu veranlassen. Hoffentlich tritt jetzt ein Einverständnis in dieser Frage zwischen beiden Körperschaften ein. — Ueber den Beginn des Wahlaktes selbst, von dem uns nur noch vierzehn Tage trennen, und um deren Verlegung in die späten Nachmittagsstunden eine zahlreich besuchte Volksversammlung an den Magistrat das Ersuchen richtete, ist beinahe ausschließlich noch nichts bekannt.

Gerichts-Zeitung.

Unlauterer Wettbewerb. Wir lesen in der „Stdn. Volksztg.“: „Ein für literarische Kreise bemerkenswerter Prozeß wird zur Zeit vor dem Berliner Landgericht verhandelt, dem der folgende, übrigens kaum glaubliche und der Verurteilung bedürftige Thatbestand zu

Grunde liegen soll. Der bekannte Schriftsteller Heinrich Söhrens, bisheriger Herausgeber und Redakteur der „Deutschen Dorfzeitung“, erschienen in der Deutschen Verlag, Berlin, ist zugleich auch Herausgeber des bei Trovitsch u. Sohn erschienenen Söhrenschen Dorfkalenders. Nun gab aber auch der Deutsche Verlag (bei dem übrigens auch die „Berliner Neuesten Nachrichten“ erscheinen) ohne Kenntnis Söhrens einen Deutschen Dorfzeitungs-Kalender heraus, auf dessen Titelblatt unter den Worten: Deutsche Dorfzeitung, Herausgeber Heinrich Söhrens zu lesen war, so daß bei jedem Unbefangenen der Glaube erweckt werden mußte, der Kalender sei von S. redigiert. Durch diesen Irrtum hat das Publikum natürlich vielfach den Deutschen Dorfzeitungs-Kalender für den Söhrenschen Dorfkalender gehalten. Der Deutsche Verlag inferiorer sogar seinen Kalender in der „Deutschen Dorfzeitung“, worauf S. infolge verschiedener Anfragen die hieraus entstehenden Irrtümer durch eine Notiz im Briefkasten aufzuklären versuchte. Nachwürdigweise aber fand sich nur in den an S. gesandten Exemplaren die betreffende Notiz, während sie in der übrigen Auflage durch einen leeren Raum ersetzt war. Fernere bezügliche Notizen wurden dann vom Verlage vollends ignoriert, weshalb S. die Redaktion der „Deutschen Dorfzeitung“ wegen Eingriffs in die ihm kontraktlich zustehenden Redaktionsrechte niederlegte, um ein eigenes Blatt mit dem Titel „Söhrens Dorfzeitung“ zu gründen. Sogleich beim Erscheinen der ersten Nummer stellte der Deutsche Verlag gegen S. Strafantrag wegen unlauteren Wettbewerbs mit der Begründung, daß die neugegründete Zeitung leicht zur Verwechslung mit der „Deutschen Dorfzeitung“ führen könnte; er erzielte auch eine vorläufige Verfügung, wonach einwirkenden „Söhrens Dorfzeitung“ nicht mehr erscheinen darf; sie erscheint nunmehr als „Söhrens Dorfbote“. Söhrens hat nun gegen diese Verfügung Widerspruch erhoben und die Sache dem Staatsanwalt übergeben. Man kann gespannt sein, ob die Verhandlung diese Angaben bestätigt.“

Ein Kuppelprozeß, in dem Angehörige aus den „besseren“ Kreisen als Zeugen figurierten, fand am 21. d. Mis. vor der Strafkammer II des Landgerichts Posen statt. Angeklagt war die „Arbeiterin“ Auguste Gajewska, die bis ins Jahr 1903 hinein ihre eignen Töchter, zwei noch junge Mädchen, zur gewerbmäßigen Unzucht angehalten hat. Die Absteigequartiere der Angeklagten, natürlich sehr elegant eingerichtet, befanden sich in den Vororten Jersib und Wilsa, wo taglich zahlreicher „Besucher“ der Töchter der Angeklagten empfangen wurden. Die Gäste rekrutierten sich aus den Kreisen der Parteivolée von Stadt und Provinz Posen. Das Geschäft muß sehr einträglich gewesen sein, denn die Familie lebte sehr luxuriös, und die eine Tochter ist sogar Besitzerin eines großen Hauses in Jersib. Dies Haus ist das Geschenk eines „besten Freundes“ Grafen, der neben 28 andren Zeugen zum Termin geladen und erschienen ist. — Die Verhandlung, die unter Aufsicht der Öffentlichkeit stattfand, endete mit der Verurteilung der Angeklagten, unter Annahme mildernder Umstände, zu sechs Monaten Gefängnis.

Vermischtes.

In der Strafsache gegen die Engelmaherin Wiese in Hamburg haben die Nachforschungen der dortigen Kriminalpolizei ergeben, daß der Wiese insgesamt neun Kinder in Pflege gegeben worden sind. Von diesen ist eins eines natürlichen Todes gestorben, zwei sind ihren in Dispensen wohnenden Angehörigen zurückgegeben worden, während die übrigen sechs Kinder spurlos vermisst sind. Die Ermittlungen der Polizei nach der Mutter des fünften Kindes, einer vornehmen Dame aus Hannover, haben zu einem Resultat nicht geführt. Die Angeklagte stellt nach wie vor jedwede Säulid respektive Teilnahme an den Kindesmorden in Abrede, der Verbleib der vermissten sechs Pflegekinder konnte bisher nicht ermittelt werden.

Deutsche Pädagogik. Von einem Leser in Darmstadt wird der „Frankfurter Zeitung“ geschrieben: Der Lehrer (Klassenlehrer) einer hiesigen höheren Schule gab vor einigen Tagen seiner Klasse, die aus Schülern im Alter von ungefähr 14 Jahren besteht, folgendes zur Aufrechterhaltung der Bucht und Ordnung von ihm für nötig erachtete Diktat:

- Arbeitsstunden: Dienstag und Mittwoch von 5 Uhr ab.
- Es werden bestraft:
 - Vergesslichkeit mit 1 Stunde Arrest.
 - Das Fallenlassen f. 1. Das erste Mal mit Tadel, von Gegenständen; f. 2. Im Wiederholungsfall Arrest.
 - Aus der Bank treten: Arrest.
 - Sprechen: Arrest.
 - Lachen: f. 1. Das erste Mal mit Tadel, f. 2. Im Wiederholungsfall mit Arrest.
 - Fehlen eines Aufgabebuches: Arrest.
 - Wer sein Buch nicht mit beiden Händen hält: Arrest.
 - Wer nicht frei aufsteht: f. 1. Das erste Mal mit Tadel, f. 2. Wiederholung mit Arrest.
 - Wer den Jünger schlecht streift: f. 1. Das erste Mal Tadel, (als Zeichen, daß er etwas beamt- worten kann) f. 2. Wiederholung Arrest.

Welches Kopfzerbrechen muß es diesem Meister der Schule gekostet haben, die richtige Zusammenfassung der gebührenden Strafen für die Sünden seiner Pflegekinder auszufüllen! Daß es aber, ganz abgesehen von dem mehr als zweifelhaften pädagogischen Wert des methodischen Arrestdikierens, einfach unmöglich ist, diese angeordneten Maßregeln konsequent durchzuführen und mit dem Begriff der Gerechtigkeit zu verbinden, scheint diesem Diktator nicht in den Sinn zu kommen.

Ware	Preis	Ware	Preis
*Weizen, gut D. Ct.	15,80	Rartoffeln, neue D. Ct.	6,00
- mittel	15,72	Rindfleisch, Kalbe 1 kg	1,80
- gering	15,64	do. - 2 kg	1,50
*Roggen, gut	13,00	Schweinefleisch	1,80
- mittel	12,92	Rindfleisch	2,00
- gering	12,84	Lammfleisch	1,80
+Gerste, gut	14,50	Butter	2,00
- mittel	13,30	Eier	60 Stück 5,00
- gering	12,10	Kartoffeln 1 kg	2,20
+Hafer, gut	15,80	Hale	2,00
- mittel	14,70	Jahnder	3,00
- gering	13,70	Hechte	2,00
Rüchstroh	4,82	Barsche	1,80
Heu	7,00	Schleie	3,00
Erbsen	40,00	Bleie	1,40
Speisebohnen	50,00	Archie	per Schock 15,00
Linien	60,00		

* ab Bahn. † frei Wagen und ab Bahn.

Stationen	Barometer	Wind	Wolke	Temper.	Stationen	Barometer	Wind	Wolke	Temper.	
Swinemünde	755	W	3	Regen	4	Saparanda	749	SD	6	Regen
Hamburg	754	WS	3	bedeckt	9	Petersburg	761	SD	1	Rebel
Berlin	757	WS	3	Regen	6	Cort	717	WS	3	bedeckt
Frankfurt a. M.	760	WS	2	halb bb.	9	Aberdeen	-	-	-	-
München	762	WS	1	bedeckt	7	Paris	750	WS	2	bedeckt
Wien	764	W	1	Rebel	1					

Wetter-Prognose für Freitag, den 23. Oktober 1903. Mild und zeitweise heiter, aber sehr veränderlich mit Regenfällen und ziemlich lebhaften südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Inserate

für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Inserate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzusenden.

Die Expedition.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion den Publikums gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 23. Oktober.
Anfang 7 Uhr:
Schauspielhaus. Die Räuber.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Am Galenspiegel.
Deutsches. Komma Banna.
Verliner. Alt-Heidelberg.
Verfüng. Der Sturmgelehrte Sokrates.
Westen. Der Krompeter von Saffinger.
Neues. Salome. Vorher: Der Kammerlänger.
Residenz. Das große Geheimnis.
Central. Bruder Straubinger.
Thalia. Der Hochtourist.
Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Wallner-Theater).
Die Stützen der Gesellschaft.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt.)
Was ihr wollt.
Belle-Alliance. Die zärtlichen Verwandten.
Meines. Die Raben.
Kaisers. Die Jüdin von Toledo.
Carl Weiss. Die Maschinenbauer von Berlin.
Trianon. Biscotte.
Franz. Amerikanisches. Ueber'n großen Teich.
Apollo. Frühlingstanz. Spezialitäten.
Winter-Garten. Spezialitäten.
Metropol. Neues! Neues! Neues!
Vossage-Theater. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Casino. Tolle Kadetten. Spezialitäten.
Palast. Geniehet das Leben. — Spezialitäten.
Urania. Taubenstrasse 48/49.
An den Seen Ober-Italiens.
Im Hörsaal: Die Gashülle des Erdballs.

Neues Theater.
Schiffbauerdamm 4a-5.
Salome.
Vorher: Der Kammerlänger.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Central-Theater.
Heute Freitag - Abonnements - Vorst.:
7 1/2 Uhr:
Boccaccio.
Operette in 3 Akten von Suppé.
Sonabend, 24.: Bruder Straubinger.
Sonnabends 3 Uhr, halb. Freie:
Der Botschaftsstudent. Abends 7 1/2 Uhr:
Bruder Straubinger.

Luisen-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Die Jüdin von Toledo.
Histor. Trauerspiel v. Fr. Grillparzer.
Sonabend: Krieg im Frieden.
Sonnabends 3 Uhr zu kleinen Preisen:
Berlin bei Nacht.
Abends: Das Mädchen v. Heilbrunn.
Montag: Krieg im Frieden.

Kleines Theater.
Unter den Linden 44.
Nachtasyl.
Anfang 8 Uhr.
Deutsch - Amerikanisches Theater
67/68 Köpcke-Str. 67/68.
Jeden Abend Anfang 8 Uhr:
Gastspiel Adolf Philipp.
Ueber'n großen Teich
Seltene Bilder mit Gesang aus dem
Leben der Deutsch-Amerikaner in 5 Akt.
von Adolf Philipp.

Residenz-Theater
Direktion S. Lautenburg.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Das grosse Geheimnis.
Lustspiel in 3 Akten v. Pierre Wolff.
Deutsch von Max Schönan.
Morgen und folgende Tage: Die-
selbe Vorstellung.
Sonnabends 3 Uhr: Lutti.

Metropol-Theater.
Der grösste Erfolg dieser Saison!
Emil Thomas a. G.
Josef Josephi. Henry Bender.
Frid Frid. Rosa Marion.
Grete Meyer. Müller Lincke.

Neuestes!
Allerneuestes!
Dramatische Revue in 5 Bildern.
Glanzvolle Balletts. 300 Mitwirkende.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet. —
Verantwortlicher Redakteur: Julius Kallert in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glöck in Berlin. Druck und Verlag: Sternsche Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Urania.

Taubenstrasse 48/49.
Um 8 Uhr im Theater:
An den Seen Ober-Italiens.
Um 8 Uhr im Hörsaal:
Die Gashülle des Erdballs.

Sternwarte

Invalidenstrasse 57/62.

CASTANS PANOPTICUM

Friedrichstr. 165.
Indianer-Riese
Hanko Karoo
Die zusammengewachsenen
Lebend. Schwestern! Lebend.
Buren-Riese
Andries Venter,
ehemal. Leibsoldat des Präsi-
denten Paul Krüger von
Transvaal.

Trianon-Theater.

Georgenstrasse, zwischen Friedrich-
und Universitätsstrasse.
Biscotte.
Anfang 8 Uhr.
Casino-Theater.
Lothringersstr. 37. Anf. 8. Sonntag 7 1/2
Nur noch kurze Zeit!
9 1/2 Uhr: Tolle Kadetten.
Vorher: „Diebesfamilie“ etc.
Sonnabends 4 Uhr: Eternos.

Belle-Alliance-Theater.

Dir. Hofschaulpl. Jul. Aug. Grube.
Die zärtlichen Verwandten.
Lustspiel in 3 Akten von Rod. Benedig.
Anfang 8 Uhr.
Sonabend, zum erstenmal: In Ver-
tretung. Ein Soldatenjunker in
3 Akten von Heinz Gorden.
Sonnabends: In Vertretung. Raß-
mitag: Die zärtlichen Verwandten.

W. Noacks Theater.

Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Der Küttenbesitzer.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Donnerstag, den 29. Oktober 1903:
Wilhelm Tell.
30 junge Leute werden als Statisten
verlangt.

Carl Weiss - Theater.

Große Frankfurter Straße 132.
Die Maschinenbauer von Berlin.
Anfang 8 Uhr.
Sonnabendnachm. 4 Uhr: Kinder-
vorstellung: Die versauerte Girch-
tub. — Sonnabends 3 Uhr:
Die Schule des Lebens.
Sonnabendabend 8 Uhr: Amor
in Wids.

Passage-Theater

Anfang Sonntags 3 Uhr, Wochentags
5 Uhr. Anfang der Abend-
vorstellung 8 Uhr.
Olga Wohlbrück,
Spott- und Geissellieder.
Der Todessprung
des Hundes.
14 erstklassige Nummern.

Fröhels Allerlei - Theater

fr. Puhmanns Vaudeville - Theater,
Schönhofstr. 148.
Inhaber: Wilhelm Fröbel.
Jeden Sonntag 3 Uhr:
Grosse Extra-Vorstellung
der mit
so großem Beifall aufgenommenen
Norddeutschen Sänger.
Nach der Vorstellung: Um 10 Uhr:
Grosser Ball.
Jeden Dienstag und Freitag:
Gastspiel Berl. Volks-Theater.
Jeden Mittwoch:
Grosser Elite-Familienabend,
Norddeutsche Sänger u. Ball.
Entree 50 Pf. Sperrst. 50 Pf.

Etabl. Buggenhagen

Wortplatz. Im Kaiserpaal:
Künstler-Ensemble
„Nordsterne“
unter Leitung d. Herrn
Rudolf Schauss.
Anf. 7 1/2 Uhr. Kassen-
eröffnung 6 1/2 Uhr.
Entree 50 Pf.
Bons hab. Gültigkeit.
Nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.
An den unteren Ecken Dienstag und
Donnerstag: Brahms' u. Komert.
Sonnabend u. Sonntag: Göttsch-
Koncert. Bons haben Gültigkeit.

Palast-Theater Feen-Palast.

Burgstr. 22.
Elite - Extra - Vorstellung.
Der Küttenbesitzer.
Schauspiel in 4 Akten von G. Dinet.
Vreße d. Wähe: Loge 1 Mk., Sperr-
st. 60 Pf., Parterre 40 Pf., Entree 20 Pf.
Ehren- und Vorzugskarten gültig.
Morgen und folgende Tage:
Geniehet das Leben.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.

Königstadt-Kasino.

Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr.
Täglich:
Franz Sobanski.
Ganz neues Programm.
Zum Schluß die Gesangs - Vosse
ä g'teilttes Los.
Nach der Vorstellung:
Wittu., Sonnab., Sonnt.: Tanz.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Freitagabend 8 Uhr:
Die Stützen der Gesellschaft.
Schauspiel in 4 Akten von Demit
Wien. Deutsch von Wilhelm Lange.
Sonnabendabend 8 Uhr:
San Marcos Tochter.
Sonnabends 3 Uhr:
Der Fleck auf der Ehr'.
Sonnabends 8 Uhr:
Die Ehre.
Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).
Freitagabend 8 Uhr:
Was ihr wollt.
Lustspiel in 5 Akten v. W. Shakespears.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Die Stützen der Gesellschaft.
Sonnabends 3 Uhr:
Der Bibliothekar.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Die Stützen der Gesellschaft.

Cirkus Schumann.

Heute, Freitag, den 23. Oktober, abends 7 1/2 Uhr:
Unherkömmlich große Vorstellung. — Gewähltes Programm.
„Aylin“, dreifach Ballad, in einem ganz neuen Genre
Die elektrischen Spiegel-Terrassen.
Der Jul. Seeth, phänomenale Löwenbräuer:
25 männl. Abessinier Löwen
Leb's Wunderaffen. Sonntagnachmittag: Die beliebte Clow-
Vorstellung. Ein Kind frei. 25 Löwen, Leb's Affen, Hunde etc.
IK. Berliner Saison.

Apollo-Theater.

Zum 17. Male:
Frühlingsluft.
Operette in 3 Akten
von weiland Josef Strauss.
Im Blütenhochzeit.
Ballett von Louis Gundlach.
Fernor:
Die glänzenden Spezialitäten
und Messers Biophon.
Neue Bilder-Serie.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag, den 25. Oktober, nach-
mittags 2 Uhr: Matinee der
Internat. Artisten-Loge.

Berliner Prater-Theater

Kahlsdamm-Allee 7-9.
Freitag, den 23. Oktober 1903:
Bernhard Rose - Theater - Ensemble.
Preciosa.
Schauspiel in 4 Akten v. R. H. Hoff.
Musik von Karl Maria v. Weber.
Anfang 8 Uhr.
Montag:
Auf goldenem Boden.

WINTER GARTEN

Saharet australische
Tänzerin.
The Great Goldin Illusionist.
Goldin gab eine Separat-
Vorstellung vor Sr. Majestät Kaiser
Wilhelm II.
Smith u. Doroto. Excentrics
Theresa Renz. Schalkreiterin
Die drei Luppis. Reckturner
Anne Dancrey. Pariser Soubrette.
Moskwa russisches Sextett.
Die August's. Jongleure.
Angeline Vanloo Sängerin
O. K. Sato komischer Jongleur.
Miss Emelina Trapezkünstlerin.
Die Jahrmärktprinzess. Ballett.
Der Biograph.

Reichshallen

Stettiner Sänger
(Mentel, Pietro, Britton,
Steidl, Böhme, Böd-
mann, Blättner,
Schrader u. Eberino.)
Anfang: 8 Uhr,
Sonntags 7 Uhr.

Palast-Theater

früher
Burgstr. 22.
Elite - Extra - Vorstellung.
Der Küttenbesitzer.
Schauspiel in 4 Akten von G. Dinet.
Vreße d. Wähe: Loge 1 Mk., Sperr-
st. 60 Pf., Parterre 40 Pf., Entree 20 Pf.
Ehren- und Vorzugskarten gültig.
Morgen und folgende Tage:
Geniehet das Leben.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.

Königstadt-Kasino.

Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr.
Täglich:
Franz Sobanski.
Ganz neues Programm.
Zum Schluß die Gesangs - Vosse
ä g'teilttes Los.
Nach der Vorstellung:
Wittu., Sonnab., Sonnt.: Tanz.

Humboldt - Akademie.

Lehrstätte NO. (König-
stadt) Elisabethstrasse 57/58.
Eröffnung der 6. volkstüm-
lichen Vortragerei. Montag,
23. Oktober, abends präcise
7 1/2 Uhr. Der erste Vortrag
jeder Reihe ist frei: die
Reihe, 6-stündig, 50 Pf., die
musikalische I. M. Programm
gratis und Karten in Th.
Fröhlich's Buchhandlung,
Landabergerstr. 32. 3076 L.

DAMEN

Die viel Geld sparen wollen, können Ihre
Paletots, Jacketts, Kostüme
und Röcke im Engrosgeßchäft
von A. Schwarz, Wassmannstr. 1,
Ecke Randöbergstr., 1. Etage, beziehen.
Sportbillig
Anzugstoff-Reste
Palettotstoff-Reste
Damen-Kostümstoff-Reste
Damen - Palettotstoff - Reste
Tuch - Fabrik - Niederlage.
Berlin C., Holzstraße 2,
Koch & Seeland.

Große Betten 12 Mk.

(Oberst. Qualität, zwei Betten mit
grünem neu in Federn der
Güte 46. Preisliste schreibe. Diese
Kundenkennung schreiben.)
Herren - Kragen,
— reinleinen, garantiert 4fach, —
verschiedene Façons in allen Weiten,
Stück 15 Pf., so lange der Vorrat reicht.
— Geßloßene Kragen —
per Dutzend 3 Mk. und 3 Mk. 50 Pf.
Manfchetten, Prima, garant. 4fach
1/2 Dutzend 1.80 Mk.,
Oberhemden, Servitours, Krawatten,
in größter Auswahl, Trikotasen,
Strümpfe, Hosenträger, Handschuhe.
Detailverkauf zu Engrospreisen.
Ernst Marcuse, Münstr. 23.

Möbel-Fabrik

u. Lager kompletter
Wohnungs - Einrichtungen
zu Fabrikpreisen — Eigne Werkstätten — empfiehlt
am Kottbusser
Julius Apelt, Skalitzerstr. 6, Thor. 27791.*

Deutscher Holzarbeiter - Verband.

Heute, Freitagabend 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Sitzung der Ortsverwaltung.
Sonntag, den 25. Oktober, vormittags 10 Uhr, im Restaurant
Englischer Garten, Alexanderstr. 27c:
Versammlung
aller in Treppengeländer-Fabriken beschäftigten Arbeiter
(Tischler, Stelmacher, Drechsler usw.).
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Karl Wormuth über:
„Die französische Revolution“. 2. Diskussion. 3. Was ziehen wir
für Lehren aus der diesjährigen Konjunktur? 4. Ver-
schiedenes. — Alle in dieser Branche beschäftigten Kollegen werden ersucht,
zu erscheinen.
Die Kommission.

Achtung! Einsetzer! Achtung!

Sonntag, den 25. Oktober, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschafts-
haus, Engel-Ufer 15 (Zaal I):
Versammlung sämtl. Einsetzer Berlins u. Umg.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Döhling über:
„Unser Kultur“. 2. Branchenangelegenheiten.
Die Kommission erscheint um 9 Uhr.
Der Obmann.

Stock- u. Celluloid-Arbeiter!

Sonntag, den 25. Oktober, nachmittags 3 Uhr, in Neu-Weissenhof,
bei Schmutz, König-Chaussee Nr. 38:
Branchen-Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Der Streik bei Schmelting u. Berta. 2. Dis-
kussion. 3. Organisation. 4. Verschiedenes.
Der Obmann.

Verein der Bauanschläger Berlins u. Umgegend

Montag, den 26. d. M., abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
Engel-Ufer 15 (Zaal IV):
Außerordentliche General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes über den Anschlag an den Metallarbeiters-
Verband. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. 33/14
Mitgliedsbuch legitimiert. Aufnahme neuer Mitglieder. Beiträge
werden entgegengenommen. Der Vorstand.
Die Kollegen werden auf die schriftliche Einladung hingewiesen.

Vergolder!

Die am vorigen Sonntag indizierte
Matinee
findet am nächsten Sonntag, den 25. Oktober, in der „Kasamba“,
Wallner-Theaterstr. 15, statt.
Mitwirkende: **Künstler-Orchester**, Direktion A. Grabow. —
Berliner Uk-Trio, (Herrn Scheuer, Haase und Prüss.)
Charakter-Komiker Herr Rudolf Schauss sowie Kostüm-Soubrette Fräulein
Trudi Walden.
Eröffnung: 11 Uhr. Anfang präcise 12 Uhr mittags.
Sämtliche zu vorigen Sonntag ausgegebenen Billets haben
Gültigkeit, und werden die Devouanten ersucht, dies bekannt zu geben.
Der Vorstand.

Einladung

zur Wahlversammlung der gewählten
Vertreter der Arbeitnehmer der
Orts-Krankenkasse für den
Gemeindebezirk Lichtenberg.
Die Vorstandsmitglieder Jacob,
Lohns und Krusznicki haben ihre
Kemler als Vorstandsmitglieder nieder-
gelegt.
Die Amtsperiode würde mit dem
31. Dezember 1903 enden.
Zur Vornahme der Ersatzwahlen
lade ich die gewählten Vertreter aus
dem Stande der Arbeitnehmer zu einer
Wahl-Versammlung
am Sonnabend, den 31. Oktober
1903, abends 8 Uhr, im Gasthof
zum „Schwarzen Adler“, hier-
feld, Franzfurter Chaussee 12a,
im Zimmer rechts vom Haupt-
eingang, ganz ergeben ein.
Um pünktliches und zahlreiches Er-
scheinen wird ersucht.
Lichtenberg, den 22. Oktober 1903.
Der Vorstand
der Orts-Krankenkasse Lichtenberg,
gez. Levyn,
Vorsitzender. 277/1

Kopfläuse

nebst Brut ver-
schwinden sofort
Unschädlich. Erfolg
Schnell.
In Drogerien 50 Pf.
„Puffi“

Alle Gummiwaren!

Irrigatorbecher . 0,45
do. Emalle u. 0,65
Irrigatorn kompl. 0,90
Gummi-Unterlagen
rot, grün, 0,50
Wasserdrühtes Ost-
tuch für Bödner-
rinnen. 1,80
Inhalat - Apparat 1,25
Stochbecken von 1,50
Damenbinden, Dugend 0,50
Zinnspritzen m. geb. Rohr. . . 2,70
Auf Wunsch weibl. Bedienung.
Reinickendorfer-
strasse 56b. *

G. Leisegang,

Hirschfleisch
25-30-40 Pf.
Stück 50 Pf.
Nestenten und Blätter.
Gespidete Hasen von 3 R. an
55 und 60 Pf.
Jungo Enten, Hühner, Kaninchen 70 Pf.
A. Ritschl, Dresdener-
Strasse 61.

Hausgrundstück

zu jedem Geschäft passend, in
welchem 50 Jahre eine kleine Gast-
wirtschaft war, und zu welchem zwei
Hagen gutes Aderland gehören, für
13.000 Mark veräußlich. (Geringe
Anzahlung 3000 Mark. Offerten
unter V. 8 an die Expedition dieses
Blattes. 2544b

Kranz- und Blumenbinderei

von Robert Meyer,
nur Mariannen-Straße 2.
Bereits-Kränze, Palmen- u. Blumen-
arrangements, Bouquets, Guirlandes
usw. werden fein u. preiswert geliefert.
Kranz- und Blumenbinderei
H. Rodewald,
Alexandrinenstrasse 1a.
Kränze mit Bildungsstellen,
Arrangements zu Festlichkeiten, Bou-
quets, Topfgewächse jeder Art zu
preiswert. 2410b*

Rohrtabak.

Bekannt beste Qualitäten.
F. Wienert Nachf. L. Lehmann,
Rosenthalerstr. 23.

Verfammlungen.

Eine öffentliche Versammlung der Schlächtergesellen Berlins tagte am Mittwoch, den 14. d. M., bei Feuerstein. Diefelbe befaßte sich im 1. Punkt der Tagesordnung mit der Lohnbewegung der Schlächtergesellen in Hamburg. Das einleitende Referat hierzu gab K. Klink. Nachdem Redner den Grund dieser Bewegung und die Anwesenheit vor Augen geführt hatte, forderte er die Kollegen auf, falls es zu einem Streik kommen sollte, sich mit den Hamburger Kollegen solidarisch zu erklären, und den Bezug nach Hamburg fernzuhalten. Nach dem mit Beifall aufgenommenen Referat erfolgte eine lebhafteste Diskussion. Es beteiligten sich daran im Sinne des Referenten Lange, Weiß, Mercier und Gluck. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heute in Feuerstein's Lokal tagende öffentliche Versammlung der Schlächtergesellen Berlins erklärt sich mit dem Vorgehen der Hamburger Kollegen solidarisch und verpflichtet sich, sollte es in Hamburg zur Arbeitseinstellung kommen, dafür Sorge zu tragen, daß kein Berliner Kollege nach Hamburg Arbeit annehmen wird.“ Zum 2. Punkt der Tagesordnung wurde die Arbeitsordnung für die Schlächterereien des Berliner Konsumvereins und des Rabatt-Sparvereins „Süd-Ost“ bekannt gegeben, welche von der Beschwerdekommission ausgearbeitet worden ist und den betreffenden Vereinen zur Annahme vorgelegt werden soll. Daraus schildert Gluck die elenden Arbeitsverhältnisse im Rabatt-Sparverein „Süd-Ost“. Gerade in diesem Betriebe, welcher als Mutterbetrieb gelten sollte, sind in letzter Zeit Zustände zu Tage getreten, welche jeder Beschäftigte spotten. Schlechte Schlaf- und Arbeitsräume sind fast durchweg vorhanden, 16—17stündige Arbeitszeit und schlechte Behandlung sind an der Tagesordnung. Die dort beschäftigten organisierten Gesellen sind fast durchweg gemahnt worden. In ihre Stelle sind unorganisierte Gesellen eingestellt und durch private Stellenmittler bezogen worden. Alle Versuche der Beschwerdekommission, diese Mißstände zu beseitigen, sind bis jetzt gescheitert. Redner richtet darauf den Appell an die Beschwerdekommission, nochmals mit den Leitern des Sparvereins „Süd-Ost“ in Verhandlungen zu treten, um diese Mißstände aus der Welt zu schaffen. Sollten diese Herren jedoch auf ihrem Standpunkt verharrten, so schlägt Redner vor, diese Geschäfte zu boykottieren. Unter Verschiedenem wurde von Klink die Vorfrage gemacht, in Berlin in kürzester Zeit in eine Lohnbewegung zu treten und den verschiedenen Innungen und Meisterorganisationen Berlins und der Provinz folgende Forderungen zu unterbreiten: 1. Regelung der Arbeitsvermittlung. 2. Kontrolle der Schlaf- und Arbeitsräume unter Hinzuziehung organisierter Gesellenvertreter. 3. Regelung des Rechts und Herbergswesens. 4. Durchführung der gesetzlichen Sonntagsruhe resp. dreitägige Sonntagsarbeit. 5. Freigabe der ersten Feiertage an den drei hohen Festen. 6. Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit, einer 15stündigen Mittagspause und 1/2stündigen Vesper- und Frühstückspause. 7. Bezahlung eventuell notwendiger Leberstunden mit 50 Pf. Die Diskussion über diese Angelegenheit war eine sehr lebhafteste. Sämtliche Redner stimmten darin überein, daß gerade in Berlin die Arbeitsverhältnisse die schlechtesten im ganzen Reich sind und es hier unbedingt notwendig sei, in eine Lohnbewegung einzutreten. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heute bei Feuerstein versammelten Schlächtergesellen beauftragen den Vorstand der Berliner Ortsverwaltung des Centralverbandes der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands, den Innungen und Meisterorganisationen der Stadt Berlin und Provinz die aufgestellten Forderungen innerhalb einer Woche zu unterbreiten und in dieser Angelegenheit in eine Agitation unter den Berliner Kollegen einzutreten. Auch wird der Hauptvorstand beauftragt, sämtliche Verwaltungsstellen von der Berliner Lohnbewegung in Kenntnis zu setzen.“

Der **Fachverein der Holz- und Bretterträger** nahm in seiner Versammlung am Sonntag zunächst die Kassendebatte entgegen. 1100 Pf als Vereinskassenerlöse verzeichnet an Einnahme 487,15 M. und an Ausgabe 311,25 M., es verbleibt ein Kassensaldo von 2188,14 M. Die Kassendebatte wurde von der Abrechnung der Lohnkommission. Vereinskassenerlöse wurden 1332,65 M., verausgabt 1173,60 M. Nach der Abrechnung vom letzten Streik ergab eine Einnahme von 3589,74 M. und eine Ausgabe von 3468,00 M., so daß ein Ueberschuß von 121,74 M. verbleibt. Streikunterstützung erhielten 267 Mann mit 544 Kindern für insgesamt 1173 Tage. Den Kassenerlösen wurde Decharge erteilt. Daraus entspann sich eine lebhafteste Debatte über den eventuellen Anschluß an eine Zentralisation. Vereinsten in einer früheren Versammlung hatte Hinrichsen als Vertreter der Geschäftsstellen Instandsetzer-organisierter Gewerkschaften dem Fachverein der Holz- und Bretterträger empfohlen, sich der neuzeitlichen Vertrauensmänner-Centralisation dieser Branche anzuschließen. Gleichzeitig hatten aber auch die Vertreter des Hafnarbeiter-Verbandes den Berliner Lokalverein der Bretterträger für ihren Centralverband zu interessieren versucht. Die meisten Redner vertraten die Ansicht, daß, wenn man sich schon einer Centralorganisation anschließen wolle, dann nur der Hafnarbeiter-Verband in Frage kommen könne. Der von Hinrichsen empfohlenen Vertrauensmänner-Centralisation könne man schon wegen der zu erwartenden Leistungsunfähigkeit keine große Sympathie entgegenbringen, um so weniger, als Berlin für die paar andern in Betracht kommenden Ortschaften doch werde die meiste Aufheißung müssen. Beschlossen wurde, eine fünfgliedrige Kommission zu wählen, die den Auftrag erhielt, sich informatorisch an den Vorstand des Hafnarbeiter-Verbandes zu wenden, um die genauen Bedingungen eines eventuellen Uebertritts in diesen Verband zu erfahren.

Der **Verein der Zimmerer Berlins** nahm am Sonntag in seiner Generalversammlung die Abrechnung vom III. Quartal entgegen. Diefelbe weist eine Einnahme von 8477,15 M. und eine Ausgabe von 9023,63 M. auf. Es bleibt demnach ein Ueberschuß von 4553,52 M. Dazu kommt der Bestand vom II. Quartal im Betrage von 2665,12 M., so daß ein Kassensaldo von 31518,64 M. vorhanden ist. Der Kassierer wurde entlastet. Hierauf hielt Dr. Wolffheim einen Vortrag über die preussischen Landtagswahlen und die Arbeiter. In der Diskussion wurde unter anderem betont, daß die Mitglieder selbstverständlich den halben Tag offen würden, um sich vollständig an der Wahl zu beteiligen. — Zum Schluß erledigte die Versammlung Vereinsangelegenheiten. Der Vorstand macht es den Mitgliedern zur Pflicht, von der nur in besonderen Fällen abgesehen werden darf, daß sie ihre Beiträge nur in der Kassenkette desjenigen Bezirks entrichten, wo sie wohnen.

Verband des technischen Bühnenpersonals. In der Generalversammlung am Sonnabend teilte der Vorsitzende mit, daß im dritten Quartal drei Vorstandssitzungen und drei gut besuchte Mitglieder-Versammlungen stattgefunden haben. Von der Agitationskommission wurden für die meisten Theater Extraverfammlungen einberufen, durch die dem Verbande eine erfreuliche Anzahl neuer Mitglieder zugeführt wurden. Alles in allem betrachtet, läßt sich ein stetiger Fortschritt des Verbandes konstatieren. Die Abrechnung hatte folgendes Ergebnis: Einnahme inkl. Bestand 1180,80 M., Ausgabe 221,78 M., so daß ein Kassensaldo von 909,04 M. verbleibt. An die Weber in Crimmitschau konnten 50 M. abgeführt werden. Außerdem erfolgten die Delegiertenwahlen zur Krankenkasse.

Der **Verband aller in der Stickerei-Branche beschäftigten Personen** hielt am 14. Oktober d. J. seine Generalversammlung in den „Arminhallen“ ab. Nachdem das Andenken des verstorbenen Kollegen Dohbertin in der üblichen Weise geehrt worden war, gab der Kassierer den Kassensaldo vom 3. Quartal, aus welchem hervorging, daß die Einnahmen inkl. Bestand 1745,14 M., die Aus-

gaben 657,08 M. betragen; bleibt ein Bestand von 1087,16 M. Aufgenommen wurden im letzten Quartal 62 Mitglieder. Nachdem die verschiedenen Kommissionen, Arbeitsnachweis und der Delegierte zur Gewerkschaftskommission ihren Bericht erstattet hatten, wurde nach Erledigung verschiedener interner Angelegenheiten die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Die **Firma J. Garbáty** ersucht um Aufnahme folgender Verichtigung:

In der Nr. 242 des „Vorwärts“ vom 16. Oktober sind auf der vierten Seite unter der Rubrik „Verfammlungen“ und unter dem Titel „Die Zustände in der Berliner Cigarettenfabrikation“ über eine Versammlung der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Berlins berichtet. Hierbei sind in Bezug auf meine Firma zahlreiche Unrichtigkeiten behauptet worden. Aus Grund von § 11 des Preßgesetzes bitte ich, die folgenden im „Vorwärts“ wiederergegebenen unzutreffenden Behauptungen aus jener Versammlung in der nächsten Nummer Ihrer Zeitung richtig zu stellen:

1. Es ist unwar, daß die Arbeiter für das Reinigen ihrer Plätze 10 Pf., oder überhaupt etwas zahlen müssen. Die Reinigung geschieht auf Kosten der Firma, durch besonders hierfür angestellte Geschwefelrinnen.
2. Es ist unwar, daß die Arbeiter nicht ausreichend sind und nicht gefordert nach Geschlechtern. Für rund 200 Personen sind 10 Arbeiter vorhanden, fünf für Männer und fünf für Frauen. Die Arbeiter für Männer und für Frauen haben selbstverständlich getrennte Eingänge.
3. Es ist unwar, daß nur 12 Kleiderhaken vorhanden sind. Es sind mehr als 200 Haken, d. h. wie sich solches gehört, für jede Person ein besonderer Haken vorhanden.
4. Es ist unwar, daß irgend jemand wegen Beteiligung am Streik oder an der Organisation von mir entlassen worden ist, oder daß dem Betreffenden Schwierigkeiten bereitet worden sind. Entlassen werden mußten nur vereinzelt solche Arbeiter und Arbeiterinnen, die sich wiederholt bei der Arbeit grobe Unregelmäßigkeiten und Unpünktlichkeiten haben zu Schulden lassen können. In jedem dieser Fälle wurden die Betreffenden vorher wiederholt gewarnt und aufmerksam gemacht.
5. Es ist unwar, daß sich die Firma niemals einen einzigen Arbeiter hat aus dem Auslande kommen lassen. Jeder ausländische Arbeiter, der bei der Firma beschäftigt ist, hatte vielmehr schon früher bei einer andern Berliner Firma gearbeitet.
6. Es ist unwar, daß niemals ein Arbeiter außer den gesetzlichen Wagnen für Kranken- und Invaliden-Versicherung irgend ein Abzug gemacht worden ist. Dies ist auch nicht einmal bei Verabschwendung oder bei einem durch den Arbeiter verschuldeten Verlust des Materials der Fall gewesen.
7. Es ist unwar, daß niemals ein ausgeleitener Arbeiter, der volle sechs Tage in der Woche arbeitet, 10 M., oder auch nur ähnlich geringe Summen verdient hat. Es wird lediglich Accord gearbeitet, und zwar werden pro 1000 2,50, 2,75 und 3 M., je nach Qualität, gezahlt. Jeder Sachmann weiß, und die Lohnlisten zeigen dies, daß flotte Arbeiter und Arbeiterinnen hierbei bis über 30 M. kommen und daß durchschnittlich 20—25 M. verdient werden.

Besonders empörend ist es, daß wiederum das Gericht vorgebracht worden ist, es wären von Seiten meiner Firma ausländische Arbeiter dem Polizeipräsidenten zur Ausweisung denunziert worden. Als im Juli d. J. dieses Gerücht von böswilliger Seite verbreitet wurde, hat die Firma unter dem 22. Juli d. J. an den Vertrauensmann des Verbandes, Herrn Sally Rosenthal, folgendes Schreiben gerichtet:

„Es wird mir mitgeteilt, daß innerhalb des Verbandes verschiedentlich gesagt wurde, daß die Ausweisung des Arbeiters Rosinsky auf unsere Veranlassung geschehen sei. Ich bitte Sie nun höflich, den Namen desjenigen zu nennen, der dies gesagt, resp. welche aufgebracht hat, damit ich den Betreffenden zum Widerruf auffordern, oder falls er den Widerruf verweigert, wegen verleumdender und ehrabschändender Reden vor Gericht ziehen kann, zugleich um so endlich Gelegenheit zu haben, durch eidliche Aussage allen in böswilliger Absicht erfundenen Klatsch endgültig zu widerlegen. Im Interesse der Wahrheit richte ich gleichzeitig die höfliche Bitte an Sie, in der am Donnerstag, den 23. d. M., anstehenden Versammlung mitzutreten.“

1. daß alle den oben näher bezeichneten Inhalt verbreitende Gerüchte böswillig erfunden sind,
2. daß ich in dem speciellen Falle Rosinsky mich aufs lebhafteste beim Vorstande des Fabrikantenvereins verwandt habe, daß von Fabrikantenverein ein Besuch an das Polizeipräsidenten zwecks Aufhebung der Ausweisung eingereicht wurde, was auch vor ca. 8—14 Tagen geschehen ist.“

Herr Sally Rosenthal hat in seiner Antwort, sich außer Stande erklärt, den Urheber des Gerüchtes zu nennen, da mir ein solcher nicht bekannt ist.

Ich glaube, daß nach dem Mitgeteilten jeder Willigdenkende mit zugeben wird, daß ich den Beweis erbracht habe, daß ich der Ausweisung fernstehe, sie vielmehr bedauere und alles gethan habe, um sich rückgängig zu machen. Daß ich in Lohnfragen einmal anderer Meinung bin als meine Arbeiter, das kann vorkommen. Ein großes Unrecht jedoch ist es, mich einer gemeinen Handlungsweise zu beschuldigen, ohne für diese Beschuldigung mit meinem Namen einzutreten.

Ich appelliere, insofern meine Ausführungen den Rahmen einer Verichtigung überschreiten sollten, wegen der unferfertigen Aufnahme an die Lokalität der Redaktion und bin bereit, etwaige Bedrohungen einer solchen Aufnahme zu tragen. Ebenso bin ich gern bereit, der Redaktion oder andern Vertrauensleuten der Arbeiter meine Arbeitsverhältnisse zu zeigen und meine Lohnlisten vorzulegen. Es wird sich dabei sofort herausstellen, daß meine Behauptungen sämtlich wahr und daß das, was in jener Versammlung über meine Firma gesagt ist, durchaus unwar ist.

Hochachtungsvoll
Garbáty-Rosenthal,
Cigaretten-Fabrik J. Garbáty.

Der **Wahlverein Brix** hielt am 8. Oktober seine Generalversammlung ab, in welcher der Vorstand den Jahresbericht erstattete. Stattgefunden haben 11 Mitglieder-Versammlungen, 17 Vorstandssitzungen, 8 Volksversammlungen und 4 Flugblattverbreitungen. Die Mitgliederzahl ist von 1902 bis 1903 von 75 auf 117 gestiegen. Der Bericht des Kassierers ergab eine Einnahme von 264,85 M., eine Ausgabe von 10,94 M. Bei der Wahl des Vorstandes wurden sämtliche bisherigen Mitglieder desselben wiedergewählt; außer einem Resor. für den Hugo Kuchel gewählt wurde. Als Resor. wurde außerdem gewählt Adolf Solbner. Mitglieder wurden 3 aufgenommen. Unter Vereinsangelegenheiten entspann sich noch eine Diskussion über die Landtagswahl.

Neu-Weissenfeld. Am Donnerstag, den 15. Oktober, fand im Vereinshaus die erste öffentliche Versammlung für die Landtagswahlen statt. Das Referat, welches der Reichstags-Abgeordnete Genosse Stadthagen übernommen hatte, lautete: „Auf zur Landtagswahl“. Der Referent erntete von der Versammlung großen Beifall. In der Diskussion nahm Taubmann das Wort und meinte, wir müssen in die Wahl eintreten, als wenn wir den Kreis erobern würden und möchte ferner bekannt, daß am 25. Oktober eine Flugblattverbreitung stattfindet, an der die Genossen sich zahlreich beteiligen möchten. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die am 16. Oktober 1903 im Vereinshaus tagende öffentliche Versammlung stellt an den Gemeindevorstand den Antrag: Die Festsetzung der Zeit zum Beginn der Wahl der Wahlmänner zum Hause der Abgeordneten ist auf 5 Uhr nachmittags

festzusetzen, da die Versammelten ohne viel Arbeitszeit und Verdienstverlust zu erleiden, sich an der Wahl beteiligen wollen.“ Diefen Antrag hat das Bureau der Versammlung dem Gemeindevorstand eingeweiht.

Mit einem Hoch auf die Socialdemokratie wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Briefkasten der Redaktion.

F. B. Rom. Besten Dank. Leider keinen Raum.

D. J. Rein. Köppler Frauenversammlung. Bei weiteren Berichten bitten wir zu beachten, daß das Papier nur auf einer Seite besprochen werden darf.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7½ bis 9½ Uhr abends statt. Gebühren: 7 Mkr.

- P. R. 215.** 1. Rein. 2. Das Unentschuldigung muß belassen werden. Dahin gehört das notwendige Zeugen, Kleidung, Wäsche. Das Gesetz sieht nicht fest, welche Gegenstände stets als unentbehrlich zu belassen sind, sondern überläßt die Beurteilung dem Ermessen des Gerichtsvollziehers. Wegen dies ist Beschwerde beim Amtsgericht zulässig. 3. Es müßte ein notariell oder gerichtl. abzuwickelnder Vertrag vorliegen. Trotz Beobachtung der Form ist aber ein Vertrag unzulässig, der etwa behauptet die Belieferung eines Gläubigers abgeschlossen wird. — **100. Ja.**
- Reiter 49.** In die Ausstattung nicht in 1 a r e 11 von dem Verkäufer bereits erklärt, so ist ein notariell oder gerichtl. Akt noch erforderlich. — **N. R. 47.** 1. Sie müssen sich mit der Waldinspektion und dem Waldamt ins Einvernehmen setzen. 2. Der Wert würde die volle Miete mit Rücksicht auf Erfolg eintragen können. — **G. Retter.** Abgabe vom Lohn für Invaliditätsversicherung und Krankenversicherungsbeiträge sind zulässig, jedoch nur für die beiden letzten Lohnzahlungsperioden, in Ihrem Fall also je zwei Marken von dem zweimonatlich zu zahlenden Kostgeld.
- Karl G. 7.** In einem Prozeß würde voraussichtlich der Beklagte des Bundes zur Zahlung des Schadensersatzes verurteilt werden. — **P. J. Ja.**
- Religionenunterricht.** Beide Fragen sind zu bejahen. Sehen Sie sich mit dem Rektor in Verbindung. Der Vater hat das Recht, zu bestimmen, in welcher Religion sein Kind zu erziehen ist. Nach der herrschenden Rechtsprechung muß er aber eine bestimmte Religion angeben. — **P. M.** Ein Grund zur Aufhebung des Vertrages ist der von Ihnen gerügte Uebelstand nicht. Der Birt ist verpflichtet, das zur Beseitigung der Mängel erforderliche herzustellen. Hierzu gehört in Ihrem Falle die Reparatur der Saloufen, die Entziehung von Fensterhaken und die Beseitigung des Ungelesers. Fordern Sie den Birt auf, seine Pflicht zu erfüllen, drohen Sie ihm an, daß Sie eventuell die Reparaturen usw. auf seine Kosten bestellen lassen, falls eine von Ihnen zu leistende Frist (etwa acht Tage) hinausläuft verstreicht, und führen Sie eventuell Ihre Drohung aus. Anzeiger bestellt ein Kammerjäger.
- G. R. 18.** Wenn Sie nicht für je zwei Jahre mindestens 20 Mark weiterzuleben, so gehen Sie Ihrer Ansprüche verlustig. — **N. R. 78. Ja.**
- Widowal.** Ihre Frau muß bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk der Gutsbesitzer wohnt, klagen. Die Klage wäre aber ausfallslos, wenn der zu Verlassende minderjährig (noch nicht 21 Jahre alt) beim Empfang der Waren war. Ein Beispiel für solche Klagen finden Sie auf Seite 230 Nr. 36 des Jahrbuchs, der dem in den öffentlichen Verfassungen ausliegenden „Arbeiterrecht“ beigefügt ist. — **M. Sch.** Fleischer ist vorgeschrieben. — **M. M. 59.** Wenn nicht eine ausdrückliche Uebertragung des Eigentums an die ständer Klageklagen hat, ja. — **M. R.** Die Verwaltung kann Ihnen nicht übertragen werden, wenn Ihre Verwaltungsbefugnisse im Testament ausgeschlossen oder einem bestimmten Neger übertragen ist. — **200. G. Wenden** Sie sich mit einer Eingabe an den Magistrat und an das Regierungsamt.
- Bronislaw 5.** Die Gebühr für Austritt aus der Landesherrschaft beträgt seit 1899 drei Mark, die Gebühr für eine Bescheinigung des Austritts kostet abermals 3 M. — **B. W. 13.** 1. Ja. 2. Rein. — **M. B. Leber** nicht. — **M. B. 1. 2. 3. Ja.** 4. Rein. 5. Rein. 6. Ja. — **P. D.** Die Forderung des Hauswirts geht vor. — **S. D., R. 2. Arbeiterverein.** Ja. — **M. G. 205.** 1. Ja. 2. Die Zeit der Auslegung, 3. 4. Ja. 5. Rein. — **M. P. 101.** 1. Weiber der Frau noch das Kind erben. 2. Das Kind gehört dem Vater, der es aber auf Klage für Alimante usw. herauszugeben hat. — **Gauer.** 1. und 2. Rein. — **Vorgwardt.** In der Regel nein. — **M. S. 100.** Eine Forderung ist nicht vorgeschrieben; in der Regel werden einige Monate. — **Gauer.** Die Steuern sind zu zahlen, können aber auf Antrag (an die Steuerdeputation) erlassen werden. — **M. G.** Sie müssen innerhalb 14 Tagen Einspruch bei dem Amtsgericht, das das Vermögen beurteilt erlassen hat, einlegen. — **P. W. 40.** Sie können die Bescheidungsfrage erheben.
- Cens.** Sie reichen sämtliche Karten bei dem Magistrat, Abteilung für Invalidenversicherung, Breite Str. 24a, ein. — **Giftbath-Krankenhaus.** 1. Das Ueberrecht an Schriftstücken ist ohne Eintragung geschützt. 2. § 9 bezieht sich auf Urkunden und Zeugnissen, die periodisch erscheinen. 3.—5. Rein.
- Herrmann Koch.** Ober-Verwaltungsgerichts-Einstellungen nach der von Ihnen dargelegten Richtung sind nicht ergangen. Ohne polizeiliche Genehmigung wird ein Bau und eine Ansetzung nicht zu ermöglichen sein. Ob solcher Bau und solche Ansetzung durchgeführt werden kann, läßt sich ohne Kenntnis der örtlichen Bau- und Ansetzungs-Ordnung und ohne Kenntnis der Vorarbeiten nicht sagen. Es ist keineswegs lediglich das Fortpolizeigesetz entscheidend. — **640 M. G.** Der Betreffende hat Anspruch auf Entschädigung gegen den Militärrat. Die Frau soll von der Gemeinde die Gebühren für die zu Friedenszeiten Entschädigungen verlangen. — **Schwein.** Zur Räumung sind Sie nicht berechtigt. Sie können nur auf Beseitigung des Müllhaufens und auf Schadenersatz klagen. — **C. Vogel.** Die Eltern sind nicht haltbar. — **Berner D.** Wenden Sie sich an die Wasserdirektion. — **M. M. 39.** Der Betreffende ist nach Ihrer Darstellung nicht Weiber, sondern Weibchenbürger. Den Antrag auf Aufnahme in den preussischen Staatsverband kann er stellen. — **S. W.** Da kein schriftlicher Lehrvertrag vorliegt, kann jeder von beiden Tellen von demselben zurücktreten.

Verein der Lithographen, Stein-drucker und Beruigen, Deutschl.
Filiale I Berlin.

Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unter langjähriges Mitglied, der Steindrucker 108/15

Hermann Krause
im Alter von 44 Jahren an der Lungenschwindsucht verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 25. Oktober, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Andreas-Markus-Friedhofes in Wilhelmshagen aus statt. Zahlreiche Beteiligung erwartet.
Die Verwaltung.

Invaliden - Unterstützungs-kasse d. Stein-drucker u. Lithographen.
Die Beerdigung des am 20. Oktober verstorbenen Steindruckers

Hermann Krause
findet statt am Sonntag, den 25. Oktober, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle der Andreas- und Markusgemeinde, Wilhelmshagen, aus.
Das Komitee.

Blumen- und Kranzbinderei 1903
Richard Engelke,
Reichenberger-Strasse 164,
Ecke Mariannenstr.
Specialität: Variationskranze.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann und unser guter Vater, der Kohlenhauer

Emil Blume
im 53. Lebensjahre nach langem, schwerem Leiden lautenschlafen ist.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 25. Oktober, nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle des Ammaus-Friedhofes in Brix aus statt.
Dies zeigen Hestebührt an.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Am 20. Oktober, nach 3 Uhr, verschied nach kurzem Krankenlager unser lieber Sohn und Bruder

Richard Faustmann
im Alter von 8 Jahren.
Dies zeigen Hestebührt an.
Die Eltern und Geschwister.
Karl Faustmann.
Die Beerdigung findet Freitag, nachmittags 3½ Uhr auf dem Kreuzkirchhof, Mariendorf, statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
(Verwaltungsstelle Berlin).
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schleifer

Adolf Madrian
am 20. d. M. gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 23. Oktober, er, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Michael-Friedhofes in Mariendorf aus statt. Regge Beteiligung erwartet.
123/11 Die Ortsverwaltung.

Frankfurter Hütte

Grosse Frankfurterstrasse 101 und Krautstrasse 1

Abteilung 3: Schwemme.

4/10 Liter im Glas 10 Pf.
1/2 Lit. im Krug 12 Pf. 1 Lit. im Krug 23 Pf.
Warme Küche, Portion 30, 40 und 50 Pf.
Jeden Freitag: 3078L*
frische Hausmacher Blut- und Leberwurst etc.
auch ausser dem Hause, zu billigen Preisen, empfiehlt
Otto Grätz, Oekonom der Frankfurter Hütte.

Täglich Partisani Eintritt frei!
Abteilung 1: Konzertsäle. In Uniform.



Nur neueste Moden.



Dieser feine, schwarze Hut mit Futter, moderne Form, kostet 1,90 M. Cylinderhüte und Chapeau claque in großer Auswahl.

Special-Hut-Engroslager nur neueste Moden. Einzelverkauf zu Fabrikpreisen

im Comptoir Neue Königstr. 48, 1 Treppe, drittes Haus vom Alexander-Platz. Grösste Auswahl, außergewöhnlich billige Preise.
Filzhüte für Herren, neue Form, mit Futter M. 1.50, mit Atlasfutter M. 2.-, hochfeine Qualität M. 2.50, extra feine M. 3.-, beste Qualität M. 4.50.

Die schönsten Herren-

Anzüge, Winterpaletots, Joppen etc. sind zu bedeutend herabgesetzten Preisen in grosser Auswahl vorhanden.
Abt. I: Selbstangefertigte Garderobe, keine Fabrikware, durch diesen Vorteil alles viel billiger. Anfertigung nach Mass.
Abt. II: Monats-Abonnements-Garderobe, von Kavaliere getragene Sachen, sehr preiswert. Für jede Figur passend.
J. Wand, Hauptgeschäft: Prinzenstr. 17, an der Wasserthorstrasse.
Filiale: Gr. Frankfurterstr. 116, an der Androasstrasse.

Achtung! Vereine!
Saal (ev. Bühne) bis 300 Personen ist zum Sonnabend den 11. November frei geworden.
29162* Neues Club-Haus, Kommandantenstrasse 72.

Victoria-Säle
Perlebergerstr. 14
für Belegungen etc. frei. 30052*

Gegründet 1879.

Herren- und Knaben-Garderobe

Julius Lindenbaum

141, Grosse Frankfurterstr. 141, Ecke Fruchtstrasse.
Grösstes Geschäft der Branche in den Bezirken O, NO, SO.
Feste Preise! Feste Preise!

Elegante Jackett-Anzüge
in allen modernen Farben und Streifen 18-45 Mark.

Rock- und Gehrock-Anzüge
schwarz und farbig von 25-54 Mark.

Stoff-Hosen
von 3-14 Mark.

Winter-Paletots
elegante und moderne Verarbeitung in allen modernen Farben und Streifen von 10-54 Mark.

Jünglings- und Knaben-Garderobe
in grosser Auswahl.

Moderne Westen
von 1,75-7,50 Mark.

Konkursmassen-Ausverkauf.

Die zur Jaroczynski & Co.'schen Konkursmasse, Bellealliancestr. 107 (gegenüber Jandori & Co.) gehörigen Warenbestände und andre Waren, bestehend in: Winter-Paletots, Joppen, Anzügen, hocheleganten Stoffen, sollen vom Sonnabendnachmittag 4 Uhr ab zu noch nie dagewesenen billigen Preisen ausverkauft werden.

Dr. Schünemann
Spezialarzt für Haut-, Horn- und Frauenleiden, Seydelstr. 9, 12-13, 16-18, Sonn- 9-11

Dr. Simmel, Prinzenstr. 41, Spezialarzt für Haut- und Harnleiden, 10-12, 5-7, Sonntag 10-12 2-4

Oderbrucher und pommersche **Gänse**
sowie Gänsefleisch, Lebern, Fieser u. Gänselein empfiehlt zu den billigsten Tagespreisen
Fritz Weber, Grüner Weg 57, im Keller.

Heute giebt es wieder **Frische Blut- und Leber-Wurst**
in bekannter tadelloser Qualität.
Lindenstr. 69
Rich. Augustin, Hofbäcker
"Bismarck"-Haus, Fleischh. u. Mittagstisch, Sitzungszimmer.

Steppdecken

2846L*

Gelegenheitskauf!
Wollatlas, alle Farben 4,00
Similiseide, alle Farben 6,00
Normal-Schlafdecken 2,00, 3,00 M.
Special-Haus **Emil Lefèvre,**
Berlin S., Oranienstrasse 158.

Uhren-Ausverkauf
Wegen gänzlicher Auflösung unseres riesigen 188 gegründeten (37192) Uhren-Engros-Lager, Verkauf zu stausen billigen Preisbereichen an Private. Preis Schwinger 13, -; Regulatoren, 14 Tag Schlag, 1 Reiter lang 10, -; Herren-Uhren 12, -; Silber 12, -; Gold 12, -; Damenuhren, Silber 12, -; Goldene von 12, - an. Große Auswahl in Hausuhren etc.
Hilmer & John, Berlin, Leipzigerstr. 66, Hof part

Charlottenburg
Krummstrasse 5
Anfertigung feiner Herren-Garderoben nach Mass von Karl Ehring, Schneidermeister
Stofflager, englische u. deutsche Stoffe Solide Preise. 30812

Jedes Wort: 5 Pfennig.
Nur das erste Wort fett. Wörter mit mehr als 16 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.

Restaurant mit Vorgarten sofort zu verkaufen. Zu erfragen bei Stolzenburg, Wiesenstrasse 41/42. *

Edelkation, Schöneberg, billig zu verkaufen. Zu erfragen bei Müller, Martin Lutherstrasse 51 (Gehringseckstrasse). 433*

Gardinenhaus Große Frankfurterstrasse 9, parterre. 437*

Hochvernehme Herrenanzüge, Winterpaletots, feinsten Wahlstoffen bestehend, 18,00-38,00, Weinleber 8-11 Mark. Deutsches Versandhaus, Bögerstrasse 63, 1 Treppe. 19384*

Herrenanzüge und Paletots, extra gute und dicke Roharbeit, Modellsachen sehr preiswert. Julius Lindenbaum, Große Frankfurterstrasse 141, Ecke Fruchtstrasse. 18548*

Gelegenheitskauf. Winterpaletots und Anzüge für Herren, Etid 8 Mark, auch geeignet für Weberverfäuler, selten günstiges Angebot. Augusti Wälles, Große Frankfurterstrasse 16. *

Winterpaletots (spottbillig) Zeit-haus, Reanderstrasse 6. 3077*

Teppiche, Gardinen, Vorhänge (spottbillig) Zeithaus, Reanderstrasse 6.

Betten, Steppdecken, Regulatoren, Remontaturen, Urketten, spottbillig Zeithaus, Reanderstrasse 6.

Teppiche! (sehrbillig) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Haderstr. 2, 4, 6, 8, 10, 12, 14, 16, 18, 20, 22, 24, 26, 28, 30, 32, 34, 36, 38, 40, 42, 44, 46, 48, 50, 52, 54, 56, 58, 60, 62, 64, 66, 68, 70, 72, 74, 76, 78, 80, 82, 84, 86, 88, 90, 92, 94, 96, 98, 100. 932*

Steppdecken, spottbillig, Fabrik Weinstrasse 30. 439*

Damenmäntel, auch für ganz kurze Figuren, Reisenwäster etc. billig Kronenstrasse 33, 1. Etage links. 3236*

Weiche Herrenhüte, gute Qualität, Etid 95 Pfennige. Bessere Sachen enorm billig. Gutfabrik, Comptoir Kaiserstrasse 25A, früher Darmstrasse 4 und 5. Sonntag geöffnet.*

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstrasse 9, parterre. 437*

1000 neue Nähmaschinen gebe auf Abzahlung, ohne Anzahlung, Langschüsseln, hochartig, komplett, mit allen Apparaten. Elegante Ausstattungen, drei Jahre volle Garantie. Für die Güte meiner Nähmaschinen sprechen Tausende meiner Kunden. C. Bellmann, Gollnowstrasse 26, nahe der Landwehrstrasse. Alle Maschinen nehme in Zahlung. 18958*

Spiegel, Bilder, Möbel, spottbillig Zeithaus, Reanderstrasse 6, Teilzahlungen gestattet. 3077*

Nähmaschine, tadelloß gut nähend, 14,00, Münchenerstrasse 11, vorn IV. rechts. 4142*

Nähmaschinen, Jahre bis zehn Mark, wer Teilzahlung Nähmaschine kauft oder nachweist, alle Systeme, Woche 1,00, Postkarte genügt. Borchert, Reanderstrasse 30. 4019*

Nähmaschinen sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebraucht 12,00, Frankfurter Allee 10, am Ringbahnhof, SO. Wienerstrasse 6, SW. Bellealliancestrasse 78, N. Aderstrasse 113. 4123*

Feuertische 44, Nähmaschinen sämtlicher Systeme, Kiefernmasch, ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00. *
Lilienstrasse 12. 2498*

Gänse, frisch geschlachtet, verkaufen jetzt nicht mehr Central-Viehhof, sondern gegenüber, Eibenackerstrasse 14, Laden, Haltestelle der Straßenbahn 66, von 2,50 Mark an. (Vierjährlich unterkühlt) Weißfleder. Paul Holt.

Walzfräseher, blutleidend, für Blutarmer, Brustkrank, Schwindel, Gesichtsrötung, bessere Gesichtsfarbe, überausgünstig, 14 Pfennige 3 Mark, 1/2, 1/3, 1/4, 1/5, 1/6, 1/8, 1/10, 1/12, 1/15, 1/20, 1/25, 1/30, 1/35, 1/40, 1/45, 1/50, 1/55, 1/60, 1/65, 1/70, 1/75, 1/80, 1/85, 1/90, 1/95, 1/100. 932*

Die Arbeitsböden halten auch gar nichts. Da habe ich wieder so einen Schund, frage sie acht Tage und mach sie schon flüchtig lassen. Was soll sie denn? 3,75 hab' ich gegeben, 6 Mark hat er verlangt. Wenn Sie zu Schlechter, Krummstrasse 55, lassen Sie sich Schlingens 4 Markhof zeigen, die hält. Dort wird nichts vorgelegt und nichts abgelassen, aber Ware giebt's, die was hält. 19328*

Steppdecken - Gelegenheitskauf! Seidenstoff statt 8 Mark durchweg 3,75 verkauft Julius Neumann, Bellealliancestrasse 105. 1953K*

Kleine Anzeigen.

Wirtschaftlichen, Bobbin, Schnell-näher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebraucht 12,00, Reanderstrasse 60/61, Prenzlauerstrasse 59/60 und Große Frankfurterstrasse 43. 496*

Werkzeughändler! Allerlei, billiger wie Warenhäuser. Rappold, Wartstrasse 18. 2841B

Plattirei billig zu verkaufen, Dresdenerstrasse 45. 3311*

Salonmöbel, Betten, Kleider- und Wäscheplän, Nähmaschine, vollständige Küchenausstattung, Damen-schreibisch (mahagoni), Tischschreibpult, wegganghalber billig zu verkaufen. Sammlige Möbel sind wie neu, nur ein Jahr von mir gebraucht, für Brautleute sehr passend. Täglich anzusehen bis nachmittags 5 Uhr Königgräberstrasse 82, parterre, pharmazeutische Agentur. 2636B

Wer Stoff hat? Feinste Herrenanzüge mit Futterfasern 15,00, Wagner, Schneidermeister, Wägenbergstrasse 9, (Ballhofstrasse). 1956A*

Angusette 8,00, Holzerstr. 3,00, mit Reiterhandlung Wägenbergstrasse 9.

Rehabilitationsgrundstück verkaufen oder verpachten in Wägenberg, Mietzins 2800 Mark. Kontoführer 27 000 Mark. Kaufpreis 40 000 Mark. Anzahlung 6000 Mark. Offerten C. 2 postlagernd, H. M. 48. 2541B

Singermaschine, gut erhalten, gut nähend, 12,00, Gölle, Grüner Weg 48, IV. 2045B

Verschiedenes.

Veschalle, lesen hier! Pfennige, Chausseestrasse 121. 2473B

Potenzialanwalt Daumann, Kottbusplatz 57, Rat in Patentfachen, Erbschaften bis abends neun. 2443B*

Rechtsbureau! (Andreasplatz), Grünerweg vierundneunzig, Gerichtsbeistand, Eingabengeld, Raterteilung, Langjährig. Erfolge! 12564B

Rechtsbureau Hall, Brunnenstrasse vierzig, Rechtsfälle, Eingabengeld, Raterteilung. 2572B*

Rechtsbureau (Alexander-Platz), Krummstrasse achtzehn! Gerichtsbeistand! Eingabengeld! Raterteilung! 3711*

Unfallfachen, Rechtsbureau Böhmer, Steglitzerstrasse fünfundsiebzig! 1904B*

Zahnärztin besichtigt, ohne auszusprechen, absolut schmerzlos für immer. Unbedingten Erfolg garantiert. Zahn 1,00. Zahnärztin Olivier, Annenstrasse 26, gegenüber Thalia-Theater. *

Rechtsbureau, Rechtsfälle, Unfallfachen, Eingabengeld, Raterteilung, Beist., Brunnstrasse 97. 494*

Kunstlopererei von Frau Kolodt, Steinmetzstrasse 48, Quergebäude bodenparterre.

Wer Stoff hat, fertige eleganten Anzug oder Paletot nach Maß laut Jubiläum von 15 Mark an. S. Lemtowitz, Alexanderstrasse 14a. 1913A*

Fahrradgeschäft, auch Beset., Kallisch, Schönhauser Allee 163a. 9319*

Jüngers Parfö, Mantelstrasse 47, nahe Dronienstrasse, täglich große Vorstellung. Eintritt frei, außer Sonnabend und Sonntag. 41*

Vereine! Saal und Vereinszimmer noch Sonnabend frei. Klubhaus, Annenstrasse 16. 2504B*

Vereinszimmer Einconstrasse 23.

Vereinszimmer Her, Alte Jakobstrasse 119. 1906A*

Vereinszimmer, großes, mit Bühne, noch frei, Jandlstrasse 146.

Vereine, welche gewillt sind, mit Theatervereinen am 6. 26. Dezember und weitere günstige Daten unter günstigen Bedingungen in den Andreas-Gehtalen Vergünstigungen zu veranstalten, wenden sich an folgende Adresse: A. Deht, Wägenbergstrasse 16, 435*

Rechtsbureau, Gerichtssekretär, Fräulein, Androasstrasse 38. Billig, Sonntagssdienst. 435*

Totenmusik, Sonnabend, Saal, Bühne frei. Neue Königstrasse 7. 1958A*

Allen Parteigenossen, Kollegen, Freunden und Bekannten mache bekannt, daß ich Beidenwege 43 ein Feiß- und Banett-Vierlokal eröffnet habe. Vereinszimmer, franz. Billard, gute Speisen und Getränke vorhanden. Arany Wegner. 435

Theater oder Künstler-Verein! steht Sonntag den ganzen Winter über ein kleiner Saal, 89-100 Personen, zur Verfügung. In Betracht kommt Berlin O., Friedrichsberg. Respektanten wollen sich melden Postamt 34, A. K. 2659B

Matras, Gold, Silber, Weißblech, alte Uhren, Plattegold, Rehrögel sowie sämtliche Metalle laßt Brod, Brangelstrasse 4. (Jahrgeld vergütet.) 3312*

Vermietungen.

Schlafstellen.
Möblierte Schlafstelle für zwei Herren. Dehmle, Reichenbergerstrasse 110. 2643B

Mietsgesuche.

Junger Mann sucht Schlafstelle, Nähe Dresdenerstrasse, allein, separat. Preisangabe. Offerten postlagernd H. A. Postamt 14. 2632B

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Nebenverdienst für jedermann. Prospect gratis. Hermann Wolf, Reindau, Reichstrasse 44. 2170B

Bilderrahmen - Arbeiter finden dauernde Beschäftigung, Wochenlohn 36 Mark, bei K. Wagner Radl, Bergstrasse 40. 2555B

Für den Sonntag Herr oder Dame zum Schreiben gesucht. Anvererbten Pharmaceut. Agentur, Königgräberstrasse 82. 2637B

Tüchtiger Farbigmacher gesucht. D. Birnig, Köpenickerstrasse 111.

Holen-Schneider, aufheim Hause, sofort verlangt. Hugo Baruch & Cie., Alte Jakobstrasse 24. 1957A*

Herren-Schneider, aufheim Hause, auf Theaterkostüme sofort verlangt. Hugo Baruch & Cie., Alte Jakobstrasse 24. 1957B*

Töpferlehrlinge werden verlangt bei Schwärze & Gädde, Dramenburgerstrasse 12. 1958A*

Büchermacher, tüchtiger Bohrer, findet dauernde Stellung bei Bielenz, Aderstrasse 133. 2638B

Rabbiner verlangt Wood, Steinmünderstrasse 58. 494

Golzbearbeitungsfabrik sucht 2 Hobel- und Fräse-Arbeiter. Reimelstrasse 55, 1 rechts. 4145

Nähmaschinen, tüchtige, aufspitzende und gedrückte Bilderrahmen gesucht. Dramenburgerstrasse 186. 2642B

Gewerbe Kartonnierarbeiten verlangt. Alte Jakobstrasse 88. 2634B

Bedeutendes Konstruktionshaus elektrischer Maschinen in Barcelona (Spanien) sucht tüchtigen 18219*

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annoncenstellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstr. 69, bis 4 Uhr angenommen.

Einige tüchtige Vorbereitungen in guten Anordnungen in freier Rolle verlangt. Goldschmied. G. M. H. K. Stettin-Pommernsdorf, Hospitalstr. 2

Provisions-Reisende

für leicht verkäuflichen Weihnachtartikel gesucht. Offerten unter U. 4 an die Exped. d. Bl. 2631

Kunstschlosser.

Ein tüchtiger Kunstschlosser zum Zwecken sowohl in Eisen als Metall und zur Sammlung Kronleuchter und Bleichen wird für Kopenhagen gesucht. Dauernde Arbeit und gute Lohn. Offerte sub „Kunstschlosser 15 105“ mit Empfehlung und Lohnforderung an Aug. J. Wolf & Co. Annoncen-Bureau, Kopenhagen

Achtung, Stahlarbeiter

Der Zugang für Stahlarbeiter aller Branchen ist streng fern zu halten bei Schmaling & Barta, Köpenickerstr. 18. 88/9

Achtung! Holzarbeiter!

Im Dangegeschäft

A. Sonnenburg,

 Holzmeister, Her 2. haben sämtliche Vorküßler wegen Lohnbifferenzen die Arbeit niedergelagt; desgleichen die Kollegen des Bauhüttenvereins von

Moll, Löwestr. 2 und 7.

 Zugang fernhalten. 87/10

Die Ortsverwaltung.

Achtung, Holzarbeiter!

An der Wädelstricherei bei J. Kraus, Weihenau, Langhansstrasse 23, sind Differenzen ausgebrochen. Zugang ist streng fernzuhalten. 88/11

Geipert ist ferner Hahn & Metzlow, König-Charlotten 71. Die Ortsverwaltung.

Vorarbeiter

für seine Mädelerei-Abteilung. Derlei muß im Hause durchaus perfekt sein, gute Erfahrungen besitzen und einem Personal von 20 bis 30 Arbeitern vollständig selbständig vorstehen können.
Geil. Angebote, in französischer Sprache abgefaßt, sind mit Beiliegung von Lebenslauf und Zeugnisabschriften sowie Angabe der Gehaltsansprüche an Herrn Hausenstein & Vogler in Barcelona unter Chiffre H3989B zu richten.